

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis per Annum:
Wochensatz 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. Juni 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein neues „Weltblatt“ gegen die Socialdemokratie.

Wir sind in der Zeit der tausend Experimente zur Weshwörung
der socialdemokratischen Gefahr. Ein solches Experiment mit un-
tauglichen Mitteln am untauglichen Objekt wird auch, wie wir
authentisch erfahren, auf dem Gebiete des reichshauptstädtischen
Zeitungswezens in aller Heimlichkeit geplant.

„Deutsches Reich, Zeitung für alle Deutschen“ soll die
neue Zeitung heißen. Die ursprüngliche Absicht war, daß sie vom
1. September d. J. ab in 500 000 Exemplaren täglich zweimal in Berlin
erscheinen soll.

Der Prospekt der Zeitschrift, der den Kapitalisten zugesandt
wurde, ist unterzeichnet von einer „Vereinigung zur
Schaffung eines deutschen Weltblattes“ und einem
Kaufmann Traut als Geschäftsführer dieser Vereinigung.

Die Finanzierung des neuen Weltblattes ist so gedacht: Drei
Millionen Mark werden als Anlagkapital gesucht. Den anzulodern-
den Geldspendern wird, unter Hinweis auf Scherl, Mosse, Ullstein etc.,
in Aussicht gestellt, daß das Anlagkapital nicht bloß in wenigen
Jahren amortisiert sein, sondern auch seinen Teilnehmern gleich einem
hunderterten Familienbesitz eine stetige und dauernd hohe
Einnahme gewähren wird.

Doch es handelt sich nicht um ein beliebiges Geschäfts-
unternehmen. Es handelt sich um einen politischen Plan.
Benigstens wird versucht, das Kapital durch den Anruf „nationaler
Aufgaben“ herbeizuziehen; „nationales Interesse“ und „finanzieller
Erfolg“, wie stets, an einer Leine!

Das neue Weltblatt will ein „nationales“ sein, will nicht
„Parteiwerk“ dienen, es will „den nationalen Willen des
gesamten deutschen Volkes zum Ausdruck bringen“. „National“ — das
ist das tönende Wort, unter dessen faszinierendem Klang alle bürger-
lichen Parteien die trennenden Meinungen verossen sollen und
zusammengeführt werden sollen zum Kampf gegen die
Socialdemokratie und für Weltpolitik und
„größeres Deutschland“. Es mag erwidern, wenn wir
einige solche „nationalen“ Citate aus dem Prospekt wiedergeben:

Durch alle deutschen Gauen zieht ein starkes Sehnen nach
kräftigem Ausdruck der nationalen Einheit. Das deutsche Kaiser-
reich steht unter den Weltmächten noch außen machtvoll da, die
innere Zerissenheit aber ist geblieben.

Neue Aufgaben treten an unser Volk heran und der Zeiten
drohender Ernst führt eine gewaltige Sprache. Die wachsende
Unzufriedenheit der nationalen Bürgerkreise, das unbemerkte An-
schwellen der socialdemokratischen Wahlsimmen sind bedrohliche
Symptome. . . Die Herstellung eines Ausgleiches zwischen den
Interessen der Industrie und der Landwirtschaft, die Notwendigkeit
einer kräftigen Förderung der Landwirtschaft sowie nicht minder
der Industrie und dem Großhandel gegenüber den wachsenden
Anforderungen, deren Weltmarktstellung einzuengen, die nationale
Pflanzung, der stetig höher strebenden deutschen Arbeit immer weitere
Abgabengebiete zu eröffnen, sind unabweisbar gewordene Aufgaben.

Ein Kreis patriotisch gesinnter Männer hat sich die Aufgabe
gestellt, eine Zeitung größten Stils, ein deutsches
Weltblatt ins Leben zu rufen, das in erster Linie die nation-
ale Idee vertreten und im Sinne der von Bismarck eingeleiteten
nationalen Politik wirken soll. . .

In Berlin, der Residenz des Kaisers . . . ist allein der
geeignete Boden für eine Zeitung, die ein Weltblatt werden
will. In erster Linie kommt die Bedeutung des Blattes als Ver-
treter der Reichsidee in Betracht. Die letzten Wahlen haben
deutlich die große Gefahr erkennen lassen, welche die zunehmende
Zerklüftung unseres Volkes in sich birgt. . . Sobald sich die Er-
kenntnis Bahn bricht, daß die Wohlfahrt des Reiches für jeden
bedeutender ist als alle Parteimeinungen, hat man die Grundlage
für eine dauernde Verständigung aller reichstreuen Bürger ge-
funden. . . Das „Deutsche Reich“ will den Kern bilden, um den
sich zukünftig alle deutschen Patrioten zu einem machtvollen Faktor
sammeln. . .

Auf dem Boden der Reichsverfassung stehend wird unser
deutsches Weltblatt . . . andererseits für die Ausgestaltung der
Beeres- und Seemacht, für die Fortführung der kolonial- und
Weltpolitik. . . eintreten.

In der Vertretung der Reichsidee wird das „Deutsche Reich“
Vorkämpferin sein gegen die internationale socialistische Bewegung,
die Monarchie und Staat zu stürzen sucht und die Wurzeln des
deutschen Volkstums untergräbt. . .

Die patriotischen Männer, welche durch die Begründung des
geplanten größten deutschen Blattes diesen Mittelpunkt (des nation-
alen Lebens) schaffen, werden dadurch zugleich die Begründer
eines mächtigen politischen Körpers in der Vereinigung aller national-
gesinnten Männer, ihnen wird die Zukunft die große Nationalpartei
zu verdanken haben, welche bestimmt sein wird, als wichtigster
Faktor an der Gesetzgebung und der politischen Führung des
Reiches mitzuwirken und in getreuer Gefolgschaft zu dem Kaiser
und den Bundesfürsten an des Reiches Macht, Wohlfahrt und Ehre
mitzuwirken. . .

Der trauere Zeitungspian erinnert durchweg an das jüngst ver-
nommene Programm des neuen „Reichs-Verbandes gegen
die Socialdemokratie“ unter der Führung des General-
leutenants a. D. Liebert. Der ausgebildete Soldat mag nicht
auf den militärischen und kolonialen Lorbeeren ruhen, er lebt dem
Glauben, daß er zu hoher politischer Zukunft bestimmt ist, und er
reist fleißig durch das Land, um es für den deutschen Voulanger
vorzubereiten. Vielleicht erweist sich bald, daß hinter dem „Deutschen
Reich“ kein anderer steht als eben dieser große Patriot und Erneuerer
des Vaterlandes!

Der trauere Zeitungspian erinnert durchweg an das jüngst ver-
nommene Programm des neuen „Reichs-Verbandes gegen
die Socialdemokratie“ unter der Führung des General-
leutenants a. D. Liebert. Der ausgebildete Soldat mag nicht
auf den militärischen und kolonialen Lorbeeren ruhen, er lebt dem
Glauben, daß er zu hoher politischer Zukunft bestimmt ist, und er
reist fleißig durch das Land, um es für den deutschen Voulanger
vorzubereiten. Vielleicht erweist sich bald, daß hinter dem „Deutschen
Reich“ kein anderer steht als eben dieser große Patriot und Erneuerer
des Vaterlandes!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Juni.

Der Staatsanwalt und das Conto „K“.

Nach den Ausführungen, die im Pommerbank-Prozess seitens
des Geheimrat Rudde über das Conto K gemacht wurden, mußte
jedermann annehmen, daß diese Entfaltungen seitens des Staats-
anwalts aufgegriffen werden würden. Statt dessen erklärte nach
unerheblichen Bemerkungen die Verteidigung, daß sie an der Auf-
klärung der Sache kein Interesse habe, der Vorsitzende des Gerichts,
daß für dieses die Angelegenheit erledigt sei, während der
Staatsanwalt schweig.

Wenn das vor fünfzig Jahren in Preußen geschehen wäre,
würden wir um eine Erklärung nicht verlegen sein. Aus dieser Zeit
nämlich berichtet ein einwandfreier Zeuge, Albert Friedrich Lange
in einem Brief (1892) an seinen Freund, den Pfarrer Kambli:

„Um diese Zeit (Aufenthalt Langes in Bonn als Privatdocent
1856—1858, D. Red.) hörte ich von einem angesehenen rheinischen
Juristen in einer sehr respektablen Gesellschaft unangefochten den Grund-
satz aussprechen, daß ein Staatsanwalt aus Rücksicht auf die Gesellschaft
wohlthue, die Spur eines Verbrechens in höheren Gesellschafts-
kreisen nur dann zu verfolgen, wenn er wegen zu großer Publicität
nicht mehr anders könne. Das sei gerade der Vorzug der Ein-
richtung der Staatsanwaltschaft, daß der öffentliche Ankläger auch
ein Verbrechen ignorieren könne, wenn ihm dies zur Vermeidung
von Aufregung nützlich schiene. Es sei wichtiger, die Autorität
von Beamten und Notablen ungeschwächt zu erhalten, als eine
That ans Licht zu bringen, über die vielleicht schon Gras gewachsen
sei. Später habe ich, da mit mein wechselvolles Leben manchen
Blick in die Verhältnisse der Gesellschaft gestattete, den nicht
jeder thun kann, eine ganze Reihe von Fällen erlebt, in welchen
Verbrecher, die, wenn sie arm und ohne Einfluß und Ver-
bindungen wären, im Zuchthaus säßen, unangefochten in der
Gesellschaft verkehrten, in Ehrenämter gewählt wurden und eine
glänzende Rolle spielten. Ich habe in solchen Fällen immer
gefunden, daß auch diejenigen, welche ganz genau um die Sache
wußten, sich dem Eindrud der äußeren Respektabilität solcher
Personen nicht entziehen konnten. Der konservative Teil der Gesell-
schaft aber (und die meisten sogenannten Liberalen gehören mit dazu)
verhält sich nicht nur thätig so, sondern grundsätzl.,
wenn man auch diese Grundsätze nicht immer offen ausspricht.
Denjenigen Privatmann, der es wagen wollte, einen solchen an-
gesehenen Vertreter zu entlarven, würden die meisten mit wahrer
Geschäftigkeit anfeinden. In einer Verleumdungsklage würde der
Entlarvungsversuch unter zehn Fällen gewiß neunmal mit der
Beurteilung des „Verleumders“ enden, wenn derselbe auch nichts
als die reine Wahrheit behauptet hat.“

So sah es vor vierzig bis fünfzig Jahren in Preußen aus.
Was wird jetzt werden? Auf alle Fälle möchten wir auch heute
keinem Privatmann raten, den „Notabeln“ anzugreifen, der über das
Conto K gebot. Gerichtliche Aufklärung über ihn und sein Gebaren
muß die Staatsanwaltschaft herbeiführen, während es Aufgabe jeder
anständigen Zeitung ist, dafür zu sorgen, daß für eine Vertuschung
„die Publicität zu groß“ wird. —

Der Reichstag.

Die Reichstags-Abgeordneten hatten sich heute weit zahlreicher
eingefunden als in den letzten Tagen. Stand doch von mehreren
Gesetzen die dritte Lesung auf der Tagesordnung, für die ver-

schiedene Parteien namentliche Abstimmung und damit Feststellung
der Beschlußfähigkeit angekündigt hatten.

Die erste Streitfrage war der Thalerbeschuß, den die Mehrheit
in der Kommissionberatung und zweiten Lesung in die Münzgesetz-
Novelle eingeschoben hatte. Vergeblich erklärte die Regierung den
Beschuß, der vermehrte Ausprägung von silbernen Dreimarstück
gesetzlich festlegt, für unannehmbar. Vergebens wandte sich der frei-
sinnige Abgeordnete für Berlin I, Kämpf, in langer Rede gegen
die „Vertwörung und Verschleierung unfres Münzsystems“ durch
den Thaler, vergebens fiel auch das Centrum wieder um und be-
antragte die Verwandlung des Beschlusses in eine harmlose Re-
solution: die Mehrheit blieb fest, und gegen die Stimmen der frei-
sinnigen, des Centrums und eines Teils der Rationalliberalen wurde
die Münzgesetz-Novelle in dieser Form angenommen. Damit ist
einer der wenigen in dieser Session fertiggestellten Gesetzesentwürfe
endgültig gescheitert.

Zur zweiten Beratung der Anleihe von acht Millionen
für den Bau einer Bahn in Togo, die schon in der Kommission gegen
unsre und der Freisinnigen Volksparteier Stimmen angenommen
worden war, hatte die Kommission eine Resolution vorgeschlagen,
die die Reichsregierung ersuchte, darauf hinzuwirken, daß die
eingeborene Bevölkerung bei Landverläufen nicht allzu sehr ge-
schädigt werde. Das zeigte, daß selbst der Mehrheit der Kommission
an der Art, wie die Togo-Gesellschaft ihren riesigen Grundbesitz er-
worben hat, etwas bedenklich vorgekommen war. In der That konnte
unser Genosse Ledebour nachweisen, daß durch diese Landkauf-
verträge in Togo die Eingeborenen in der unerhörtesten Weise über-
vorteilt und an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht worden
sind. Von Häuptlingen, die gar nicht wußten, was sie thaten, hat
man über den Kopf der Stämme hinweg weite Strecken Landes den
Flecker für 6 Pfennige gekauft. Und schon stellt ein Prospekt der
Togo-Gesellschaft ihren Interessenten außerordentlich hohe Dividenden
in Aussicht, da sich bei der starken Wertsteigerung durch den Bahnbau
das Land vorteilhaft wieder würde verkaufen lassen. So wird zu
Gunsten einer kleinen Spekulatengruppe in Afrika ein Volk zu
Grunde gerichtet und zur Verzweiflung getrieben, in Deutschland die
Reichskasse belastet. Selbst der Kolonialdirektor Dr. Stübel
erklärte, daß ihm gewisse Bedenken wegen der Landverkäufe gekommen
seien, nur ist er sich über das Maß der Ueberverteilung noch nicht
klar geworden. Trotzdem Genosse Ledebour noch einmal die Lage in
Togo klar darlegte, stimmte nicht einmal die Freisinnige Volkspartei
für unsre Resolution, während die von der Kommission vorgeschlagene
einstimmig angenommen wurde. Somit läßt die Mehrheit die
unmoralischen, wucherischen Verträge, die vor Gericht niemals als
gültig anerkannt werden würden, zu Recht bestehen.

Die Idee selbst, in Togo Bahnen zu bauen, bevor ein halb-
wegs ausreichendes Wegenetz geschaffen sei, berglich Genosse
Ledebour treffend mit dem Vorgehen der Regentönige, die sich
Einkünfte aufheben, ehe sie sich Hofen anziehen. Der Abgeordnete
Nichter kritisierte die finanzielle Schädlichkeit der Vorlage, die in
dieser Lage, wo zahllose als dringend anerkannte Bedürfnisse un-
befriedigt bleiben müssen, das Geld der Steuerzahler für so
zweifelhafte Unternehmungen ausgeben will. Die Mehrheit setzte
als dem nur das Gerede von der Förderung der deutschen Baumvoll-
pflanzungen und der großen Zukunft unsrer Kolonien entgegen und
nahm schließlich in namentlicher Abstimmung die Vorlage an.

Dann wollte man auch rasch die Gelder für die ostafrikanische
Bahn bewilligen lassen, aber der entschiedene Einspruch der Linken
bewog Herrn v. Kardorff, den eben erst von den konservativen
Parteien abgelehnten Verlagsantrag seinerseits wieder auf-
zunehmen.

Mittwoch soll die Sitzung schon um 12 Uhr beginnen. Es
stehen die Nachtragsetats für Südwestafrika, die ostafrikanische Bahn
und die Interpellation Auer wegen des preussischen Kontraktbruch-
Gesetzes auf der Tagesordnung, zudem der Serbistatist und die
Kaufmannsgerichte. Der Reichstag soll eben im Eiltempo diese
wichtigen Fragen erledigen, damit er am Donnerstag in die Ferien
gehen kann. —

Deutsches Reich.

Das saarabische System des Terrorismus und der Rechtslos-
machung ist älter als ein Vierteljahrhundert. Schon ehe über die
deutsche Socialdemokratie das Schandgesetz von 1878 erhängt wurde,
hatten die Herrscher der Saar-Industrie ihr eigenes Socialistengesetz
beschlossen und an den Thoren ihrer Werke publiziert. Am 6. Juni
1877 wurde durch Anschlag an den Fabrikthoren bekannt gemacht:

„Es werden keine Arbeiter auf den Werken geduldet, welche
sich an socialdemokratischen Agitationen direkt oder indirekt be-
teiligen, welche insbesondere 1. socialdemokratische Blätter halten
oder verbreiten; 2. an socialdemokratischen Versammlungen oder
Vereinen teilnehmen; 3. Werksräte beisehen, in welchen social-
demokratische Versammlungen abgehalten werden oder Blätter
dieser Richtung aufkleben.“

Siebenundzwanzig Jahre später, im Juni 1904, halten es die
Saargewaltigen noch genau so. Das Socialistengesetz ist inzwischen
in Schande versunken. In Saarabien aber sind die Dinge schlimmer
denn je. —

Reichs-Schulgesetz. Der konservativ-liberale preussische Schul-
antrag ist, wie von Anfang an klar war, eine von der Regierung be-
stellte Arbeit, die sogar zwei freisinnige Abgeordnete gefördert
haben.

Es übertraf denn auch nicht weiter, daß bereits jetzt im
Kultusministerium der Antrag in Gesetzesform gebracht werden soll.
Es ist darüber nicht der geringste Zweifel, daß die Regierung
ein christliches Schulgesetz vorlegen wird, und daß das Parlament
des Dreiklassen-Wahnsinns dieses Gesetz gutheißend wird. Das ist
wieder eines der Geschenke an das frohlockend im Hintergrunde

bleibende Centrum, dessen militärisch-marinepolitische Bereitwilligkeit erlautet werden muß.

Nur vom Reich aus kann die vollständige Akerifizierung der Schule bekämpft werden. Ist es den Liberalen Ernst um diese wichtigste Kulturfrage, so müssen sie den Kampf in den Reichstag verlegen. Das Centrum selbst hat die Ordnung religiöser Angelegenheiten beim Toleranzantrag als Reichssache anerkannt. Es kann deshalb nicht widerstreben, wenn im Reichstag die Trennung der Kirche vom Staat, also auch die Ausscheidung konfessioneller Bestrebungen aus allen staatlichen Institutionen gesetzlich für das ganze Reich festgelegt wird.

Freisinddemokratische Schulhelden. Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben:

Wie wenig Wert der ganzen Protestiererei der freisinddemokratischen Sturmgewalt gegen den national-liberal-konservativen Schulkompromißantrag beigemessen werden kann, beweist die Tatsache, daß die Mundhelden da, wo es gilt, auch durch die Tat ihre Opposition gegen die Verfassung der Schulen zu bekunden, einfach verlagen. Einen thatsächlichen Beweis für diese Behauptung bot die letzte Stadtverordneten-Versammlung in Frankfurt a. M. In derselben stand u. a. ein Magistratsantrag auf Erhöhung des städtischen Zuschusses an die Konfessionsschule in Niederrad zur Beratung und zwar als Äquivalent der ministeriellen Genehmigung einer neuen Simultanschule in diesem eingemeindeten Vorort. Diese Niederrader katholische Schule ist eine durchaus private Gründung der dortigen Kapläne, die in das Frankfurter Schulwesen paßt wie die Faust aufs Auge. Mit ultramontaner Bigotterie hat man sie schlecht und recht erhalten, bis es gelang, schon von der früheren Niederrader Gemeindeverwaltung einen Zuschuß von 7000 M. zu erhalten. Bei der Eingemeindung im Jahre 1900 beging dann die Frankfurter Stadtverwaltung den ersten Fehler unter dem Druck der Drohung, daß der Landtag der Stadt die konfessionellen Schulen durch Gesetz aufhänge, sich auf einen Vergleich einzulassen und der Niederrader Pfarrschule sogar 15 000 M. Subvention zu bewilligen. Doch wurde wenigstens gegenfeitiges einjähriges Kündigungsrecht vom 1. April 1904 ab vereinbart. Schon damals hätte die Stadt Frankfurt ihr Recht auf Simultanschulen innerhalb des Stadtbezirks grundsätzlich durchsetzen sollen. Der Minister erklärte sich bereit dazu, die Auseinandersetzung im Verwaltungsstreit-Verfahren mitzumachen. Statt dessen ging man einen faulen Frieden ein, der, wie die Thatsachen zeigen, von den Niederrader Kaplänen mit Unterstützung der Centrumspartei und der Regierung nur dazu benützt wird, der Stadt bei jeder neuen Gelegenheit eine Erhöhung des Zuschusses abzurufen, bis die Prommen für ihre Privatkapläne gar nichts mehr zu zahlen brauchen und ihre ganzen Kosten (ca. 37 000 M.) auf die Stadt abgewälzt haben, schließlich aber die Uebernahme durch den Etat durchsetzen und damit gegen das Frankfurter Simultanschulwesen gewonnen haben. Für jede weitere Klasse der Niederrader Pfarrschule sind jetzt weitere 2000 M. städtischer Zuschuß bewilligt über die 15 000 M. hinaus. Dafür will der Herr Kultusminister Stadt nun gnädigst geruhen, seine Zustimmung zu geben, daß eine neue Simultanschule in Niederrad eröffnet werden kann. Vergebens beantragt Genosse Dr. Duard, den Magistratsantrag abzulehnen und das Uebereinkommen von 1900 zu kündigen, um die Sache auf dem Verwaltungsstreitverfahren zum Austrag zu bringen. Er drang nicht durch. Freisinddemokraten wie Nationalliberale stimmten den Antrag nieder.

So verteidigen die Freisinnigen in der Praxis die Schulrechte. Ist's da zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß hinter der ganzen Protestiererei nicht viel steckt und daß die freisinddemokratischen „Sturmgewalt“ sie nur benutzen, um ihr politisches Ansehen wieder ein wenig aufzupolieren? —

Wiederum „die Glenden“. Der deutsche Kronprinz hat einst von Dels aus, obwohl er nicht unverantwortlich ist, die Socialdemokraten als „die Glenden“ bezeichnet. Jetzt erklärt er es für patriotisch, daß man drei Millionen der besten deutschen Männer verabscheue.

In der „Kreuz-Zeitung“ finden wir nämlich folgende Notiz: „Aus dem Kabinett Sr. I. und I. S. des Kronprinzen ist dem Lehrer emer. Gardt in Gumbinnen für Ueberreichung seines Schriftchens „Ehre den König und verabscheue die Socialdemokratie“ ein Schreiben zugegangen, worin der Kronprinz ihm für den in dem Schriftchen beifälligen Ausdruck patriotischer Gesinnung seinen Dank ausdrückt. Dieses Schriftchen, das die weiteste Verbreitung besonders unter der Jugend verdient, ist vom Verfasser für 7 Pf. das Stück zu beziehen.“

Der Berlin-Stettiner Kanal in der Kommission. In der Kanalkommission des Abgeordneten-Hauses stand Dienstag die Vorlage betr. die Herstellung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin zur Beratung.

Der Berichterstatter Abg. v. Duißberg (Lns.) gab einen Ueberblick über die Sachlage und betonte, daß er im Prinzip kein Gegner von Stettin sei. In Frage läge: 1. ob durch verbesserten Ausbau des Finowkanals zu helfen sei; 2. ob der Rückgang von Stettins Handel dauernd sei oder ob nur ein momentanes Stagnieren vorliege; 3. ob der Kanal für Stettin Abhilfe biete; dabei läge der Dampfschiffverkehr von Barnimünde-Jeser und ein gleicher Verkehr, welcher für Trödeberg-Sagan in Aussicht genommen wäre, mit in Betracht; 4. ob nicht eine Abhilfe auf Kosten inländischer Produzenten zu Gunsten ausländischer Produkte, namentlich Getreide, schwedischen Granits und englischer Kohle erfolge; 5. müsse man prüfen, ob es berechtigt sei, daß der Staat die beachtlichsten Opfer auf Kosten der Gesamtheit bringe; dabei läge namentlich die Lage der Binnen-Schiffahrt in Frage.

An den Anträgen liegen vor zunächst zwei Anträge des Abg. Graf v. Arnim-Jägedom (L.): 1. Die künftige Staatsregierung zu eruchen, Erhebungen darüber anzustellen, ob durch Einführung des elektrischen Zugbetriebes auf dem bestehenden Finowkanal eine Verbesserung und Verbilligung der jetzigen Transportverhältnisse herbeigeführt werden kann. 2. Die künftige Staatsregierung zu eruchen, mitzuteilen, wie sich in den letzten fünf Etatsjahren der Wagenladungsverkehr nach Mengen und Arten zwischen Berlin-Stettin und umgekehrt gestaltet hat; zweitens eingehend zu prüfen und der Kommission mitzuteilen, ob im direkten Verkehr von Stettin nach Berlin und umgekehrt die Eisenbahnfrachten für Wagenladungs-güter behufs Entlastung des Finowkanals wesentlich herabgesetzt werden können.

Ferner liegt vor der Antrag Graf Strachwitz-Vertelsdorf (C.), gleichzeitig für Schlesien die Möglichkeit zu schaffen, auf dem Wasserwege oder auf dem Eisenbahnwege Montan-güter — z. B. Kohle, Zink, Eisen in jeder Art der Verarbeitung — von den schlesischen Industriezentren nach Berlin und seinen Nachbargebieten zu befördern, welche die heutige Spannung in den Schmittpunkt Berlin zwischen den schlesischen Revieren einerseits und den westdeutschen Revieren, sowie den deutschen Küstenplätzen andererseits aufrecht erhalten.

Ein Antrag Dr. Newoldt (L.) wünscht Erhebungen über den Einfluß des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin auf das Gewerbe der Binnen-Schiffahrt.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten teilte mit, daß vor der Aufstellung des Planes des Großschiffahrtsweges genau untersucht worden sei, ob der Finowkanal sich dem Verkehrsbedürfnis entsprechend ausgestalten ließe. Diese Untersuchung habe aber ein negatives Resultat ergeben. Der Abgeordnete Graf v. Arnim sprach den Wunsch aus, durch Vertreter der Staatsregierung dadurch unterrichtet zu werden, welche Bedeutung der Großschiffahrtsweg für die Entwässerung des Oberlandes und der daran grenzenden Länder haben werde. Er sprach dann die Befürchtung aus, daß der Großschiffahrtsweg den erwarteten Nutzen für Stettin nicht haben werde und daß demzufolge seine Kosten nicht in dem richtigen Verhältnis mit dem zu erwartenden Nutzen ständen.

Zum Schluß kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung eines Kommissionsmitgliedes mit dem Finanzminister über den Einfluß

des Großschiffahrtsweges auf den Kohlenverkehr Schlesiens und Auslassungen eines andern Abgeordneten über denselben Gegenstand.

Sodann wurden die Anträge Dr. Newoldt und Graf v. Arnim-Jägedom betreffend Material angenommen und die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 16. Juni, abends 7 1/2 Uhr, anberaumt. (Oder-Weichselstraße.)

Kus dem „Tempo“ und der „Gründlichkeit“ dieser Beratungen geht hervor, daß es die Nummer durchaus nicht eilig haben. Sie obstruieren wieder in aller Form.

Das Anstiedlungs-Gesetz.

In der Dienstag-Sitzung der Kommission des preussischen Abgeordneten-Hauses für das Anstiedlungs-Gesetz wurde die Beratung des § 13 b fortgesetzt. Es lag ein Änderungsantrag des Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pol.) vor, welcher 25 Punkte umfaßt.

Nachdem in der ersten Sitzung die Behandlung der Verfassungs- und Reichsfragen erledigt war, erstredte sich die heutige Beratung auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Voraussetzungen und Folgen des § 13 b. Vor dieser sachlichen Beratung wurde zunächst zur Geschäftsordnung verhandelt und die Anregung gegeben, zur Beratung über den Abschnitt III (General-Kommissionen) eine Unterkommission zu bilden. Von polnischer Seite wurde die Ausdehnung der Subkommission auf die übrigen Paragraphen angeregt. Seitens der Regierung wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß dadurch die Fertigstellung des Gesetzes verschleppt würde.

Zur Sache äußerte sich der Referent: Ein Rückgang der Bodenpreise würde allerdings die Folge des Gesetzes sein; die jetzige Preissteigerung sei aber ungesund und ein Rückgang der Preise auf den wahren Wert im volkswirtschaftlichen Interesse wünschenswert. Eine soziale Verschlebung durch eine Vermehrung des Proletariats sei behauptet worden, aber wohl nicht zu bejahen.

In einer Exkursion auf die oberschlesischen Verhältnisse wurde eine Ausdehnung der Vorschriften auf Oberschlesien mit eingehender Begründung bekämpft, insbesondere auf die Gefahren für die Industrie und auf die politischen Folgen hingewiesen.

Von polnischer Seite wurde ausgeführt, durch eine Erleichterung der Anstiedlung würde die Selbstmachung von Arbeitern eingeleitet werden und ein Rücktritt der sozialen preussischen Gesetzgebung gemacht werden. Die gegenwärtige Preissteigerung beruhe zum Teil auf der Tätigkeit der Anstiedlungskommission, zum Teil auch auf der Hebung der Landwirtschaft, deren Erträge in der Provinz in den letzten zwanzig Jahren um 40 Proz. sich gehoben hätten.

Auch von anderer Seite wurde § 13 b nicht gebilligt. Man solle lieber den Deutschen durch Schulen und sonstige Kulturmittel das Leben angenehm machen und Frieden schaffen.

Der Minister des Innern gab zu, daß die Grundstückspreise fallen würden; das sei aber erwünscht, da der Preis den Wert um 20 Proz. und vielleicht noch mehr übersteige, wenigstens anzuerkennen sei, daß der Wert der Grundstücke durch Verbesserungen erhöht sei. Bei den polnischen Parzellierungsbanken würden viele Kapitalien (namentlich Eriparnisse) angelegt, die die Betriebskapitalien erhöhten. Das Gesetz sei ein Kampfgesetz, es solle aber zum Frieden führen, der auch von der Staatsregierung gewünscht werde. Unter den Polen würde aber immer weiter für das „Königreich Polen“ agitiert.

Gegenüber den Polen wurde ausgeführt, daß das Gesetz notwendig sei, weil bei den polnischen Anstiedlungen das öffentliche Interesse nicht gewahrt sei. Der Staat habe das berechtigste Interesse, die deutsche sechshafte Bevölkerung zu halten und die deutsche Sprachgrenze zu schützen. Es bestehe die Gefahr, daß die sechshafte deutsche Bevölkerung durch die nationalen Reichereien und die Vorkotts abgedrängt und durch die gegenwärtigen gesteigerten Bodenpreise zum Verlaufe verlockt würde.

Unter Ablehnung der Änderungsanträge wurde § 13 b in der Fassung des Herrenhauses angenommen.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch statt.

Wer bezahlt die Straße? Aus dem Forum wird uns über die Vorbereitungen zum Gordon-Bennett-Rennen geschrieben:

Wer trägt die Kosten für die ungeheureren Zurüstungen zum Gordon-Bennett-Rennen? Alle Straßen, über die die Fahrt geht, sind in Stand gesetzt worden. Wo Kurven sich befinden, ist das Straßenbett nach außen erhöht. Später müssen diese Aufschüttungen natürlich wieder abgetragen werden. Wo belebte Straßen die Rennstrecke kreuzen, ist diese überbrückt oder es sind Tunnel darunter hergeführt.

Alle Gendarmen und Schulleute der Gegend sind zur Bewachung der Strecke kommandiert, außerdem sind 1500 Soldaten zum Postendienst aufgebildet; sie werden bei den Bauern einquartiert.

Hunderte von Beamten arbeiten seit Monaten an den Plänen usw. Einige mittelalterliche Thore auf der Strecke, in Weilsburg, Limburg, Idstein, sollten erst eingerissen werden. Schließlich hat man sich damit begnügt, sie nach Möglichkeit zu erweitern.

Uebrigens: Herr Gordon-Bennett, der Herausgeber des deutsch-englischen und gefälligsten Blattes „Americas“, ist eingeladen und hat die Einladung angenommen. Er will offenbar neues Material für sein Blatt persönlich sammeln. Und daran wird es ihm nicht fehlen.

Wieder ein Gesetzgeber. In das Herrenhaus wurde für den Grafenverband der Provinz Brandenburg an Stelle des am 3. Dezember 1903 verstorbenen Grafen v. Arnim-Mellenau durch Erlaß vom 1. d. M. Graf von der Schulenburg auf Grünthal berufen.

So wird man — Volksvertretung! —

Gegen das Gordon-Bennett-Rennen. Für die deutsche Industrie sollen, so heißt es in dem Domburger Festbuch, die Benzol-Tiger ihr Leben in die Schanze schlagen. Dagegen schreibt ein Fachblatt, die allgemeine „Automobil-Zeitung“ das folgende:

„Dem Publikum wurde es so lange gepredigt, das Gordon-Bennett-Rennen sei das Rennen aller Rennen, der Sieg in diesem Rennen bedeute den Sieg der betreffenden nationalen Industrie, daß alle Welt von einem förmlichen Taumel erfaßt wurde. Millionen und Millionen werden vergendet — bis der Moment herannaht, wo dem Sieger der Lorbeer gereicht wird. Und alle diese Millionen, wer bezahlt sie endlich und schließlich? Doch nur das laufende Publikum, denn die Fabriken müssen ihre horrenden Rennauslagen auf das Konto „Allgemeine Regie“ buchen, von diesem Konto bekommen die Tourenwagen ihren ganz gehörigen Teil ab, und das Publikum kauft teurer, ohne daß der Fabrikant hier von einem Nutzen hat. Ich halte das Gordon-Bennett-Rennen, wie es sich heute repräsentiert, für eine Jahrmarktunterhaltung. Kein Zweifel, daß das Bennett-Rennen eine kolossale Propaganda für den Automobilsport im allgemeinen ist, kein Zweifel, daß man eine internationale Heerschau des Automobilsports erleben wird, wie sie noch niemals dagewesen — ich negiere es aber auf das entschiedenste, daß dieses Rennen für die Automobil-Industrie irgend welchen praktischen Zweck hat. Ich bin weit entfernt davon, den Wert des Sieges im Gordon-Bennett-Rennen schmälern zu wollen, ich bin mir dessen vollkommen bewußt, daß die siegreiche Marke ein Bombengeschäft machen wird. Und die Interlegenen? Vno victis! Mir kommt dieses Rennen so vor, wie ein sorgfältig arrangiertes internationales Hazardspiel. Derjenige, der schließlich gewinnt, geht verunglückt mit vollen Taschen von dannen, die andern aber, die sind die „Gepumpten“. Millionen werden eingesetzt für eine höchst unsichere Chance, und der Gewinn steht in gar keinem Verhältnis zu dem Verluste. Ist das Gordon-Bennett-Rennen nichts andres als ein sportlicher Jahrmarkt, dann verschone man und gefälligst mit den Phrasen von der Förderung der Industrie. Dann erzähle man uns nicht mehr das Ammenmärchen von der Notwendigkeit der Rennen.“

Diese Rennen sind nicht mehr notwendig; im Gegenteil, diese Rennen sind nutzlos, ja noch mehr, sie sind schädlich.“ —

Freisinn gegen Wahlrecht und für Staatsrecht. Die „Posener Zeitung“, die sich auch zum Freisinn zählt, veröffentlichte ohne Worte der Abwehr die folgende Zuschrift:

„Eins ist aber doch gewiß: Daß die Socialdemokratie nicht auf einen Rud die Reichstagsmehrheit — in welchem Falle allerdings der Staatsrecht zur Notwendigkeit werden würde — erhalten wird. Kommt aber die Socialdemokratie einmal bei der Reichstagswahl so viele Mandate, daß die Besorgnis gerechtfertigt ist, sie könnte es bei den nächsten Wahlen zu parlamentarischen Mehrheiten bringen, so kann man gewiß sein, daß das deutsche Bürgertum vom konserverativen Mann bis zu Eugen Richter einmütig ein neues, den Einfluß der Socialdemokratie einschränkendes Wahlrecht acceptieren wird, weil gerade vom liberalen Standpunkte aus die Wahrung eines Volkswortes immer noch das kleinere Uebel ist gegenüber der Notwendigkeit der Beseitigung der verfassungsmäßigen Mitwirkung des Reichstages.“

Besser können die Wirbach, Mantuffel und andre Junker es auch nicht! —

Fünf Jahre Gefängnis oder Freisprechung — ein Mittelweg gab's nicht in dem Prozeß, der dieser Tage vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier verhandelt wurde. Drei junge Leute waren, wie wir bereits in Nr. 92 des „Vorwärts“ unter der Spitzmarke: „Ein Gendarm wegen Weineids angeklagt“ berichteten, infolge der Anzeige eines Gendarmen wegen Zusammenrottung und thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten kriegsgerichtlich unter Anklage gestellt worden. Sie hatten in Oberöfilingen (Regierungsbezirk Trier) am Tage der Kontrollerversammlung einen Zusammenstoß, bei dem erwiesenermaßen der Gendarm einen der jungen Leute beleidigte und schlug, wofür er vom Kriegsgericht zu zwölf Tagen gelindem Arrest verurteilt worden ist. An jenem 28. April (vorigen Jahres) sollen die drei jungen Leute sich des bezeichneten militärischen Verbrechens schuldig gemacht haben, auf das eine Mindeststrafe von fünf Jahren Gefängnis steht. Die Anzeige wegen des am 28. April angelegentlich geschehenen Delikts erstattete der Gendarm am 18. Oktober, nachdem er am 18. Oktober wegen der Mißhandlung und Beleidigung verurteilt worden war. Gegen ihn selbst war die bezügliche Anzeige schon am 2. Mai erstattet worden. Der Gendarm aber hatte sich begnügt, am 3. Juni gegen die jungen Leute Anzeige wegen — groben Unfugs zu erstatten. Was am 3. Juni grober Unfug, das wurde am 18. Oktober, nachdem der Gendarm selbst verurteilt worden war, zu dem fürchterlichen Delikt der Meuterei. Auf die Frage, weshalb er erst nach einem halben Jahre mit einer so schwerwiegenden Anklage komme, antwortete der Gendarm: er habe den am 28. April empfangenen „Stoß“ zunächst als eine „lästige Jubringlichkeit“ aufgefaßt.

Trotz dieser Lage der Dinge, lediglich auf das Zeugnis des Gendarmen hin, der doch im allerhöchsten Maße unglaubwürdig war, beantragte der Vertreter der Anklage gegen die drei jungen Leute fünf Jahre Gefängnis — die Mindeststrafe. Das Gericht sprach die Angeklagten frei.

Der Leo-Bettel.

Die „Germania“, die einen unendlichen Raum für alle Dummeiten und Schwindeleien über die Socialdemokratie hat, muß gegenüber dem von uns aufgedeckten Leo-Hospiz-Skandal von schwerer Nervennot befallen gewesen sein; denn außer einigen verlogenen Notizen und erzwungenen Berichtigungen blieb das katholische Blatt stumm.

Inzwischen sehen wir, daß die reiche Kirche, insbesondere der Fürst-Bischof Kopp noch immer nicht die nötigen Mittel aufgebracht haben, um die „Aerikale Hochburg“ mitten im socialdemokratischen Berlin vor dem völligen Zusammenbruch und die Beiträge kleiner Leute zu retten.

Dr. Stephan, der Leiter des Leo-Hospizes, ist neuerdings genötigt, bei seinen Glaubensgenossen um milde Gaben zu betteln. Er verendet ein Jubiläumsbüchlein, Belehrung über die Ablässe, insbesondere über den Jubiläums-Ablass gleichzeitig mit sämtlichen kirchlichen Gebeten im Jubiläums-Jahr 1904 von Dr. Stephan, Priester der Diözese Breslau“ (Verlag Leo-Hospiz, Berlin). Gleichzeitig fügt er folgendes vertrauliche Rundschreiben bei:

Berlin O. 17. den 30. Mai 1904.

Vertraulich!

Sehr geehrter Herr!

Anbei gestatte ich mir ein Jubiläumsbüchlein für 1904 zu überreichen und im Anschluß daran Ihnen eine herzliche Bitte vorzutragen. Ich habe mir vor längerer Zeit, vielleicht schon mehrere Male gestattet, Ihnen in der Angelegenheit des Leo-Hospizes und der Antoniuskapelle in Berlin mein Leid zu sagen. Die Eingänge sind leider nicht derartig gewesen, daß die Sache hätte endgültig geregelt werden können. Da Sie möglicherweise die damals gemachten Mitteilungen vergessen haben, wollen Sie mir gestatten, dieselben hier kurz ins Gedächtnis zurückzurufen.

a) Das Leo-Hospiz ist gebaut zu Ehren des Papstes Leo XIII., hat von ihm den Namen und zum Zeichen seiner besonderen Sympathie sein herrliches Porträt erhalten; mit dem Hospiz ist eine Kapelle zu Ehren des hl. Antonius verbunden, in der die Katholiken der Umgebung ihre kirchlichen Pflichten erfüllen können.

b) Dieses Hospiz nebst der Antoniuskapelle ist nach dem unvorhergesehenen Tode des eigentlichen Gründers, Prälat Dr. Jahnel und nach Abberufung des Erbauers in derartige Unannehmlichkeiten geraten, daß bereits die Substation ausgeschrieben war. Die hönischen Artikel in den gegnerischen Blättern, die schon über die Verfertigung einer Kapelle triumphierten und von „Hypotheken des hl. Antonius“ berichteten, die Gefahr, daß viele arme Leute, die zum Teil ihre Spargroschen hingegeben haben, ihr Geld verlieren und daß infolgedessen der Skandal zum Schaden der katholischen Sache ausgebeutet wurde, haben mich betrogen, die Rettung der Anstalt zu übernehmen.

c) Da Diözesanmittel zu dem Zwecke nicht vorhanden sind, bin ich ganz und gar auf die Mithätigkeit der Katholiken angewiesen.

d) Ich habe nun, um die Rettung zu ermöglichen, mit Genehmigung der geistlichen Behörde meine Pfarrei aufgegeben, auf mein Gehalt verzichtet, und habe seit 3 Jahren an der Regelung der Angelegenheit gearbeitet und zwar mit günstigem Erfolg, da ich wenigstens allmählich die Gläubiger befriedigen konnte.

e) Leider sind mir voriges Jahr unvorhergesehen zwei große Summen, die mir zugesichert waren, ausgefallen, und zwar in Höhe von über 20 000 Mark, so daß die Zahlungen nicht mehr eingehalten werden konnten. Da ich zur Aufhebung der Substation seinerzeit die ausstehenden Rechnungen als Selbstschuld übernommen mußte, war die Folge davon eine Klage nach der andern mit allen ihren Unannehmlichkeiten. Infolge der fortwährenden Aufregung ist meine sonst sehr gute Gesundheit merklich angegriffen; ich werde immer mehr nervös und befürchte, daß ich es nicht mehr lange aushalten werde, wenn nicht bald Hilfe kommt. Und nun gehen die Gaben immer spärlicher ein, so daß ich das schlimmste befürchte muß, zumal die Gläubiger immer ungeduldiger werden. In dieser Notlage wende ich mich auch an Sie im Vertrauen auf Ihre mitleidigen Herz.

Damit der Skandal der Substation einer Anstalt vermieden wird, die den Namen Leo XIII. und den des hl. Antonius trägt, damit die armen Leute nicht um ihr Geld kommen, damit ich endlich aus den großen Verlegenheiten und schrecklichen Unannehmlichkeiten herauskomme, wie sie ein Priester schlimmer kaum haben kann, damit ich meine Opferwilligkeit für die katholische Sache nicht noch mehr zu büßen habe, gestatte ich mir, Ihnen eine

Partei-Nachrichten.

Ku die Parteigenossen!

Nachdem die aus den Vorgängen des Dresdener Parteitags resultierenden Schiedsgerichts-Verhandlungen einen gewissen Abschluß gefunden haben, sehen wir uns veranlaßt, an die Parteigenossen und speziell an die Parteipresse das dringende Ersuchen zu richten — ohne daß wir damit einer etwaigen Verurteilung der Beleidigten gegen die ergangenen Urteile vorgreifen wollen —, diese Streitigkeiten ruhen zu lassen. Wir sind der Ansicht, daß, wird dieser Wunsch befolgt, damit den Parteiinteressen am besten gedient wird.

Der Kampf gegen die Feinde fordert die Geschlossenheit unfreier Reihen.

Entstehen aber sachliche Meinungsverschiedenheiten — und deren Austragung nicht wünschen zu wollen, kann uns nicht beikommen —, so mögen die Auseinandersetzungen darüber fern von persönlicher Geizigkeit und ohne Gefälligkeit geführt werden. Es ist in dieser Beziehung in der letzten Zeit leider haben und drüben manchmal gräßlich gefündigt worden.

Diese Kampfweise muß aufhören.

Unfre Gegner können Fehler nicht vermeiden, das liegt in dem System, das sie vertreten und in der Klassenstellung, die sie einnehmen, wir aber können Fehler verhüten, wenn wir es ernstlich wollen.

Zeigen wir, daß wir diesen Willen haben, die Partei wird sich wohl dabei befinden.

Berlin, den 14. Juni 1904.

Der Parteivorstand.

Mantuffel und Mirbach als socialdemokratische Agitatoren.

Man und Mir, die zwei bösen Ruben des preussischen Herrenhauses, haben sich als treffliche Agitatoren für die Socialdemokratie erwiesen. Ihre Feuerreden im Herrenhaus, die wir mit entsprechenden Anmerkungen herausgegeben haben, sind in der kurzen Zeit in nicht weniger denn 60 000 Exemplaren verkauft worden und noch immer ist starke Nachfrage. Wir quittieren dankend.

Die Parteigenossen des 20. sächsischen Reichstags-Wahlkreises beschäftigten sich am Sonntag in einer Generalversammlung mit dem Stande der Organisation in ihrem Kreise. Die Diskussion ergab Uebereinstimmung darüber, daß fleißige Arbeit am Ausbau der Organisation erforderlich sei, wenn dem auch große Schwierigkeiten entgegenstünden. Beschlössen wurde zunächst, nach dem Vorschlage des Kreisvorstandes den Kreis in zwei Bezirke zu teilen, die unter einer Oberleitung die Agitations- und Organisationsarbeit zu übernehmen haben.

Aus Industrie und Handel.

Zum Schiffahrtskrieg. Der Vertragsabschluß der beiden großen deutschen Dampfergesellschaften, der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd, mit der Vereinigten österreichischen Schiffahrtsgesellschaft, die aus einer Vereinigung der Austro-Americana-Linie mit der Triestiner Reederei Firma Fratelli Confolini hervorgegangen ist, wird allgemein als ein äußerst geschicktes Vorgehen der beiden deutschen Linien gegen den mittelständischen Auswandererverkehr der Cunard-Linie angesehen. Dem „Börse-Courier“ wird darüber z. B. aus Wien geschrieben: „Der Schachzug der ungarischen Regierung, die Cunard-Linie mit der Beförderung der Auswanderer nach Amerika zu betrauen, ist ganz unermutet und mit einer für die österreichischen Verhältnisse beispiellosen Raschheit durch einen sehr geschickten Gegenzug pariert worden, indem, wie bereits gemeldet, die Hamburg-Amerika-Linie des Norddeutschen Lloyd in den Auswanderungsdienst der österreichischen Reichshälfte eingetreten sind. Sie fanden in der Austro-Americana, einer Gesellschaft jüngerer Datums, das zweckentsprechende Unternehmen, um ihre Absichten zu realisieren. Der Wiener Bankverein, welcher die Transaktion vermittelt hat, war dazu infolge seiner intimen Beziehungen zur Berliner Haute finance in der Lage. Außerdem kam ihm zugute, daß der Fürst zu Hohenlohe-Schillingensfeld zugleich Mitglied seines Verwaltungsrates und des Aufsichtsrates der Hamburg-Amerika-Linie ist. Die 5 Millionen Kronen Afrika, welche die Austro-Americana emittiert und welche von den beiden deutschen Gesellschaften übernommen werden, dienen zum Bau neuer Schiffe und zu sonstigen Investitionen, die notwendig sind, um den regelmäßigen Passagier- und Frachtverkehr zwischen Triest und den Vereinigten Staaten vorläufig alle vierzehn Tage mit einem Schiff von großem Fassungsvermögen zu besorgen. Bisher werden insgesamt sieben Passagierschiffe der Austro-Americana, ferner dreizehn Dampfer der Firma Confolini des Passagier- bzw. Frachtverkehrs von Triest nach New York bestreiten. Man nimmt an, daß jährlich ca. 26 000 Personen von Triest nach Amerika befördert werden dürften. Es wird wohl auch eine scharfe Konkurrenz in den Frachtaraten zwischen der österreichischen und der ungarischen Amerika-Linie entstehen. Es ist bemerkenswert, daß die Austro-Americana für die letzte Ueberfahrt nach Amerika von Laibach ab, d. h. etwa 200 Bahnkilometer vor Triest, 135 Kr., also weitaus weniger als den normalen Passagiersatz, festsetzte.“

Schiffverkäufe an Rußland. Die argentinische Regierung, die vor einigen Monaten zwei Kreuzer an Japan veräußert, will jetzt, wahrscheinlich um die Parität zu wahren, auch an Rußland einige Schiffe verhandeln, und zwar soll es sich um nicht weniger als vier Schlachtschiffe und zwei Kreuzer handeln. Die „Buenos Aires Handelszeitung“ berichtet darüber folgendes: Die Regierung hat, wiederholt von Interessenten an Kriegsschiffen angesprochen, in den letzten Tagen einer französischen Firma die offizielle Offerte gemacht, die vier je 6840 Tonnen verdrängenden Schlachtschiffe und außerdem zwei Kreuzer von 3500 resp. 3200 Tonnen Gehalt für den Preis von 3 600 000 Pfd. Sterl. zu verkaufen. Der Käufer wäre angeblich die Türkei; in Wirklichkeit würden die Schiffe natürlich in russischen Besitz übergehen. Der Erlös würde jedoch dem genannten Blatte zufolge für die Finanzen des halb nicht weiter in Frage kommen, weil er für den Neubau äquivalenter Schiffe reserviert bleiben würde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Former und Gießerei-Arbeiter wurden am Montag in einer gut besuchten Former-Versammlung besprochen. Dem Referat des Kollegen Jernicke lagen die statistischen Erhebungen zu Grunde, die der Metallarbeiter-Verband Ende vorigen Jahres für den Formerberuf in ganz Deutschland vorgenommen hat. Es ist dies die ausführlichste Statistik, die bisher über die Berufsverhältnisse einer einzelnen Specialbranche in den Gewerkschaften aufgenommen worden ist. Die Erhebungen erstrecken sich auf nicht weniger als 690 Orte und 1708 — 79 Proz. aller Eisen- und Metallgießereien Deutschlands mit zusammen 75 007 Arbeitern. 186 Großbetriebe beschäftigen nahezu die Hälfte aller in Betracht kommenden Arbeiter. Die Berufsarten der Arbeiter veranschaulicht folgende Uebersicht:

1. Former.	2. Hilfsarbeiter.
Sandformer 24 835	Kernmacher 6 480
Lehmformer 955	Schmelzer 3 029
Metallformer 2 639	Schupfner 9 133
Stahlformer 1 392	Sonstige 13 243
Temperformer 1 032	
Raschinenformer 6 675	
	3. Lehrlinge 5 829

Für die Metallformerei kommt als Hauptort Berlin in Betracht. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Maschinenformer seit der letzten

zu vermerken, auf die es die Vorlesenden ihre Aufmerksamkeit zu lenken „bittet“. Und nun folgt ein ganzes, zwölf Kapitel umfassendes, eingehendes Programm der Vorlesungen, das aus fertigen Texten und dazu gruppiertem „Belehrungsmaterial“ besteht. Aus diesen in der „Dobrowskidenje“ veröffentlichten Dokument seien hier nur in Kürze einige künftige Stellen angeführt.

Die These 1 für die „Kriegs- und Geschichtskunde“ lautet: Die bisherige Ausbreitung des russischen Staatsterritoriums erscheint als Folge des Flachland-Charakters des Landes von der Ostsee bis zum Stillen Ocean, sowie der Kolonisation, als des grundlegenden Faktors der russischen Geschichte, endlich der Verbindung mit kulturell minderwertigen, ethnographisch isolierten Elementen (wie die Finnen und Mongsolen), die häufig durch Räuberanfälle ihre Unterwerfung durch Rußland herausforderten“ (1).

2. „Das Verhältnis der Russen zu den Eingeborenen der friedlich kolonisierten oder aus Not eroberten Länder ist seit jeher ein christlich-brüderliches, gutmütiges (Wladoweschtschenski! Red. des „Boriv.“), im Gegensatz zur Kolonialpolitik der westeuropäischen Staaten, besonders Englands.“ Die russische Kolonialpolitik wird im Interesse des Vauerntums (1), die westeuropäische im Interesse des industriellen Kapitals unterworfen. „Alle, sogar die kulturell tieferstehenden Völkernschaften erwerben, sobald sie in den russischen Staatsverband aufgenommen werden, alle Bürgerrechte der Stammrussen (das russische „Geisministerium“ scheint doch nicht ganz ohne Geist, wenigstens nicht ohne Schalkhaftigkeit zu sein. Red. d. „B.“).

3. „Alle seine Kriege hat Rußland entweder behufs Rückeroberung seines uralten Besitzums, wie der Ostseestrich (1), oder zu Befreiungszwecken, oder aber endlich behufs Feststellung fester Staatsgrenzen“ geführt. Die westeuropäischen Kriege werden meistens zu Eroberungszwecken und aus materieller Gewinnlust geführt.

6. Der Hauptzug der neuen russischen Geschichte ist die Neigung zum Frieden. Rußland hat friedlich Port Arthur gepachtet. Die Haager Konferenz und das Mißverhalten Englands und Deutschlands ihr gegenüber.“

7. Der Ueberfall der Chinesen auf Wladoweschtschenski (1) und die sibirische Eisenbahn. Die sich daraus ergebende Notwendigkeit für Rußland, die Mandchurie zu okkupieren.“

8. England und Amerika fassen den Plan, Rußland aus der Mandchurie zu verdrängen, um sich die Früchte seiner kulturellen Thätigkeit anzueignen“ (1).

11. „Die Bedeutung des Krieges als der ersten Phase in der Entwicklung des Panmongolismus, jener furchtbaren Gefahr, auf die der jetzige deutsche Kaiser schon längst aufmerksam gemacht hat (sein Bild) und noch vor ihm die russischen Schriftsteller B. Solowjew und Dostojewski.“ (1)

12. „Rußland erscheint wieder als der Beschützer des christlichen Europa gegen die Mongsolen. Dies bekennt auch ganz Europa (Deutschland, Frankreich, Italien, die Slaven). Gegen Rußland war einzig die gelbe Presse Englands und Americas. Doch auch hier macht sich in der letzten Zeit eine scharfe Umkehr geltend.“ (Die letzten Punkte machen den Eindruck, als wenn an der Abfassung dieses russischen Dokuments der Geschichtsphilosophie auch Herr Gädle vom „Berliner Tageblatt“ teilgenommen hätte, der jüngst in einem Feuilleton aus Moskau gleichfalls bittere Thränen darüber vergoß, daß der Sieg Rußlands und damit die Erfüllung seiner „Kulturmission“ in der barbarischen Mandchurie so lange auf sich warten lasse. . . . Red. d. „B.“)

Afrika.

Attentatscherei. Aus Johannesburg wird vom 14. Juni gemeldet: Antich wird bekanntgegeben: Die Polizei beobachtete seit einiger Zeit mehrere Ausländer, von denen einer die prahlerische Aeußerung vernommen ließ, er würde einen Mordversuch gegen den Oberkommissar Lord Milner unternehmen, wenn man es ihm der Mühe wert mache. Infolge weiterer polizeilicher Ermittlungen sind hier letzte Nacht drei Personen, die für Anarchisten gelten, auf Grund der Peace Preservation Act verhaftet worden. — Diese Nachricht klingt ganz und gar schwindelhaft. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Japaner haben heute wieder einen Erfolg an der Westküste der Halbinsel Kwantung zu verzeichnen.

Aus Tokio wird amtlich gemeldet: Infolge einer Beschließung von Keiping haben die Russen, die 3000 Mann mit 20 Geschützen stark waren

Jingtau geräumt.

Der Vormarsch nach Nuden.

Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Kiutschwang berichtet, daß das am 12. d. M. gemeldete Gefecht, in welchem die Russen 800 Mann verloren haben sollen, bei Siungtai stattgefunden hat, wohin die Japaner von Pulantian aus marschierten, um die Gegend zu säubern, ehe sie auf Kiutschwang vorrückten.

Ferner ging dem „Bureau Neuter“ von seinem im Hauptquartier des Generals Kuroki befindlichen Korrespondenten über Japan folgende Nachricht ohne Datum zu: Die Vorposten treffen täglich zusammen, die Verluste dabei sind gering. Bei diesen Gefechten scheinen die Japaner die Oberhand zu behalten. Des Nachts durchschneiden Chinesen die Telegraphendrähte.

Vor Port Arthur.

Tokio, 13. Juni. (Meldung des „Neuterschen Bureaus“.) Admiral Logo berichtet: Am 10. d. bemerkte die japanische Flottendivision in der Bai von Talienswan in der Nähe von Shoopingtan vier russische Torpedobootszerstörer und vertrieb dieselben nach Port Arthur hin. In der Bai von Talienswan sind mehr als 70 Minen zerstört worden, ferner 30 schwimmende Minen, die sich zum Teil in dem Golf von Petschili befanden.

Tokio, 14. Juni. (Meldung des „Neuterschen Bureaus“.) Als gestern abend der Transportdampfer „Tschihoku-Maru“ in der Hafeneinfahrt von Port Arthur Minen legte, explodierte eine Mine. Ein Offizier und 18 Mann wurden getötet, neun verletzt. Das Schiff wurde nicht ernstlich beschädigt.

Russische Mobilisierung.

Petersburg, 14. Juni. Ein kaiserlicher Ukas vom 9. Juni ordnet die Einberufung von Offizieren und Untermilitärs der Reserve zum aktiven Dienst aus zehn Kreisen des Gouvernements Perm, je einen der Gouvernements Perm und Simbirsk, aus 6 Kreisen des Gouvernements Samara, 3 Kreisen des Gouvernements Satow, 2 Kreisen des Gouvernements Orenberg, je 4 der Gouvernements Ufa und Moskau, 6 des Gouvernements Tambow, 2 des Gouvernements Wlabinir, je 4 des Gouvernements Woroneß und Orel, 3 des Gouvernements Njasan, 4 des Gouvernements Tula, 3 des Gouvernements Charkow und aus 4 Kreisen des Gouvernements Kursk an. In einigen Kreisen haben auch Pferdemonstrierungen stattgefunden.

Des Schicksal von Weihaiwei.

London, 14. Juni. (Unterhaus.) Norman fragt an, ob Korea als unabhängiger Staat anerkannt wird. Unterstaatssekretär Carl Percy erwidert ja.

Weiter fragt Norman, ob auch, falls Port Arthur von irgend einer andern Macht als Rußland besetzt würde, die englische Pacht von Weihaiwei sofort aufhöre. Carl Percy erwidert, durch die im Jahre 1898 abgeschlossene Konvention stimmte China zu, Weihaiwei und die anliegenden Gewässer solange an Großbritannien zu verpachten, wie Port Arthur im Besitze Rußlands verbleibe.

dringende und herzliche Bitte vorzulegen und an Ihre Barmherzigkeit zu appellieren.

Ohne Zweifel werden Sie entweder im Monat Mai zu Ehren der Mutter Gottes oder im Monat Juni zu Ehren des hl. Herzens Jesu (oder auch vielleicht zu Ehren des hl. Antonius) oder aus Anlaß der Gewinnung des Jubiläumsablasses ganz gern ein Almosen geben. Sie können überzeugt sein, daß dasselbe kaum besser angebracht ist, als wenn Sie dasselbe für das Leo-Hospiz bzw. für die Antoniuskapelle verwenden.

Ich bitte nun herzlich, daß Sie die Güte haben und das Almosen uns zukommen und daß Sie auf beiliegender Liste einige Adressen aufschreiben und uns zusenden, an die wir uns in derselben Angelegenheit wenden könnten.

Mit dem Ausdruck des freundlichsten Dankes im voraus zeichne ich

Hochachtung

Dr. Stephan.

Die beiliegende Liste nennt sich „Verzeichnis der Wohlthäter“.

Wir können dem armen Dr. Stephan nur einen Rat geben: Wenn Herr Kopp nicht hilft, so wende er sich vertrauensvoll an Herrn v. Mirbach, den Kammerherrn der Kaiserin. Der wird ihm gern verraten, auf welche Weise sich leicht Hunderttausende flüssig machen lassen. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarischen Eisenbahner-Prozesse. Gleichzeitig mit dem Prozeß gegen das Dreizehner-Komitee der Eisenbahner in Budapest hat auch in Szeged ein Prozeß gegen die dortigen Betriebsbeamten stattgefunden, die als Leiter des Ausstandes angesehen wurden. Die Anklage lautete auch hier auf Verbrechen im Amte. Der Prozeß endigte mit der Freisprechung der Angeklagten, da der Gerichtshof zu Anschauung kam, daß man die Betreffenden nicht als Beamten im Sinne des Gesetzes bezeichnen könne, daß sie also nicht in die Lage kamen, ein „Beamtenverbrechen“ zu begehen. —

Obstruktion im böhmischen Landtag.

Prag, 14. Juni. Oberlandmarschall Fürst v. Lobkowitz betonte in seiner Begrüßungsansprache mit Bedauern, daß die parlamentarischen Verhältnisse nicht nur im Lande, sondern auch im Reich derartige seien, daß keine Aussicht auf eine gedeihliche Thätigkeit vorhanden sei, und sprach die Hoffnung aus, daß die patriotische Selbstverleugnung und die gesunde Vernunft endlich einmal die bestehenden Hindernisse beseitigen werden.

Nach Verlesung des Einlaufes nahmen die deutschen Abgeordneten die Obstruktion wieder auf, indem sie zu den eingebrachten Urlaubsgesuchen Anträge auf namentliche Abstimmung mit zehn Minuten Pause stellten. Herold und Kutz beurteilten die Obstruktion der Deutschen. Ersterer erklärte, die Obstruktion der Deutschen im Landtage könne die Obstruktion der Czechen im Reichsrat nicht beeinflussen. Nach zwei namentlichen Abstimmungen schloß der Oberlandmarschall die Sitzung und erklärte, er werde Tag und Stunde der nächsten Sitzung auf schriftlichem Wege bekannt geben.

Frankreich.

Die Karthäuser-Millionen.

Paris, 14. Juni. Die Bureaus der Kammer haben heute die aus 33 Mitgliedern bestehende Kommission zur Untersuchung der Karthäuser-Angelegenheit ernannt. Dieselbe besteht aus 12 Ministeriellen und 21 Antiministeriellen und hat beschlossene, eine beschleunigte und gründliche Untersuchung anzustellen.

Die „Humanité“ veröffentlicht das Protokoll der Zeugenaussagen, die der Generalsekretär im Ministerium des Innern Edgar Combes und der Generalkommissar für die Weltausstellung in Saint Louis Lagrave über die Karthäuser-Angelegenheit im Jahre 1903 gemacht haben. Edgar Combes hat danach damals bekundet, Lagrave habe ihn im Dezember 1902 aufgesucht und ihm mitgeteilt, daß er einen recht heißen Auftrag habe. Die Karthäuser seien bereit, der französischen Regierung die Summe von zwei Millionen Franc zu irgend einem Zweck zu übergeben, wenn sich der Ministerpräsident bewegen lasse, dieser Kongregation die Genehmigung zu verschaffen. Edgar Combes erwiderte, die Kongregation der Karthäuser werde nicht genehmigt werden. Wenn sein Vater, der Ministerpräsident, von diesem Schritte Kenntnis erhielte, würde er schwer beleidigt sein. Lagrave bestätigte die Aussagen von Edgar Combes und bemerkte, daß er den Namen der Persönlichkeit, die behauptet habe, sie könne zwei Millionen von den Karthäufern erlangen, wenn die französische Regierung ihnen die Genehmigung erteile, wegen des Amtsgeheimnisses nicht nennen könne. Combes versicherte jedoch, daß es sich keineswegs um den Versuch einer Amtsbeschöpfung handle. Die „Humanité“ sagt, daß die betreffende Person der Ingenieur Chabert sei. —

Espanien.

Alicante, 14. Juni. Von den aus Anlaß des Anschlages gegen den Ministerpräsidenten Maura verhafteten Personen sind neun wegen Mangels an Beweisen aus der Haft entlassen worden. —

Dänemark.

Das Verfassungskfest, der 5. Juni, bildete auch in diesem Jahre wiederum eine gewaltige Demonstration der dänischen Arbeiterchaft für die Volksherrschaft, zu der v. r. 55 Jahren der Grund gelegt wurde, die aber thatsächlich erst durch die Arbeiterklasse errungen werden muß, sowie für das höchste Ziel der Arbeiterbewegung: für den Socialismus. Mit Rücksicht darauf, daß das Fest auf einen Sonntag fiel, hatte die Arbeiterchaft Kopenhagens diesmal von dem sonst üblichen Demonstrationzug durch die Straßen Abstand genommen und sich in zwanglosen Gruppen nach dem herrlichen Park Søndermarken begeben, der von einer unabhärbaren Menge überflutet wurde. Von den zwei Rednertribünen, die nahe dem Frederiksberg-Schloß aufgebaut waren, sprachen unter andern der Landsthingmann St. A. Andersen, die Høllstingsmänner Sigbold Olsen und Lyngsje sowie Bürgermeister Jensen, dessen Rede wesentlich dem Socialismus gewidmet war und mit folgenden Worten schloß:

„Erst wenn man verstehen lernt, daß die Menschen gleichgestellt sein sollten und nicht wie jetzt in Klassen geteilt, kommen wir zu dem großen und wirklichen Systemwechsel. Bis dahin müssen wir froh sein darüber, daß die Gesellschaftsentwicklung dem Socialismus in die Hände arbeitet. Wir müssen nun wie bisher das größte Gewicht auf die Agitations- und Organisationsarbeit legen, auf die Selbstzerziehung. Wenn wir nur zurückbliden auf das, was erreicht ist, muß uns die Lust kommen, in derselben Weise weiterzuwirken. Der Kampf der Arbeiterpartei ist keine Sisyphusarbeit, sondern eine stolze und begeisterte Kulturarbeit. Darum ein Hoch für den Socialismus, für das große schöne Evangelium der Menschheit!“ —

Rußland.

Russisch-offizielle Geschichtsphilosophie.

Verschiedene russische Kuratoren der Schulbezirke haben — offenbar auf Veranlassung des zarischen Ministeriums „des Geistes“ — ein originelles Cirkular an die Direktoren der Mittel- und Hochschulen gerichtet. Es wird darin Klage geführt über die „elende Handvoll böswilliger Menschen, die, jedes heiligen Gefühls der Vaterlandsliebe bar, sich nicht schämen, die Studierenden zu verwirren, indem sie ihnen in revolutionären Schriften die Ursachen und die Zwecke des gegenwärtigen Krieges in völlig verdrehter Form darstellen.“ Um dem „verwirrenden“ Einfluß der „böswilligen“ Revolutionäre entgegen zu wirken, wird den Mittel- und Hochschulen nahegelegt, „spezielle Vorlesungen für sarambrannte Geschichtsphilosophie im Zusammenhang mit dem russisch-japanischen Kriege einzurichten! Katilisch wird dabei den künftigen Professoren dieser Kurse der „Polizeiwissenschaft“ ausdrücklich „völlige Freiheit in der Auswahl und der Gruppierung des Materials“ im voraus gesichert, nur „erlaubt sich“ das Cirkular gleichzeitig einige Punkte

Bählung um rund 80 Proz. gestiegen ist. Auch Frauen werden jetzt schon in den Gießereien beschäftigt und zwar beim Kernmachen und — charakteristisch für die Unternehmer — auch bei der überaus schmutzigen Arbeit des Putzens. Organisiert sind die Formner und Gießereiarbeiter insgesamt erst zu 24,5 Proz., die Formner selbst zu etwa 60 Proz. In Bezug auf die Zugehörigkeit zur Organisation steht Berlin weit voraus am günstigsten da. Durch die Statistik wird wiederum zur Evidenz bewiesen, daß die höchsten Löhne und die kürzeste Arbeitszeit da anzutreffen sind, wo die Arbeiter am besten organisiert sind. So beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit in Berlin etwa 9 Stunden; in Schlesien, wo die Organisation nur erst in geringem Maße Eingang gefunden hat, dagegen 12 Stunden. Wechnlich ist das Verhältnis mit den Löhnen. In Berlin beträgt der Durchschnittslohn 30,8 M. pro Woche, in Torgelow etwa 15—16 M., in Schlesien 12—14 M. Aber auch in den Großstädten erreichen 22 000 Formner und Gießereiarbeiter noch nicht einmal den ortsüblichen Tagelohn von 8 M. Alles in allem genommen muß konstatiert werden, daß der Lohn der Formner zu dem Wert ihrer Arbeitsprodukte — unter besonderer Berücksichtigung der Gefährlichkeit der Arbeit sowie der physischen Anstrengung — in einem argen Mißverhältnis steht.

Als ein großer Uebelstand werden auch die Abzüge für Auszubildende angesehen. Solche Abzüge werden in 1094 der 1288 Accordbetriebe gemacht, davon in 671 auch dann, wenn der Formner in ein Verschulden trifft; nur in 180 Betrieben findet kein Abzug statt. Auch in Berlin giebt es 12 Firmen, die ihre Formner für unverschuldeten Auszubildenden verantwortlich machen. — Sehr mangelhaft sind auch die sanitären Verhältnisse. Von den 1708 Betrieben ist überhaupt nur in 1158 Betrieben Ventilation vorhanden, in 579 davon ist sie aber auch nur ungenügend, und das trotz des äußerst gesundheitschädlichen Dunstes, der in den Gießereien entwickelt wird. Auch die Hebe- und Schuttbearbeitungen sind in 651 Betrieben ungenügend. Der Referent gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß durch diese Statistik eine wertvolle Unterlage zur Beurteilung der Gesamtverhältnisse im Formnerberufe geschaffen sei, aus der sich das Vorgehen zu einer gründlichen Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von selbst ergibt.

Deutscher Buchbinder-Verband. Jahrestelle Berlin. Am Sonnabend, den 11. Juni, haben im Gewerkschaftshaus die Delegierten der 11. Verbandstag, der am 4. Juli in Dresden seinen Anfang nimmt, stattgefunden. Wir geben das Resultat hiermit bekannt. Es wurden gewählt: Albert Bergmann, Eugen Bräuner, Franz Dymowski, Karl Draug, Karl Friederich, Eugen Hieber, Karl Hilbert (Charlottenburg), Albert Hoffmann, Bernhard Jost, Fritz Keese, Max Kempe, Ernst Klar, Martha Kozelina, Franz Luff, Albert Misch, Gustav Nöthig (Steglitz), Paul Schade, Otto Schewe, Paul Schiffe, Max Schubert, Otto Thielmann, August Wagner. Die Ortsverwaltung.

Eine Lohnbewegung der Holzbildhauer, vor allem der in den besseren Geschäften des Westens, Südwestens und Südens tätigen, bereitet sich vor. Bei Habel in der Bergmannstraße tagte am Montag eine öffentliche Versammlung der Holzbildhauer der genannten Stadtteile. Der Referent Grundig wies darauf hin, daß zwar der Minimallohn von 24 M. und die 8 1/2 stündige Arbeitszeit vor einigen Jahren erzwungen worden ist, doch giebt es noch Geschäfte, wo der Minimallohn nicht umgekehrt wird — in einzelnen mittleren Geschäften sollen sogar Wochenlöhne bis hinunter zu 18 und 17 M. gezahlt werden. Die in den besseren Geschäften tätigen Holzbildhauer verdienen allerdings zu einem großen Teil mehr als den Minimallohn. Nur 22 von den für die besseren Arbeiten in Betracht kommenden 270 Kollegen verdienen jedoch über 40 M. wöchentlich. Bedenkt man, daß zur Herstellung dieser für die reichsten Leute bestimmten kunstgewerblichen Arbeiten außergewöhnliche technische Fähigkeiten erforderlich sind, so erkennt man, daß die Löhne im allgemeinen unzureichend sind. Der Geschäftsgang ist jetzt in den besseren Geschäften ein guter. Fast alle dort tätigen Kollegen gehören ihrer Organisation an, wogegen in den, meist im Norden und Osten der Stadt befindlichen minderen Geschäften sowohl der Geschäftsgang als auch die Organisationsverhältnisse zu wünschen übrig lassen und ein zahlreiches Kleinmeisterium die Lohnbewegung erschwert. Aus diesen Gründen schlug der Redner vor, zunächst an die besseren Geschäfte mit der Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung von 10 Proz. heranzutreten.

Nach gründlicher Aussprache beschloß die Versammlung auf Antrag Dupons: „Die Forderung einer prozentualen Lohnerhöhung — nicht unter 10 Proz. — auf alle Geschäfte der Holzbranche auszuüben. Die Durchführung hat in den verschiedenen Unterbranchen bei der uns günstig erscheinenden Konjunktur zu erfolgen. Die Agitationskommission hat diejenigen Geschäfte in einer schleunigst einzuberufenden Vertrauensmännerversammlung namhaft zu machen, wo sofort in die Bewegung einzutreten ist.“

Achtung, Lederarbeiter! In der Lederfabrik von G. Köppler, Wlanenburg-Berlin, sind Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter der Kaltverhülle, zehn an der Zahl, weigerten sich, einen durch die schlechten Betriebsbedingungen entstandenen Schaden aus ihrer Tasche zu zahlen. Seitens der Firma wurde der Schaden in Höhe von 192,50 M. unberechtigtweise am Sonnabend in Abzug gebracht und die Arbeiter auf erhöhte Beschwerde entlassen.

Offentlich wird der Firma von zuständiger Stelle klargemacht, daß die gesetzlichen Bestimmungen auch für die Herren Arbeitgeber gelten. Seitens unserer Organisation sind die notwendigen Schritte dazu eingeleitet. Die Firma hat es überhaupt darauf abgesehen, nicht in Frieden mit ihren Arbeitern zu leben, da sie fortwährend Differenzen provoziert. Wir erlauben deshalb, diese Fabrik bis auf weiteres zu meiden.

Verband der Lederarbeiter Deutschlands.

Zum Streik der Kammer ist auch heute über weitere Bewilligungen zu berichten und zwar haben die Firmen Griesner-Steglitz, Varotta-Charlottenburg und Selchow-Röpenick den Tarif unterschrieben anerkannt.

Die Verhandlungen mit der Steglitzer Steinfeinung am Montag haben zu einem positiven Ergebnis noch nicht geführt, da diese sich erst mit der Berliner Innung verständigen will. Sollte sich die Steglitzer Innung jedoch weiterhin ablehnend verhalten, so ist die Steglitzer Innung gewillt, auf Grund eines von den Arbeitervertretern gemachten Kompromißvorschlages für sich allein mit den Kammerern einen Vertrag auf zwei Jahre zu schließen.

Deutsches Reich.

Wetzl, 14. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Schöffengericht sprach die Genossen Müller und Lindner wegen Vergehens gegen § 153 und großen Unfug frei. Sie sollten durch die „Vollzeitung“ konfessionäre zu zwingen versucht haben, einer Tarifvereinbarung beizutreten.

Die Bewegung in der Spiel- und Metallwaren-Industrie Nürnberg ist am Montag zu Ende geführt worden. Nachdem eine Arbeiterversammlung am vergangenen Freitag sich mit den zünftigen Arbeitgebervertretern der Unternehmer nicht einverstanden erklärt und beschlossen hatte, am Montag in den Streik einzutreten, ließ die Kommission des Unternehmerverbandes die Lohnkommission der Arbeiter nochmals zu sich bitten und machte nach langen Verhandlungen noch einige weitere Zugeständnisse, so daß zunächst die angeständigte Arbeitseinstellung unterblieb. Nur die Arbeiter einiger Betriebe, die nicht rechtzeitig verständigt werden konnten, begannen den Streik, nahmen aber mittags die Arbeit wieder auf, nachdem sie die Sachlage erfahren hatten. Die Zugeständnisse des Industriellenverbandes gehen nun dahin, daß am 18. Juni die 57 stündige, ab 1. Januar 1905 die 56 stündige Arbeitszeit in Kraft tritt und überall eine einheitliche Mittagspause von 1 1/2 Stunden eingeführt wird. Der Minimallohn für ausgebildete Handwerker wird auf 30 Pf., nach zwei Jahren auf 32 Pf. festgesetzt, Werkzeugmacher erhalten nach beendigter Lehrzeit 35 Pf. pro Stunde. Die weitere Steigerung

bleibt der freien Vereinbarung nach der Dauer der Beschäftigung überlassen. Für Zeit- und Stücklohn tritt eine Erhöhung von 5 Proz. ein, den Accordarbeitern wird der Stundenlohn garantiert. Die Accordpreise können nur dann gekürzt werden, wenn in der Woche durchschnittlich mehr als 65 Pf. verdient werden. Für Ueberstunden werden 25, für Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Die Vereinbarung gilt vom 15. Juni ab auf zwei Jahre. Wird der Vertrag drei Monate vor Ablauf nicht gekündigt, so gilt er als auf ein weiteres Jahr verlängert.

Zu einer am Montagabend stattgefundenen von ca. 8000 Personen besuchten Arbeiterversammlung wurden diese Vereinbarungen gegen wenige Stimmen angenommen. Der Vertrag gilt für sämtliche größeren Firmen. Derselben Forderungen werden nun auch an die in der Zwangsbannung vereinigten kleineren Unternehmer gestellt werden.

Die Aussperrung der Bantischer in Bremerhaven-Großemünde, von der wir in letzter Nummer berichteten, ist jetzt vom größten Teil der in Betracht kommenden Tischlermeister bewerkstelligt worden. Das Scharmachertum hat seinen bisherigen Brutalitäten eine neue That hinzugefügt. 180 Tischler flogen aus Straßenspaster, weil sie sich nicht willenlos dem Unternehmertum überliefern wollten. Nur einige Firmen waren verständiger und vernünftiger als der größte Teil der Berufspropen. Sie legten zwar auch die ominöse Anerkennungsart den Gehilfen vor, erklärten jedoch, daß sie letztere auch im Falle des Nichtunterschreibens nicht aussperrten würden.

Achtung, Schlosser! Bei der Firma Langensiepen in Magdeburg sind 150 Schlosser, Dreher und Vohrer in den Ausstand getreten. Zugang fernhalten. Um Nachdruck dieser Notiz wird gebeten.

Der Streik der Maler in Hannover ist beendet. Bekanntlich hatten die streikenden Parteien das Einigungsamt angerufen, dessen Schiedsspruch den älteren Malergehilfen bei normaler Leistung Minimallohn von 46 Pf. pro Stunde, den jüngeren, erst ausgebildeten Gehilfen einen Lohn von 42 Pf. pro Stunde zubilligte. Dieser Schiedsspruch ist, wie uns telegraphisch aus Hannover gemeldet wird, von den Streikenden einstimmig abgelehnt worden; zugleich aber wurde beschlossen, den 18 Wochen dauernden Streik aufzuheben.

In der Bantischerlei von Reinhold Jährlich, Trebbin, Kreis Teltow, Bahnhofstraße 88, haben sämtliche Tischler die Arbeit niedergelegt. Die minimale Forderung wurde seitens des Unternehmers strikte abgelehnt und ist deswegen Zugang fernzuhalten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Jahrestelle Trebbin.

Rusland.

Die Aussperrung der Buchbinder Dänemarks. Die Verhandlungen in Kopenhagen sind gescheitert. Die Aussperrung wird im ganzen Lande unverändert aufrechterhalten. Es wird jedoch wahrscheinlich in den nächsten Tagen zu neuen Verhandlungen kommen, woran Vertreter der dänischen Arbeitgeber-Vereinigung und des Gesamtverbandes der Gewerkschaften teilnehmen sollen.

Der Sieg der Londoner Droschkentischer. Nach zehntägigem Streik wurde Mittwoch der Lohnkampf der Londoner Droschkentischer siegreich beendet. Die Fuhrwerksbesitzer begnügen sich in Zukunft, daß ihnen die Kutscher für den Wagen täglich 14 Schillinge abliefern. Bislang mußten die Kutscher täglich 16 Schillinge zahlen und litten dabei Not. Sie haben also durch den Ausstand täglich 2 Schillinge gewonnen. Man darf aber aus dieser Steigerung des Einkommens nicht schließen, daß die Londoner Droschkentischer nun praßen werden können. Hr. Hill, der Sekretär ihrer Gewerkschaft, charakterisierte den Erfolg des Streiks mit den bezeichnenden Worten: „Was wir gewonnen haben? Einfach die Differenz zwischen einem Hungerlohn und einem Lohne zum Leben.“ Die Londoner Droschkentischer haben bewiesen, daß auch große Differenzen zwischen dem bisher bezahlten und einem „Lohne zum Leben“ auszugleichen sind, wenn man eine gute Organisation hat.

Versammlungen.

Mißstände im Blockwerk der Firma Siemens u. Halske gelangten am Montag in einer gut besuchten Versammlung der Arbeiter dieses Werkes zur Erörterung. Gestützt auf ein sehr reichhaltiges Beschwerdematerial unterzog der Referent Wieseenthal die Zustände in jeder einzelnen Abteilung des Blockwerkes einer eingehenden Kritik, hierbei besonders die den Arbeitern zu teil werdende schlechte Behandlung durch die Meister und die permanente Reduzierung der Accordpreise hervorhebend. Die Abzüge werden meistens mit dem Hinweis auf die angeblich erleichterte Arbeitmethode in Folge „technischer Verbesserungen“ motiviert; jedoch merken die Arbeiter von den Verbesserungen nur wenig, da Werkzeug und Arbeitsmaschinen sich vielfach in einem recht mangelhaften Zustande befinden. Es ist vorgekommen, daß ein Arbeiter in letzter Zeit bei einem Accord in 11 Stunden nur 2,75 M. zu erzielen vermochte; ähnlich geringe Verdienste hatten eine ganze Reihe von Arbeitern zu verzeichnen. Als äußerst verwerflich wurde auch das im Werke stark ausgeprägte Schieberystem hingestellt. Wenn z. B. die Accordpreise auf ein Minimum herabgedrückt sind, so daß der Arbeiter beim besten Willen nicht zu Lohn kommen kann, so werden ihm schließlich eine Anzahl nicht geleisteter Arbeitsstunden „zuschrieben“. Dem einzelnen, bei seinem Meister leidlich gut angefahrenen Arbeiter ist auf diese Art wohl zu einem normalen Lohn verholpen worden, doch dem minder beliebten oder neu eingestellten Arbeiter kommen solche „Schiebungen“ nicht zu gute. Das ganze System wirkt lorumpierend, es ist nur die Folge der bis zur Virtuosität ausgebildeten Lohnbrückeri. Nach einer Schilderung der Schäden des Prämiensystems, das, wie gerüchelt wird, im Blockwerk eingeführt werden soll, wurde sich die Versammlung schlüssig, in nächster Zeit im engeren Kreise Werkstattbesprechungen abzuhalten, um über geeignete Maßnahmen zur Abhilfe der Mißstände zu beraten.

Die Töpfer (Centralverband) hielten am Freitag eine gut besuchte Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Zunächst wurden den bis vor kurzem streikenden Vergoldern 150 M. bewilligt; dieselbe Summe soll auch zur Verbesserung der Bibliothek verwendet werden. Darauf wurden die Mitglieder Henning und Meyer wegen Fälligkeit von Arbeitsnachweis-Karten aus dem Verbande ausgeschlossen. Zur Annahme gelangte alsdann das vom Vorstande ausgearbeitete Regulativ des Arbeitsnachweises. Beschlossen wurde ferner, den Zugang von außerhalb in der Weise zu regeln, daß, wenn Anstöße in größerer Zahl länger wie sechs Tage auf dem Nachweisse eingeschrieben sind, diese vor dem letzten Jahre zugereisten bei der Arbeitsvermittlung berücksichtigt werden sollen. Bei größerer andauernder Arbeitslosigkeit ist der Vorstand verpflichtet, diesen Beschluß den auswärtigen Kollegen durch das Fachblatt wiederholt zur Kenntnis zu bringen.

Nach Erledigung der inneren Angelegenheiten hielt sodann der Reichstags-Abgeordnete Genosse Ledebour einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Wie haben sich die Arbeiter zu wehren gegen die Angriffe auf ihre Rechte? Im Anschluß an das Referat wurde folgende Resolution angenommen: Die von ca. 1000 Personen besuchte Versammlung der centralorganisierten Töpfer Berlins ist mit dem Referenten der Ansicht, daß die in neuerer Zeit hervorgetretenen Bestrebungen der industriellen und gewerblichen Arbeiterorganisationen sowohl, als der in den gesetzgebenden Körperschaften (Reichstag, Landtag und Herrenhaus) tätigen Vertreter der bürgerlichen und junkerlichen Gesellschaft einzig und allein darauf hinauslaufen, die Arbeiterklasse noch mehr wie bisher zu entrechten und zu knechten. Aus dieser Erkenntnis heraus verpflichten sich die Anwesenden, nicht nur fest an ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu halten, sondern sich auch, soweit dies noch nicht geschehen, der socialdemokratischen Partei, die allein offen für die vollständige Befreiung der Massen gegen die eintritt, und deren Organisationen, den socialdemokratischen Wahlvereinen, anzuschließen, um eifrig für die Verwirklichung der socialistischen Ideen einzutreten und agitieren zu helfen.“

Centralverband der Schmiede. Die Jahrestelle Berlin hielt am Donnerstag in Dräsel's Festsaal eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der der Vorsitzende Siering zunächst über den Streik der Werkstättenarbeiter der Straßenbahn berichtete. An diesem Streik, der vermieden worden wäre, wenn die Kommission der Arbeiter anständige Behandlung von den Vorgesetzten erfahren hätte, waren vom Schmiedeverband 15 Mitglieder beteiligt; außerdem hatte der Verband 14 Unorganisierte zu unterstützen. Der Redner bemerkte hierzu, daß der Vorstand in einer der nächsten Mitgliederversammlungen einen Antrag stellen werde, wonach Unorganisierten in Zukunft keine Streikunterstützung mehr gewährt werden soll. Die Versammlung befähigte sich sodann mit verschiedenen inneren Angelegenheiten der Organisation. Eine längere Debatte rief ein Antrag, die Kosten für die Versicherung der Bureauangestellten in der Unterstützungs-gesellschaft zu zahlen, hervor. Der Antrag ist in den Bezirksversammlungen vorberaten worden und in sieben von den vierzehn Bezirken teils mit einigen Abänderungen angenommen worden, ebenso im Vorstand. Die Debatte endete damit, daß die beiden Bureaubeamten es ablehnten, diese Unterstützung von der Versammlung anzunehmen. Ferner wurde über die Form der auf Beschluß des Verbandstages in Halle stattfindenden Urabstimmung über Einführung von Krankenunterstützung beraten. Es wurde beschlossen, daß die Abstimmungszettel samt der damit verbundenen Aufklärungsschrift jedem Mitgliede und Haus geschickt und die Zettel nach drei Tagen wieder abgeholt werden sollen. Zur Leitung der Urabstimmung wurde eine Kommission von 5 Mann gewählt. Des weiteren bewilligte die Versammlung 100 M. zur Unterstützung der streikenden Kollegen in Freiburg i. B. sowie 100 M. für die bereits erfolgte Anschaffung einer Beweidungsmaschine. Wegen Streikbruch wurden dem Verbandsvorstand zum Anschluß empfohlen: Karl Wolff, Wilhelm Hannemann, Otto Bentzin und Ernst Schranl.

Steglitz. Genosse Niehke-Berlin sprach am Mittwochabend im Socialdemokratischen Wahlverein über: „Die Schädlichkeit des Alkoholgenußes“. Der Redner erläuterte zunächst unter Zuhilfenahme anatomischer Abbildungen die Verheerungen, welche der Alkohol an einzelnen wichtigen Körperorganen anrichtet, bewies mit einem reichlichen Zahlenmaterial die Einwirkung des Alkoholgenußes auf die Kriminalität und führte den Zuhörern zum Schluß mit eindringlichen Worten die Notwendigkeit der Enthaltung vom Genuß geistiger Getränke vor Augen, um den gesamten Volkörper widerstandsfähiger und körperlich und geistig leistungsfähiger zu machen und ihn damit in den Stand zu setzen, die idealen Ziele der Socialdemokratie schneller und sicherer zu verwirklichen. Die Diskussion bewegte sich in zum stimmendem Sinne. — Hierauf berichtete der Vorsitzende über die Beratungen und Beschlüsse des Vorstandes betr. Reorganisation des Vereins zur Entfaltung einer umfassenderen Agitation. Die Versammlung genehmigte die Vorschläge des Vorstandes. Danach ist jetzt unser Ort in zehn anstatt wie bisher sechs Bezirke eingeteilt und außerdem soll das Hauskassierer-System eingeführt werden. Bei den Flugblattverbreitungen wird das Kontrollmarken-System eingeführt, um jederzeit feststellen zu können, wer seine Pflichten als Parteigenosse ernst nimmt. Nachdem noch die Wahl der neuen Bezirksführer und ihrer Stellvertreter vorgenommen war, gab Genosse Döring die Abrechnung von der Kasseier, welche einen Ueberschuß von 557,50 M. ergab, an welchem der Wahlverein und die Gewerkschaftskommission je zur Hälfte partizipieren. — Auf Antrag aus der Mitte der Versammlung wurde einstimmig beschlossen, dem hiesigen Komitee für Halbtag's-Perlenkolonien einen Beitrag von 50 M. zu überweisen; eine gleiche Summe hat die Gewerkschaftskommission zur Verfügung gestellt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Trier, 14. Juni. (W. S.) Der Urheber des Automobilunfalles bei Zabach, wodurch ein Mann getötet wurde, ist der Baron Ginzburg in Paris. Er wurde in Saarouis verhaftet.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 14. Juni. (W. S. B.) Bugliesi-Conti (nationalistischer Republikaner) beantragt, daß die Kommission, welche die Zwei-Millionen-Angelegenheit untersucht, diese Untersuchung auch auf alle mit dieser Angelegenheit in Verbindung stehenden Thatsachen ausdehnen soll und daß dieser Kommission die Befugnisse eines Untersuchungsrichters beigelegt werden. Bugliesi-Conti verlangt für seinen Antrag Dringlichkeit und giebt dann seine Verwunderung Ausdruck, daß Lagrave den Posten als Kommissar bei der Weltausstellung in St. Louis beibehält. Redner sagt ferner, er hoffe, daß der Sohn des Ministerpräsidenten Combes bald seine Unschuld werde darthun können. (Lebhafte Widerspruch links.) Ministerpräsident Combes erklärt, er allein sei verantwortlich und er werde keine Verleumdungen gestatten. (Beifall links, Darm rechts.) Brisson (socialistischer Radikaler) wirft Bugliesi-Conti vor, daß er Leidenchaftlichkeit in die Verhandlungen bringe. Keinerlei Verhuldigung sei gegen den Sohn des Ministerpräsidenten erhoben worden. (Beifall links.) Bugliesi-Conti versucht hierauf, Zeitungsartikel zu verlesen, wird aber von der äußersten Linken abgelehnt. Bugliesi-Conti sagt dann, man habe nicht gewagt, diejenigen, die den Sohn des Ministerpräsidenten angegriffen hätten, vor die Geschworenen zu verweisen. (Zwischenrufe.) Ministerpräsident Combes erwidert, er weise die Verhuldigungen des Vorgesetzten mit Verachtung zurück und er sei bereit, die Arbeiten der Kommission in jeder Weise zu erleichtern. Der Ministerpräsident beantragt, die Beratung des Antrages Bugliesi-Conti zu vertagen. Das Haus beschließt demgemäß und legt dann die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die zweijährige Dienstzeit fort.

Wien, 14. Juni. (W. S. B.) Wien ist für pestverseucht erklärt worden.

Petersburg, 14. Juni. (W. S. B.) Ein Telegramm des Generals Charunwisch an den Generalstab von gestern besagt: In der Nacht vom 11. zum 12. Juni griffen die Japaner südlich von der Station Wafandian und nördlich von der Linie Siguro-Bulandian eine russische Feldwache beim Dorfe Ubiadan an, wurden aber mit Verlust zurückgeworfen. In derselben Nacht bemächtigte sich eine russische Abteilung nach einem Kampfe, der bis zum Morgen dauerte, des Engpasses und der Höhen beim Dorfe Lidiatun. Auf russischer Seite wurden in diesen Nachtgefechten vier Mann getötet und 18 verwundet. Am 8. Juni wurde der Lieutenant Lang mit seiner Abteilung bei einer Reconnoissance in der Umgebung von Ubiabescht, 18 Werst nordöstlich von Jlaniamy, von einer japanischen Abteilung überfallen, die zwei Kompagnien stark war. Es gelang ihm nach einem Handgemenge, sich durchzuschlagen. Wie gemeldet wird, rückt eine gegen 3000 Mann starke japanische Abteilung von Siden nach Chuajensan vor.

Vom russisch-japanischen Kriegskampfe.

Petersburg, 14. Juni. (W. S. B.) Ein Telegramm des Generaladjutanten Kuropawin an den Kaiser von gestern meldet: Heute morgen wurde festgestellt, daß die Japaner von Bulandian nach Norden vorrückten; gegen 2 Uhr nachmittags stand die Front der Vorhut vom Dorfe Wadegou bis zum Thale des Tschahjo, und die Gesamtzahl der vordrückenden Truppen betrug gegen zwei Divisionen, von denen die eine im Thale des Tschahjo marschierte. Um 4 1/2 Uhr nachmittags stellte der Gegner den Vormarsch ein, nachdem er die Dörfer Landiatun, Tschanziatun, Linzjatun und die Höhen südlich von Wadegou besetzt hatte. Genaue Angaben über unsere heutigen Verluste habe ich noch nicht erhalten. Ein Offizier und mehrere Mann sind verwundet worden. Wie gemeldet wird, ist heute festgestellt worden, daß die Japaner auch aus Esnatan in der Richtung auf den Dalin-Paß vorrückten.

Reichstag.

97. Sitzung. Dienstag, den 14. Juni 1904, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Herr v. Stengel, Dr. Stübel. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Münzgesetz-Novelle.

Reichschatzsekretär Herr v. Stengel:

Die vom Reichstage in zweiter Lesung beschlossene Aenderung des vorliegenden Gesetzentwurfs, wonach als Reichs-Silbermünzen künftig auch Dreimarckstücke geprägt werden sollen, enthält, wie ich mir bei der zweiten Beratung im Plenum auszuführen erlaubte, einen Eingriff in das Dezimalsystem. Ein so tiefer Eingriff in unser Münzsystem würde nach Auffassung des Bundesrats überhaupt nur in Frage kommen können, wenn hierfür ein dringendes Verkehrsbedürfnis vorliegen sollte; ein solches ist aber nach unserer Auffassung nicht vorhanden. Es ist vielmehr bis auf weiteres anzunehmen, daß auch nach Einziehung der Thaler durch Ausprägung von Fünft-, Zweif-, Ein- und Anbert-halb-Markstücken dem Verkehrsbedürfnis nach Silbermünzen Rechnung getragen werden kann, und unter diesen Umständen steht sich der Bundesrat veranlaßt, seine Zustimmung zu dem vom Reichstag in zweiter Lesung beschlossenen Gesetze nicht zu geben. Würde der Reichstag auf diesem Beschlusse verharren, so würde die Vorlage für den Bundesrat unannehmbar, und es würde damit zugleich zu unserm lebhaften Bedauern die geplante, seit Jahren als dringendes Bedürfnis empfundene Verbesserung der Fünzigpfennigstücke als gescheitert zu betrachten sein. Ich bemerke noch, daß demnächst die Ausprägung neuer Fünzigpfennigstücke in ziemlich erheblichem Umfange in Aussicht steht. Es läßt sich dies nicht mehr verschieben, und ich möchte das hohe Haus daher in letzter Stunde dringend bitten, die ursprüngliche Regierungsvorlage wieder herzustellen. Wenn etwa der Wunsch nach weiterer Klärung der Bedürfnisfrage vom Seiten des Reichstages in Form einer Resolution zum Ausdruck kommen sollte, so würden die verbündeten Regierungen sich einer solchen Resolution gegenüber nicht ablehnend verhalten.

Abg. Bleil (fr. Sp.):

Legt seine Anträge: 1. Die Dreimarckstücke aus der Reihe der voranzutragenden Münzen zu streichen. 2. Das neue Fünzigpfennigstück auf der Rückseite mit einem kleinen, von einem Eisenkranz umrahmten Reichsadler zu versehen. (Im einzelnen bleiben seine Ausführungen bei der großen Unruhe des Hauses unverständlich.)

Präsident Graf Balkeström

oitet wiederholt um Ruhe. Meine Herren, Sie sind etwas vorzeitig. Wir sind noch nicht in den Ferien. (Große Heiterkeit.)

Vom Abg. Kirsch (C.) ist folgende Resolution (für den Fall der Annahme des Antrages Bleil) eingegangen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Ausprägung von silbernen Dreimarckstücken und eine entsprechende Aenderung des Münzwesens in Betracht zu ziehen. Sie wird vom Centrum und den Nationalliberalen unterstützt.

Abg. Dr. Krenndt bedauert die Erklärung des Staatssekretärs, da der Beschluß, neue Thaler zu prägen, im ganzen Lande freudige Aufnahme gefunden habe. Der Herr Staatssekretär würde jedenfalls wesentlich zur Beruhigung im Lande beitragen, wenn er erklären könnte, daß die Umprägung der Thaler nicht in der bisherigen Weise weiter erfolgen wird. Es würde dies nur den früheren Erklärungen der Regierung entsprechen.

Herr v. Stengel: Der Artikel IV des Münzgesetzes steht der Forderung des Herrn Vorredners, daß mit der Umprägung von Thalern eingehalten werden soll, entgegen. Ich bin deshalb zu meinem Bedauern nicht in der Lage, dem Herrn Vorredner in dieser Richtung eine Zusage zu machen.

Abg. v. Strambel (C.) stellt Erwägungen darüber an, ob man das Fünfmarsstück durch Vermehrung des Silbergehalts oder eine Verminschung von Gold kleiner machen könne. Er erklärt es für rundweg unmöglich, das neue Fünzigpfennigstück von einem Fünfpfennigstück zu unterscheiden und bittet deshalb um Annahme des Antrages Bleil betreffend den Reichsadler.

Abg. Korn (L.) betont die große Beliebtheit des Thalers im Volke und tritt für Aufrechterhaltung des Beschlusses zweiter Lesung ein.

Abg. Kämpf (fr. Sp.) spricht gegen den Antrag auf Einführung eines neuen Dreimarckstücks.

Abg. Raab (Ant.) erklärt, daß seine Freunde bei den Beschlüssen zweiter Lesung stehen bleiben würden. Wenn das Gesetz damit ganz fele, wäre das kein Schaden.

Abg. Sindermann (Soz.): Wir werden an den Beschlüssen zweiter Lesung festhalten. Die praktischen Gesichtspunkte, die für den Thaler sprechen, sind ja schon ausführlich dargelegt. Wenn immer gesagt wird, der Thaler passe nicht in das Dezimalsystem hinein und die Regierung werde nicht wissen, wie sie uns Diäten zahlen solle, so wird diesem Redehande mit Fünftalerstücken leicht abzuhelfen sein. (Große Heiterkeit.)

Abg. Osef (C.) tritt für die Beschlüsse zweiter Lesung ein.

Abg. Bartling (natl.) bittet ebenfalls, den Antrag Bleil abzulehnen.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Specialdiskussion wird das Wort nicht verlangt. Der Antrag Bleil (fr. Sp.) wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, eines Teils der Nationalliberalen und des Centrum abgelehnt, das Gesetz nach den Beschlüssen zweiter Lesung unverändert angenommen, ebenso in der Gesamtstimmung.

Die Resolution Bleil wird angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufnahme einer Anleihe für das Schutzgebiet Togo. Die Kommission beantragt, den Gesetzentwurf anzunehmen, aber in einer Resolution den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bei Abschluß von größeren Käufen in den Schutzgebieten die Lebensbedingungen der eingeborenen Bevölkerung nicht geschädigt werden und den Inhalt solcher Verträge dem Reichstage zur Kenntnis zu bringen.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Der Bahnbau wird damit begründet, daß man die Transportkosten der Baumwollproduktion vermindern wolle. Wir haben ja natürlich nicht das mindeste dagegen einzuwenden, wenn man versucht, angesichts der augenblicklichen hohen Preise für Baumwolle sie auch in den Schutzgebieten zu ziehen; aber alles, was sich bisher bei diesen Versuchen ergeben hat, rechtfertigt weder der Qualität noch der Quantität nach zu besonderen Erwartungen und auf keinen Fall den Bau einer Eisenbahn für das Togo-Gebiet für 8 Millionen aus Reichsmitteln. Nach dem Urteil von Sachverständigen ist die Baumwolle von großer Wichtigkeit, was auf das tropische Klima zurückzuführen sein soll. Der Transport in Togo macht außerdem nur einen ganz minimalen Teil, etwa 6 Proz. der Produktionskosten aus. Die Rentabilität der Bahn ist umso zweifelhafter, als aus dem Bericht des Kolonialwirtschaftlichen Ausschusses hervorgeht, daß die ersten 90 Kilometer der im ganzen 120 Kilometer langen Strecke sehr wasserarm sind; was das für den Eisenbahntransport bedeutet, das ist uns bei der südwestafrikanischen Bahn, leider erst zu spät, klar geworden. Es sind auch keinerlei Rentabilitätsberechnungen vorgenommen worden; der Kolonialdirektor erklärte auf eine diesbezügliche Bemerkung, solche Berechnungen würden grundsätzlich nicht mehr gemacht, weil sie zerstückt würden, daß nichts mehr davon übrig bleibe. Das ist sehr charakteristisch. In der That sind sämtliche Rentabilitätsberechnungen bisher durch die praktischen Erfahrungen vollständig dementiert worden. Man verweist darauf, daß die Kolonien in diesem Jahre keinen Reichszuschuß brauchen, woher kommt das aber? Man hat einzelne Bauten zurückgestellt, dann nicht alles aufgebraucht, und

anstatt die Gelder zurückzugeben, sie jetzt als Ersparnis in die Einnahmen eingesetzt. Man hofft auch auf die Einnahmen aus Zöllen. Dafür kommen in Betracht Branntwein, Tabak und Pulver, die bekannten europäischen Kulturpflanzen, die nach Afrika gebracht werden. Es ist aber immer fraglich, ob Zollerhöhungen auch Mehreinnahmen bringen. Es ist nun vorge schlagen worden, die acht Millionen in Form besonderer Kolonialanleihen auszubringen. Für Kolonialanleihen haben ja die Kolonialschwärmer immer geschwärmt. Uns aber erscheinen sie sehr bedenklich, weil der große Fortschritt, den die Konsolidation und Vereinheitlichung der Reichsanleihe mit sich gebracht hat, dadurch wieder in Frage gestellt wird. Der Kolonialdirektor hat ja diese Sonderanleihe mit dem Mute verteidigt wie eine Löwin ihr Junges. Schließlich sind aber die Vorteile davon, daß das Geld in Form von Reichskonsols billiger beschafft werden kann, so überzeugend nachgewiesen worden, daß er nachgegeben hat. Diese acht Millionen Reichsanleihe sollen Togo gewissermaßen als Darlehen gegeben werden. Damit wiederholt sich ein Vorgang aus dem Jahre 1892, wo für Bauten in Kamerun das Gleiche geschah. Aber die Rückzahlung der Zinsen ist sehr bald ausbleiben und jetzt finden sich im Etat für diesen Posten keine Ziffern, sondern nur noch Striche (Heiterkeit) mit der letonischen Begründung, weitere Rückzahlungen müßten unterbleiben. Gewiß, was sollen auch Zuschüsse vom Schutzgebiet an die Reichskasse, wenn die Zuschüsse der Reichskasse zum Schutzgebiete dadurch nur größer werden. (Heiterkeit.) Genau so wird es auch hier gehen. Aber wenn all das nicht zutrifft, wenn die ungünstigen finanziellen Verhältnisse sich nicht bessern, wenn die optimistische Auffassung von der Bedeutung der deutschen Baumwollzucht nicht zutreffend ist, dann frage ich, warum sollen die Interessenten die Millionen nicht unter sich aufbringen? Man sagt, die Interessenten hätten für die Baumwollindustrie 70 000 M. aufgebracht, aber doch zum großen Teil nicht aus eigener Tasche, sondern aus den Erträgen einer Wohlhabend-Vetterie für die Kolonien. (Hört! hört! links.) So reizt man wieder die Spieltheißenhaft an. Aber was würde selbst die ganze Summe besagen gegenüber den zwei Millionen, die in England die Interessenten in letzter Zeit aufgebracht, und den zehn Millionen, die sie kürzlich hinzugefügt haben? Jetzt wo der Reichskredit fortgesetzt fast täglich neu in Anspruch genommen wird, wo in der Heimat viele anerkannte dringende Bedürfnisse unbefriedigt bleiben müssen, ist nicht die Zeit, für derartige zweifelhafte Unternehmungen Geld zu bewilligen. Wir werden deshalb gegen die Bewilligung stimmen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Dr. Krenndt (Sp.):

Ich stehe schon der Baumwollfrage ganz anders gegenüber wie Vorredner. Denn ganz abgesehen von der Kalamität des vorigen Jahres haben wir ein dringendes Interesse daran, wenigstens einen Teil der 800 Millionen, die wir jährlich für eingeführte Baumwolle ausgeben, nach unseren Kolonien fließen zu lassen. Wir sind noch ein junges Kolonialvolk und müssen das Privatkapital erst in unsere Kolonien hineinziehen. Der Reichskredit wird durch die hier geforderte geringe Summe nicht gefährdet, und gerade Togo gegenüber, das im letzten Jahre sogar eine halbe Million Ueberfluß geliefert hat, sind wir verpflichtet, Aufwendungen zu machen. Zweifellos kann man den Standpunkt vertreten: Weg mit den Kolonien. Aber sie behalten wollen und die Mittel zur wirtschaftlichen Entwicklung verweigern, das verstehe ich nicht. Der deutsche Reichstag wird sich jedenfalls ein großes Verdienst erwerben, wenn er noch vor den Ferien die Kolonialanleihen verabschiedet und annimmt. (Bravo! rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Wir sind der Ansicht, daß die Interessentenkreise, welche den Vorteil von der Togo-Bahn haben, auch die Mittel für die Bahn aufbringen sollen. Das Reich hat keinen Anlaß, hierfür Mittel aufzuwenden, besonders angesichts der finanziellen Lage. Die Einzelstaaten tragen fortgesetzt über die große Verlosung mit Matrifularbeiträgen — in Württemberg 3 V. wurde in jüngster Zeit mit Rücksicht auf die hohen Matrifularbeiträge ein Antrag auf Bau einer Eisenbahn zurückgewiesen — und in demselben Augenblick mittel man deutschen Steuerzahlern zu, für eine Bahn in Togo 8 Millionen auszugeben. Ehe man an eine Eisenbahn denkt, sollte man doch zunächst ein gutes Wegnetz in der Kolonie ausbauen. Der Weg, der hier eingeschlagen wird, kommt mir so vor, wie das Vorgehen der Regierung; diese glauben ihre Zivilisation dadurch zu beweisen, daß sie sich Chinderhüte aufziehen, ehe sie Hosen anziehen. (Heiterkeit.) Das eigentliche Interesse am Bau der Bahn hat die Deutsche Togo-Gesellschaft. Diese hat mit einigen Hauptlingen einen Vertrag abgeschlossen, der zweifellos ungünstig ist. Sie hat für einen Hektar Land 6 Pf. bezahlt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Eingeborenen leimen gar nicht den Begriff des Privateigentums und sind von der Gesellschaft einfach überlistet worden.

Außerdem sind ihnen Geschenke gegeben, jedenfalls um sie günstig zu machen. Herr Geheimrat Budge sagte ja in dem bekannten Prolog: in der That nennt man das Vorkaufsrecht. Die Folge solcher Verträge kann nur sein, daß die Eingeborenen in Zukunft zu Aufständen getrieben werden, wie wir sie jetzt in Südwestafrika erleben. Wir beantragen daher folgende Resolution:

In Erwägung, daß im Togo-Gebiet der Verkauf von Land, das sich im Besitz der Eingeborenen befindet, dem Wohnheitsrecht der Eingeborenen widerspricht; in Erwägung ferner, daß der für die Ländereien der Togo-Landgesellschaft den Hauptlingen gezahlte Kaufpreis nicht entfernt als Äquivalent für den Wert der Ländereien angesehen werden kann;

in Erwägung schließlich, daß die Durchführung der Kaufverträge zahlreichen Eingeborenen die Existenz untergraben und daher die Gefahr von Aufständen heraufbeschwören muß;

den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, er wolle die Annullierung der dem Landesverwalt der Togo-Landgesellschaft zu Grunde liegenden Kaufverträge und die Zurückführung des Landes in den Stammesbesitz der Eingeborenen in die Wege leiten.

Der Kolonialdirektor hat gegen diesen Antrag ausgeführt, daß auf diesem Gebiete keine Eingeborenen angesiedelt werden. In der That ist auf der Karte nur eine kleine Driehaft verzeichnet, aber im Kontrakt selbst steht ja, daß das Gebiet mit Farmen bebaut ist. (Hört! hört! links.) Ferner sagte der Kolonialdirektor, den Eingeborenen sei der Begriff des Eigentums unbekannt, sie seien also auch durch diesen Vertrag nicht geschädigt. Gewiß meinte der Kolonialdirektor, der Begriff des Privateigentums an Grund und Boden, denn das Eigentum an Waffen und Konsummitteln werden die Eingeborenen schon kennen. Aber in dieser Äußerung sehen wir das klare Eingeständnis, daß die Kolonialverwaltung die Regier zu Kontrakten bewegen hat, über deren Tragweite und Bedeutung sie keinerlei Urteil haben. Ein vernichtendes Urteil über das ganze Geschäft, über das ganze Verhalten der Kolonialverwaltung ist noch nicht gefällt worden. (Lebhaftes Bravo! links.) Es ist übrigens eine merkwürdige Logik, daß jemand durch ein Rechtsgeschäft nicht geschädigt werden kann, weil er es nicht kennt. Aber der Kolonialdirektor wollte noch andre Gründe für seine Ansicht anführen, daß die Eingeborenen nicht geschädigt seien. Er wies darauf hin, daß die Landpreise dort so niedrig wären. Gewiß, was für Europäer, die dort hin kommen, sehr wenig Wert hat, kann für Eingeborene von ungeheurer Wert, ausschlaggebend für ihre ganze Existenz sein. Dadurch, daß der Gesellschaft ein zusammenhängender Komplex von 45 000 Hektaren Land abgetreten wurde, wird die Gefahr der Existenzlosigkeit gegenüber ganzen Regierungen und Regierungen heraufbeschworen, zumal da das Gebiet außerordentlich fruchtbar ist. 25 Einwohner pro Quadratkilometer zählt. Das ganze Projekt kann nur dazu führen, daß die Regier sich um jeden Preis den Plantagen-Gesellschaften verkaufen müssen. Es artei in Zwangsarbeit der Regier

auf den Plantagen aus. Für die deutsche Togo-Gesellschaft, die das Land auf sehr unqualifizierbare Weise in ihre Hände gebracht hat, scheint es übrigens nicht so wertlos zu sein. Sie sagt im Prolog: „So weite Gebiete in so günstiger Lage und zu so mäßigen Preisen werden in Togo kaum jemals wieder erworben werden können. (Hört! hört! links.)“ Doch ein solcher Landbesitz schon heute einen bedeutenden Wert repräsentiert und der Gesellschaft in diesem Bezirk eine dominierende Stellung giebt, bedarf keiner Erläuterung.“ Allerdings, die Stellung der Gesellschaft ist sogar in Deutschland eine so dominierende, daß das Reich für sie eine Bahn bauen muß. (Sehr gut! links.) Gerade durch den Bahnbau erwartet sie nämlich eine kolossale Wertsteigerung: Für die Zukunft aber eröffnet sich, wenn nach dem Bau der Eisenbahn der Grundbesitz an die zu gründenden Plantagen-Gesellschaften abgetreten wird, eine große Aussicht auf besonders hohe Gewinne und unendlich höhere Dividenden. (Hohes Hört! links.) Man wird sagen, das sind alles Uebertreibungen. Ja, wenn die Gesellschaft eine Bahn bauen soll, dann heißt es dem Reiche gegenüber, so viel ist ja das ganze Land nicht wert; wenn sie aber vor das Publikum tritt und es zu Spekulationen anreizt, dann heißt es wieder ganz anders. So sind die Eingeborenen in einer gar nicht zu rechtfertigenden Weise um ihr Land gebracht, um einzelne Spekulant in Europa zu bereichern. In Europa, nicht in Deutschland, denn das Kapital geht international durch alle möglichen Hände. Man weiß nicht, ob Deutsche, Engländer, Belgier oder Franzosen den Nutzen ziehen werden. Aber weil 1. die Regier in Ulemnis über die Bedeutung ihres Schrittes das Land verkauft haben, weil die Hauptlinge über den Kopf der Regier hinweg gehandelt haben und das Volk nicht weiß, warum es sich handelt, bis ihnen das Land genommen wird, weil 2. der gezahlte Preis zeigt, daß die Leute ungeheurer überverteilt sind, weil 3. was für Sie ausschlaggebend sein müßte, nach allen Erfahrungen mit solchen Spekulationen die Gefahr von Aufständen sehr groß ist, haben wir unsren Antrag eingebracht, die Reichsregierung aufzufordern, die Rückführung des Landes in den Besitz der Eingeborenen in die Wege zu leiten. Ueber die Art und Weise lassen wir Ihnen völlig freie Hand, Expropriation oder freihändige Verhandlung. Man hielt uns entgegen, in Togo seien nur kleine Stämme mit schlechten Waffen; das ist vielleicht wichtig für die spätere Niederwerfung, es wird dann leichter sein, unglückliche Menschenhinder niederzuknallen, man braucht nicht einen General hinzuschicken, es genügt schon ein Major. (Große Heiterkeit.) Aber principieil macht das gar keinen Unterschied; ob die Regier gut oder schlecht organisiert sind, kann uns principieil gleich sein. Daß sie zur Verzweiflung getrieben werden, das zu verhindern ist Ehrenpflicht des Deutschen Reiches, Ehrenpflicht des deutschen Reichstages, Ehrenpflicht der deutschen Reichsregierung. Wir erwarten mit Sicherheit, daß Sie, um solche ungeheuerlichen Opfer zu hindern, unsre Resolution annehmen werden. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel:

Zu den Interessenten der Bahn, um die es sich hier handelt, gehören zweifellos auch die Arbeiter der Textilindustrie. Es liegt also nicht nur ein kolonialpolitisches, sondern auch ein sozialpolitisches Interesse vor, daher ist es unbillig zu verlangen, daß die Industriellen die Kosten des Bahnbau tragen sollen, zumal zweifellos der Staat die Pflicht hat für Verbesserung der Verkehrs-mittel zu sorgen. Die beiden Herren Vorredner haben die Thatsache ganz mit Stillschweigen übergegangen, daß die Kolonie Togo in der Lage ist, die Anleihe selbst zu verzinsen. Es ist auch sicher, daß in den nächsten Jahren ein Reichszuschuß von der Kolonie nicht verlangt werden wird. Was die Resolution der Sozialdemokratie anlangt, so ist es natürlich richtig, daß der Eingeborene einen Begriff des Eigentums im Sinne des römischen Rechts nicht hat. Ich frage aber, wo es jemals möglich gewesen wäre zu kolonisieren, ohne daß man die Rechtsverhältnisse des Heimatlandes auf die Kolonie übertragen hätte. Thatsache ist auch, daß die Eingeborenen einen großen Teil des Landes gar nicht brauchen, so daß es für sie sehr vorteilhaft ist, das Land zu einem Preise zu verkaufen, der und gering erscheint. Richtig ist, daß dem Gouverneur zuerst Bedenken über die Zulässigkeit der Länderkäufe gekommen sind. Die Prüfung hat aber ergeben, daß das Land nicht notwendig ist für die Existenz der Eingeborenen. Es ist also nicht richtig, was die Resolution behauptet, daß den Eingeborenen durch die Verträge ihre Existenz unmöglich gemacht werde. Ich habe ausführliche Erhebungen veranstaltet lassen über die Zahl der Eingeborenen, den Besitz der einzelnen Familien, den Wert des Bodens usw., und auf Grund der Ergebnisse dieser Erhebungen wird die Kolonialverwaltung dann keinen Augenblick zögern, alle Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, anzuwenden, um dafür zu sorgen, daß die Eingeborenen ihrer Existenzmittel in keinem Falle beraubt werden.

Abg. Herr v. Richtofen-Damsdorf (L.):

Meine politischen Freunde sind durchaus bereit, die Kolonien, die wir besitzen, auszugestalten und zu entwickeln. Zweifello ist das beste Mittel zur Entwicklung einer Kolonie der Bau von Eisenbahnen, und für die Ausgestaltung der Baumwollproduktion in Togo ist der Bahnbau eine Notwendigkeit. Wenn wirklich der Bahnbau nicht rentabel wäre, so müßten wir schon im Interesse der heimischen Textilindustrie dafür sorgen, daß dort eine leistungsfähige Bahn gebaut wird. Ich bitte Sie dringend, der Vorlage zuzustimmen.

Abg. Schrader (fr. Sp.):

Die Resolution der Sozialdemokraten ist nach den Erklärungen des Herrn Kolonialdirektors überflüssig. Wir sind für den Bau der Bahn. Wenn man immer erst einen Nachweis der Rentabilität abwarten wollte, würden recht wenige Bahnen überhaupt gebaut werden. Es ist unsre Ehrenpflicht der Welt und unserm Volke gegenüber, für die Entwicklung der Kolonien, die wir einmal erworben haben, zu sorgen. Nehmen Sie die Kommissionsbeschlässe an. (Bravo! rechts, bei den Nationalliberalen und der Freisinnigen Vereinigung.)

Abg. Bartling (natl.):

Ich kann mich nur Wort für Wort dem Vorredner anschließen. Auch von den jetzt zu bauenden preussischen Kleinbahnen rentieren nicht 10 Proz.

Abg. Spahn (C.):

Die Kolonien waren an sich bereit, die Kosten selbst zu übernehmen und nach Ansicht der Bankhäuser war es möglich, auf Grund ihrer Einnahmen eine günstige Anleihe aufzunehmen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber wenn wir die Kosten übernehmen, so ist das ganz richtig; denn durch jeden Bahnbau wird der Reichszuschuß vermindert. Wo bauen denn in Preußen die Interessenten selbst die Bahnen? Wie es mit den Verhältnissen der Togo-Gesellschaft steht, ist ja zweifelhaft. Aber nur deshalb die Bahn nicht zu bauen, weil sie vielleicht auch später der Togo-Gesellschaft nützt, ist doch verkehrt. Nicht nur der Baumwollbau, sondern der ganzen Entwicklung der Kolonie wegen müßten wir die Bahn bauen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Werner (Antl.) hebt die Bedeutung der Baumwollzucht in Togo hervor und tritt für die Annahme der Kommissionsbeschlässe ein. Die sozialdemokratische Resolution erklärt er für undiskutabel.

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Kolonialdirektor bemerkte, daß die einschlägige Frage schon in der Kommission erörtert worden sei; das ist eine recht merkwürdige Auffassung. Die Kommissionsberatung soll das Plenum vorbereiten, nicht ersetzen; das wollte der Kolonialdirektor beim Militär-Etat und Marine-Etat ganz genau, als er einen Versuch machte, Beschlässe der Kommission im Plenum umzustossen; damals daß er genau so gehandelt, wie wir jetzt. Deshalb begreife ich nicht, wie er jetzt dazu kam, eine so ganz unnötige und deplacierte Bemerkung zu machen. Er ist unsrer Resolution ja bis zu einem gewissen Grade entgegengekommen in erfreulichem Gegenjag zur Abgabe einiger

Diskussionsredner. Der Unterschied der Stellung, die wir einnehmen in der Frage der Rückgabe des Landes an die Eingeborenen zu ihm ist nur der, daß auch die Regierung die Gangbarkeit des von uns vorgeschlagenen Weges anerkennt, aber noch weitere Aufklärung über seine Notwendigkeit abwarten will. Wir aber halten nach den Informationen und Thatsachen, die jetzt schon vorliegen, die Frage sofort für spruchreif. Nach unsrer Auffassung sind die Eingeborenen aufs schwerste geschädigt und überbortelt worden. Der Kolonialdirektor hat darauf verwiesen, daß alle Kolonialländer in gleicher Weise gegenüber den Eingeborenen verfahren sind. Wenn derartige Mißgriffe vorgekommen sind, so ist das für uns noch kein Grund, sie nachzuahmen. Die englische Kolonialverwaltung hat z. B. durch derartige Mißgriffe in Bengalen das schwerste Unheil angerichtet. Wenn andre Kolonialmächte die Rechte der Eingeborenen nicht famiten oder mißachteten, so wollen wir diesen verderblichen Weg nicht gehen. Da die Eingeborenen kein Mittel haben, in Deutschland zu Worte zu kommen, halten wir es für eine Ehrenpflicht des Reichstages, ihre Interessen zu vertreten. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Die Abstimmung ist auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) eine namentliche.

Präs. Graf Balleskrön:

Bevor ich das Resultat der Abstimmung verkünde, möchte ich Ihnen mitteilen, daß einer der Herren Kollegen im Eifer des Gefechts drei Zettel abgegeben hat. (Heiterkeit. Abg. Singer: Öffentlich nicht drei verschiedene! Große Heiterkeit.) Nein, drei gleiche Zettel, ich habe einen für gültig, zwei für ungültig erklärt. Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es haben abgestimmt 217 Abgeordnete, mit Ja 148, mit Nein 68, enthalten hat sich ein Abgeordneter. § 1 ist also angenommen. Die Resolution Auer und Genossen wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt, die Resolution der Kommission einstimmig angenommen. Der Rest des Gesetzes wird debattelos bewilligt.

Ein Vertagungsantrag wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Uebernahme der Garantie des Reichs für eine Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Morogoro.

Reichs-Schatzsekretär Frhr. v. Stengel:

Die Kommission hat erklärt, der Vorlage zuzustimmen, wenn die Spurweite auf 1 Meter festgesetzt wird. Die verbündeten Regierungen sind damit einverstanden, wenn das Kapital auf 21 Millionen Mark erhöht wird.

Abg. Richter (fr. Vp.):

Ich ziehe es vor, meine Ausführungen morgen im Laufe der Debatte zu machen. Es kann doch unmöglich die Absicht des Hauses sein, den Entwurf heute durchzusetzen. Wenn Sie die Verhandlungen abkürzen wollen, so legen Sie den Beginn der Sitzung früher an.

Abg. Schrader (fr. Vp.) verschiebt aufs Wort.

Abg. Säckelum (Soz.):

Ich muß auch sagen, daß es den Eindruck macht, als werde versucht, die Sache durchzusetzen. Es sind heute Herren hier zahlreich anwesend, die wir im Laufe der Session kaum einmal gesehen haben. (Unruhe.) Die Herren werden sich wohl daran gewöhnen müssen, auch noch einen andern Tag hier zu bleiben.

Abg. Kardorff (Rp.): Ich beantrage die Vertagung. (Aha! links.)

Der Vertagungsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung

Mittwoch 12 Uhr.

2 Nachtragsetats für Südwestafrika. Interpellation Auer betr. Kontrahenten-Gesetz. Fortsetzung der heutigen Beratung. Zweite Beratung des Servistatist. Dritte Lesung der Kaufmannsgerichte. Schluß 6 1/2 Uhr.

Internationaler Frauentongress.

Berlin, 14. Juni 1904.

In der allgemeinen Versammlung, die am Montagabend stattfand, wurde der Stand der Frauenbewegung in den Kulturländern besprochen. Das Hauptreferat halte Fräulein Anna Pappireh-Berlin, die unter stürmischem Beifall die rassistischen Verhältnisse kennzeichnete, unter denen die Bewegung in Deutschland zu leiden hat. Dann folgten kürzere Referate über die Bewegung in andern Ländern.

Die Verhandlungen in den Sektionen waren heute bei weitem nicht mehr so stark besucht wie am Montag. In der Sektion I (Frauenbildung) stand heute die Bildung der Mädchen durch die Volksschule, die gemeinsame Erziehung der Geschlechter sowie die Einheitschule auf der Tagesordnung. Von den Referaten interessierte besonders das von Fräulein Anna Blum-Spandau. Sie zeigte an dem Lehrplan der Volksschule, daß diese die Mädchen nicht für die Anforderungen des praktischen Lebens vorbereite. Hinsichtlich des Religionsunterrichts forderte sie: Weniger Stoff, mehr Vertiefung! Weniger Dogma, besser gar keins! (Beifall.) Als notwendige Ergänzung der Volksschule forderte die Rednerin die obligatorische Fortbildungsschule.

Fräulein Dr. Mailli-Frieberg-Finland sprach über die gemeinsame Erziehung der Geschlechter. Sie wünschte, daß diese Erziehungsmethode recht bald ihren Einzug in Deutschland halten möge und schilderte die gute Wirkung des für Mädchen und Knaben gemeinsamen Unterrichts, der in 45 finnischen Schulen durchgeführt ist.

Christine de Hanquembourg-Hamburg trat für die Einheitschule ein, in der alle Kinder, ohne Unterschied des Standes oder Vermögens der Eltern unterrichtet werden. Die soziale Bedeutung der Einheitschule liegt nach Ansicht der Rednerin darin, daß sie zur Verhinderung der Klassengegensätze dient. Daß die Kinder aus „niederen Ständen“ die Kinder der „höheren Stände“ ungünstig beeinflussen, glaubt die Rednerin nicht befürchten zu müssen, denn es gebe ja unter den Kindern der „niederen Stände“ auch solche, die ein sehr gutes Herz haben, und Elemente, von denen ein ungünstiger Einfluß zu befürchten sei, könne man ja durch besondere Fürsorge-Erziehung aus der Einheitschule fernhalten.

Die Verhandlungen der Sektion II (Frauenberuf und Frauenberuf) waren heute insofern von Interesse, als hier verschiedene Rednerinnen zum Wort kamen, denen man ein von sozialem Empfinden getragenes aufrichtiges Bestreben, die Lage der Arbeiterinnen zu bessern, nicht absprechen kann, wenn auch die Mittel, mit denen man zum Ziel zu kommen glaubt, dem engen Horizont bürgerlicher Weltanschauung angepaßt und deshalb nicht wirksam sind. Im Gegensatz zu andern Gruppen des Kongresses kamen in der Sektion II verschiedene Anschauungen und durch das Eingreifen unfrer Genossin Lily Braun Gegenätze zur Sprache, die eine Diskussion veranlaßten.

Die erste Referentin, Fräulein v. a. d. e. r. e. h. -Holland, schilderte die Lage der holländischen Fabrikarbeiterinnen: Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, furchtbare Ausbeutung, mit einem Wort, es sind dieselben Verhältnisse, wie sie überall herrschen, wo unorganisierte, gesetzlich nicht geschützte Arbeiterinnen der Profitgier des Kapitals gegenüberstehen. Besonders kraß ist das Elend der Arbeiterinnen in den holländischen Pflanzereien. Die Referentin bedauerte, daß ihr die knapp bemessene Redezeit nicht gestatte, auf die Ursachen des geschädigten Elends einzugehen. Sie schloß mit der Bemerkung: Notwendig sind soziale Reformen und eine feste gewerkschaftliche Organisation.

Fräulein Dr. Marie Baum-Karlstraße forderte, um die Frauenarbeit der Männerarbeit gleichwertig zu machen, daß die Mädchen für ihren gewerblichen Beruf regelrecht ausgebildet werden. In der Schmutzwaren-Industrie in Pforzheim machen die Mädchen eine mehrjährige Lehrzeit durch, sie können deshalb gleich den Männern zu besser bezahlten qualifizierten Arbeiten verwendet werden. Da durch die gewerbliche Ausbildung und Beschäftigung die Vorbereitung der Mädchen auf ihren Beruf als Frau und Mutter vernachlässigt

werde, und auch die arbeitende Tochter nicht mehr von der Mutter im eignen Haushalt unterwiesen werden kann, so müsse dieser Zweig der Erziehung dem öffentlichen Unterrichtswesen zufallen. Nach vollendeter Schulzeit müßten die Mädchen ein Jahr lang in der Fortbildungsschule in häuslichen Arbeiten unterwiesen werden.

Fräulein Rosa Schöwimmer-Ungarn referierte über die Arbeiterinnenbewegung in Ungarn. Sie meinte, es lasse sich sehr wenig darüber sagen, denn die ungarischen Arbeiterinnen seien so gut wie gar nicht organisiert. Vor 1 1/2 Jahren sei die Gründung eines Arbeiterinnen-Vereins beschloffen worden. Ein solcher Verein bedürfe aber der Genehmigung durch den Minister des Innern, diese sei aber bis jetzt noch nicht erfolgt. Das Ministerium stehe nicht etwa der Frauenorganisation ablehnend gegenüber — der Frauenbund sei genehmigt — sondern es sei die Organisation der Arbeiterinnen, die das Ministerium nicht gern sehe. Da die ungarischen Arbeiterinnen noch nicht unter dem Einfluß der Socialdemokratie stehen, so müßten die bürgerlichen Frauen hier einsetzen, um die Arbeiterinnen zu organisieren.

In der Diskussion nahm auch heute wieder Lily Braun das Wort. Gegenüber Fräulein Baum bemerkte sie: Da die Arbeiterinnen häufig gar nicht Hausfrauen werden können, so helfe ihnen auch die Ausbildung zur Hausfrau nicht. Uebrigens hätten die Arbeiterinnen nicht die Mittel, um so zu wirtschaften, wie es ihnen in einer Schule gelehrt werde. Ein durchgreifendes Mittel sei der Haushaltungsunterricht nicht. Von einer Rückkehr der Arbeiterinnen zum Hausfrauenberuf im alten Sinne könne nach Lage der Verhältnisse keine Rede sein, auch die Hausfrauenarbeit müsse eine Berufsarbeit werden und die private Küche verschwinden. (Beifall.) Die Hauptsache für die Frau sei die Erfüllung der Mutterpflichten, nicht nur die Pflege, sondern auch die Erziehung der Kinder. Dazu fehle den Arbeiterinnen aber die Zeit, deshalb müsse in erster Linie auf die Verkürzung der Arbeitszeit, so weit es nur möglich ist, hingewirkt werden. Wenn die bürgerlichen Frauen in diesem Sinne wirken wollten, dann würden sie in Gegensatz zu den Vertretern ihrer Klasse kommen. Wer wirklich social wirken wolle, der müsse den Kapitalismus bekämpfen.

Fräulein Elise Lüders betonte, daß sie ebenso wie Frau Braun die Lage der Arbeiterinnen so weit als möglich zu verbessern wünsche, aber das lasse sich auch in der bürgerlichen Gesellschaft erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Ein besonderer Teil der Tagesordnung war der Lage der Heimarbeiterinnen gewidmet. Die Referentin, Fräulein Friedenthal-Berlin, sprach ihr Urteil über die Heimarbeit in dem Satz aus: Die Heimarbeit bedeutet die Zerstückelung des eignen Heims durch die Arbeit. Zur Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit fordert die Rednerin gesetzliche Schug, Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf die Heimarbeit, Festsetzung der Löhne durch ein behördliches Tarifamt. Erst auf der Grundlage gesetzlicher Schuges der Heimarbeiterinnen lömte eine Organisation derselben entstehen.

Lily Braun führte aus, alle gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiter müßten die schließliche Beseitigung der Heimarbeit zum Ziel haben.

Frau Krüger, Mitglied des christlichen Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen, trat unter stürmischem Beifall des allergrößten Teils der Zuhörerinnen für Beibehaltung der Heimarbeit ein, wobei ihr ebenfalls unter lebhaftem Beifall Fräulein Vehm, eine Leiterin dieses Vereins, sekundierte.

Aus der Frauenbewegung.

Als besoldete Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands ist Genossin Vaader vom 1. Juli entsprechend einem Beschlusse der Vertrauenspersonen vieler großen Städte und Kreise bestellt. Die Neuerung ist durch den ersten Aufschwung der proletarischen Frauenbewegung in den letzten zwei Jahren bedingt worden. Infolge desselben hat die Tätigkeit der Vertrauensperson einen Umfang angenommen, der es ausschließt, daß sie noch weiterhin neben der Berufsarbeit nach Feierabend und an Sonntagen ausgeübt werden könnte. Ein Gehalt von 1800 M. soll die materielle Grundlage bieten, daß die Beauftragte ihre volle Zeit und Kraft ihrem Posten zu widmen vermag. Genossin Vaader, die seit der Frauentongress zu Mainz unter recht schwierigen Umständen die Aufgaben der Vertrauensperson aufopfernd und verständnisvoll erfüllt hat, kann denselben nun in intensiver Weise nachgehen. Sie wird ihr Augenmerk unter andern vor allem darauf richten, daß die planmäßige Agitations- und Organisationsarbeit unter den proletarischen Frauen in Industriezentren in Angriff genommen und energisch betrieben wird, wo unsre Bewegung noch in den ersten Anfängen steht und die kleine Zahl arbeitsfreudiger Genossinnen der Förderung mit Rat und That dringend bedarf.

Das Frauen-Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten.

Eine Versammlung, meistens aus Frauen bestehend, veranstaltet in der Berliner Ressource von den verbündeten launmännlichen Vereinen für weibliche Angestellte, besaßte sich am Montag mit den Beschlüssen des Reichstags zum Frauen-Wahlrecht bei den Kaufmannsgerichten.

Die Leitung hatte Frau Schultat-Cauer. Zu Referentinnen waren bestellt Fräulein v. Roy-Königsberg, Fräulein Bent-haus-Berlin und Fräulein Agnes Herrmann-Berlin. Sie betonten die Notwendigkeit sowohl des passiven als auch des aktiven Wahlrechts für die Handlungsgehilfinnen und gingen auf die bekannten parlamentarischen Vorgänge bei Verhandlung des Gesetzesentwurfs über die Kaufmannsgerichte ein. Recht energisch verurteilt wurde das Verhalten der „falschen Freunde“ unter den Abgeordneten, als welche Fräulein v. Roy diejenigen bezeichnet, die erst (wie Trimbom (C.) principiell der Handlungsgehilfin das Wahlrecht zum Kaufmannsgericht zugestanden haben, auf das von Posadowsky ausgesprochene „Unannehmbar!“ der Regierung sofort zusammengesunken sind. Fräulein Wenzel erinnert an das Wort eines Konservativen, daß diesen schon durch die Erklärung der Regierung der Weg vorgezeichnet sei. Sie sei der Meinung, daß die Herren von den Mehrheitsparteien gar nicht daran denken würden, sich an den Standpunkt der Regierung zu kehren, wenn er ihren Interessen entgegenstände. — Abgesehen von der großen Ungerechtigkeit, die schon in der allgemeinen Zurücksetzung der Frau durch Ausschluß ihres Mitwirkens bei Institutionen, die über ihre Interessen mitzubestimmen haben, liegt, sehen sich die Handlungsgehilfinnen bei den speziellen Verhältnissen im Kaufmannsstande durch Nichtverleihung des vollen Wahlrechts noch besonders benachteiligt. Aus der Tagespresse der männlichen Berufsangehörigen (der nicht socialistischen) wurde von den Rednerinnen der Nachweis erbracht, daß eine grenzenlose Voreingenommenheit, die vorhezu an Maß grenzt, gegenüber der weiblichen Kollegenschaft vorherrscht. Nicht nur Mangel an Einsicht, auch moralische Mängel werden den meisten Gehilfinnen vorgeworfen und ihr Streben nach Gleichberechtigung bekämpft. Die meisten Verbände der Männer hätten den Kampf gegen die Frauenarbeit direkt in ihr Programm geschrieben. Unter diesen Umständen könne man, meinte die zweite Referentin, kein Vertrauen haben zu Gerichten, zu denen der weibliche Kaufmann nicht aktives und passives Wahlrecht habe. Fräulein Agnes Herrmann verfolgte diese Erwägungen weiter und führte näher aus, daß sich die Organisationen der weiblichen Angestellten bemüht hätten, in allen Ständestufen voller Verständnis und Opferwilligkeit mitzuwirken. Und dabei sei man planmäßig vorgegangen, immer mit dem großen Ziel im Auge, sich frei zu machen von dem Odium des Lohn-drückers. Dieses Streben werde erachtet, wenn die Kolleginnen von den Kaufmannsgerichten ferngehalten würden.

Die Ausführungen der Referentinnen, die sie mit Aufreusen zum Protest gegen ungerechtfertigte Zurücksetzung und zum Kampf für das Wahlrecht der Frauen schloßen, fanden stürmischem Beifall. —

Ausdrücken in ihrem Sinne hielten ebenfalls unter dem Beifall der Versammelten Fräulein Heimann-Hamburg, die sich als bürgerliche Frauenrechtlerin vorstellte, Miß Chapman-Catt-New York (diese in englischer Sprache), Fräulein Reich, Frau Krudenbach-Kreuznach, Frau Ebner-Franfurt a. M., Fräulein Jastrow u. a. Zum Teil gingen sie auf die Frauenfrage im allgemeinen ein. Eine Dame aus Budapest überdrachte Grüße vom Landesverein der ungarischen Beamtinnen, verbunden mit Wünschen, den jetzt geführten ungerechten Schlag so bald als möglich auszugleichen. Kaufmann Wenzel sympathisierte mit dem Streben der Kolleginnen nach Gleichberechtigung, findet aber die Feindschaft vieler Kollegen erklärlich wegen der Konkurrenz durch die Frauen, die schon manchem alten Kollegen jahrelang ume gehabte Stellen gelöst habe. Die Kolleginnen müßten versuchen, ihre Gehaltsansprüche den Gehaltsansprüchen der männlichen Gehilfen gleichzustellen.

Fräulein J. Bar vom Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen hebt besonders hervor, daß die Forderung nach dem Frauen-Wahlrecht vor allem energisch unterstützt werde von der Partei, von der die Handlungsgehilfinnen zum großen Teil nichts wüßten und die jetzt in Berlin zum internationalen Kongress versammelten Frauen nichts wissen wollten: von der Socialdemokratie. Sie vertrete die Rechte aller Unterdrückten und sei auch die beste Vertreterin der Rechte der Handlungsgehilfinnen in dem jetzigen Kampfe.

Fräulein Clara Bohm bemerkt, daß ihr, die ein Gehalt von 120 M. gehabt, auch schon von Männern, die für 100 und 80 M. arbeiten wollten, Konkurrenz geboten worden sei. Im übrigen wendet sich Rednerin dagegen, daß immer von bürgerlichen Frauen gesprochen werde. Auch die Handelsangestellte, auch die gebildete Frau, die gegen Gehalt arbeite, sei eine Proletarierin. Und die Kämpferin um Frauenrechte sei eine Revolutionärin, weil sie die Köpfe revolutionieren müsse. Aufklärungsarbeit sei die Hauptsache, der größte Sieg sei der der inneren Aufrüttelung. — Frau Vincenz-Franken aus Holland steht, auf Holland und Belgien verweisend, der Socialdemokratie in Bezug auf das politische Wahlrecht etwas skeptisch gegenüber. Die Frauen sollten sich keiner Partei anvertrauen, sondern sich ganz auf eigene Füße stellen. — Genosse Doppel stellt in Form einer Nichtigstellung nach Schluß der Debatte fest, daß der belgische Parteitag die reservierte Haltung der Fraktion in Belgien zum politischen Wahlrecht der Frau gemißbilligt habe.

Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen:

„Die versammelten Handlungsgehilfinnen sowie Frauen und Männer aller Stände verwahren sich nachdrücklich gegen den Reichstagsbeschluss vom 10. Juni, der den Frauen das passive Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten verweigert. Die Versammlung erklärt die im Handel beschäftigten Frauen für durchaus fähig, als Besitzer und Sachverständige zu fungieren, und erblickt in der Verweigerung dieser Rechte nicht nur eine Schädigung der Frauenarbeit im Handelsgewerbe, sondern auch einen Nachteil für den Kaufmannsstand infolge der Verschärfung der Gegensätze zwischen männlichen und weiblichen Berufsangehörigen. Ein Beschluß, das Wahlrecht in einseitiger Weise vom Geschlecht abhängig zu machen, muß ferner als Ausdruck einer Minderbewertung der deutschen Frau überhaupt angesehen werden. Die Versammlung appelliert daher an das Rechtsgefühl der deutschen Volksvertreter und erwartet von ihnen bei der dritten Lesung des Gesetzesentwurfs ein einmütiges Eintreten für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen zu den Kaufmannsgerichten.“

Im Reiche des K-Conto. Der Oberhofmeister Freiherr v. Wirbach, der Mann des K-Conto hat am Dienstagmittag die Ehre gehabt, beim Empfang einer Abordnung des internationalen Frauenbundes die Honneurs zu machen. Der Buchstabe K spielt aber nicht nur im Dasein des Freiherrn v. Wirbach eine Rolle, sondern auch bei seiner Herrin, der Kaiserin, die den Beruf der Frau nach einer bekannten Aeusserung in einem dreifachen K-Conto vollständig gebucht haben soll: die Frau gehöre der Küche, der Kirche und den Kindern.

Ueber den Empfang der internationalen Damen bringt nun der „Lokal-Anzeiger“ einen bezaubernden Bericht, der wörtliche Wieder-gabe verdient:

„Zu dem Empfange war der auscheidende wie der neu-gewählte Vorstand des Bundes, Mrs. Sewall, Lady Aberdeen, Frau Helene Lange, Mrs. Theresie Wilson, Fräulein Camille Wibart, befohlen worden, ferner die Präsidentinnen der Zweig-abteilungen des Bundes in den verschiedenen Ländern, so als Vertreterin Deutschlands Frau Stritt und vom Berliner Lokal-lomitee Frau Kommerzienrat Hesp und Frau Wenzel-Hedmann, im ganzen 21 Damen. Dem Empfange wohnten Ober-hofmeister Freiherr von Wirbach, Vize-Ober-zeremonienmeister v. d. Ansebed, die Oberhofmeisterin Gräfin Broddorff und die Hofdamen von Gersdorff und Gräfin Kangan bei. Die Kaiserin, die eine matte Cröpe-de-Chine-Toilette trug, entzückte die Damen durch ihre Liebenswürdigkeit und ihre Kenntnis der einzelnen Persönlichkeiten. Mit jeder unterhielt sich die hohe Frau längere Zeit und zeigte sich über jede einzelne genau unterrichtet. Mit der früheren Präsidentin des Bundes, Frau Sewall, und der jetzigen sowie mit der Veteranin der Frauenbewegung, Miß Susan V. Anthony, sprach sie am längsten. Für die alte Dame ließ die Kaiserin einen Sessel herbeibringen. Sie sprach ihre Genugthuung über die erfolgreiche Tätigkeit des Bundes und den glücklichen Verlauf des Kongresses aus und freute sich, daß es den ausländischen Delegierten so gut in Berlin gefalle und daß sie alle seitens der Bevölkerung so freundlich aufgenommen worden seien. Mit den Bestrebungen des Bundes bewies sie vollste Vertraulichkeit und hörte aufmerksam zu, als Susan Anthony ihre Ansichten über das Frauen-stimmrecht entwickelte. Auch darüber sprach die Kaiserin ihre Befriedigung aus, daß die deutschen Frauen durch den Bund und den Kongress in rege Wechselbeziehungen zu ihren ausländischen Schwestern treten würden. Die Damen waren voll des Entzückens über die Liebenswürdigkeit und Kenntlichkeit der Kaiserin, die sie erst um 1 Uhr mit einem „Auf Wiedersehen“ entließ.“

Der Bericht ist so intim, daß er sogar die Toilette der Kaiserin genau schildert. Dagegen wird er außerordentlich lächerhaft bei der Hauptsache. Die Kaiserin habe, so wird berichtet, den Darlegungen über das Frauen-Stimmrecht „aufmerksam zugehört“. Das ist eine überflüssige Angabe. Denn jede Wittin hört ihren Gästen aufmerksam zu. Aber welche Meinung hat sie über den Fall geäußert?

Briefkasten der Redaktion.

M. B. S. N. A. S. A. B. C. S. Wenn sich aus Ihrer Beschäftigung die Versicherungspflicht ergibt, und das scheint wohl der Fall zu sein, dann gehören Sie von Gesetzes wegen der Betriebskasse an. Sie können sich von dieser Verpflichtung befreien durch Zugehörigkeit einer dem § 75 genübenden freien Pflanzstelle, sie dürfen aber auf keinen Fall von der Zugehörigkeit zur Betriebskasse ausgeschlossen werden. Beschwerde ist bei der Gewerbe-Deputation anzubringen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Beschriftung: 7 Uhr. Soerke und Genossen. Wiedereröffnung in dem vorigen Stand oder Wiederaufnahme des Verfahrens kann beantragt werden, hat aber wenig Aussicht auf Erfolg. Das Wiederaufnahme-Verfahren hätte darzulegen, daß der Bedienstete nicht in der Absicht, sich dem Eintritt in dem Dienst der Perlenkolonien zu entziehen, ohne Urlaub aus Deutschland verließen oder

nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb Deutschlands aufhalten habe. Hatte Ihr Sohn seiner Zeit einen Paß sich ausstellen lassen oder Schritte getan, um sich außerhalb auf seine Dienstfähigkeit hin unterzuziehen zu lassen, so wäre eine Wiederannahme nicht zwecklos. Die Beihilfe eines Anwalts ist zweckmäßig. — **K. Z., Ranninstr. 100.** 1. Rein. 2. Nr. 3. Ja: wird ein Verbotnis aufgehoben, so sind die Verbotnisgegenstände (Bilder, Photographien u. dgl.) und die Geschenke, soweit sie bei der Aufhebung noch im Besitz der Verbotenen befinden, zurückzugeben. Das Rückforderungsrecht steht der Verbotenen nicht deren Verwandten zu. Außerdem haben die Eltern das Recht, den Schaden ersetzt zu verlangen, der dadurch entstanden ist, daß sie in Erwartung der Ehe Aufwendungen gemacht haben (z. B. Verlobungsfeierlichkeiten, Verschaffung von Ausstattungen), oder Verpflichtungen eingegangen sind (z. B. Einkauf von Einrichtungsgegenständen, die erst später bezahlt werden sollen). Die Verbotene kann auch sonstigen Schaden (z. B. durch Aufgeben einer Stellung erwachsenen) ersetzt verlangen. Endlich kann die unbescholtene Verbotene auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Entschädigung verlangen, wenn intimer Verkehr gestattet war. — **H. R. 36.** Bauforderungen dürfen nur mit polizeilicher Genehmigung unter Beobachtung der — provinzial und örtlich vielfach verschiedenen — Bauvorschriften errichtet werden. Der Nachbar hat das Recht zu verlangen, daß nicht etwa sein Grundstück bebaut werde: einen Bau an der Grenze braucht er also nicht dulden. Auch an der Grenze verbietet für den landrechtlich Teil (dazu gehört der Kreis Königsberg N. O.) das Landrecht gewisse Bauvorschriften. Es dürfen Schweineställe, Kloaken, Dünger- und Lehmgruben sowie andre den Gebäuden schädliche Anlagen nur in einer Ent-

fernung von mindestens drei Fuß rheinländisch von den benachbarten Gebäuden, Mauern und Schuppen entfernt und nur so angelegt werden, daß solche Gruben und Behälter von Grund aus ausgemauert werden. Gegen Verletzung seines Eigentums durch Geruch oder andre Einwirkungen kann überdies der Eigentümer auf Beseitigung und Schadenersatz klagen, sofern die Einwirkung die Benutzung seines Grundstücks wesentlich beeinträchtigt und nicht eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende ist. (3 906 B. G. B.) — **Georg Z.** Zweckmäßig ist die Errichtung eines gemeinschaftlichen Testaments. Unterbleibt das, so würden Sie als mütterlicher hinfüßlicher Witwer, dessen Ehe vor dem 1. 1. 1900 geschlossen ist, das Recht haben, innerhalb sechs Wochen nach dem Tode Ihrer Frau dem Nachlassgericht (Amtsgericht) eine notariell oder gerichtlich beglaubigte Erklärung abzugeben, die etwa lautet: „Reine Frau ist am ... in ... verstorben. Scheinratel haben wir vor dem 1. 1. 1900, nämlich am ... in ... statt der Rechte, die mir nach den früheren Gesetzen an dem Vermögen meiner verstorbenen Ehefrau zustehen, wähle ich die Erbfolge nach dem bürgerlichen Gesetzbuch.“ Thun Sie das, so erben Sie die eine, die andre Erben die andre Hälfte des Nachlasses Ihrer Frau. Uebrigens erhalten Sie als voraus die Hochzeitsgeschenke und alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalte gehört haben, sind demnach so gestellt, als ob Ihre Ehe nach dem 31. 12. 1899 geschlossen wäre. Unterlassen Sie die rechtzeitige Abgabe solcher Erklärung, so erben Sie nach bürgerlichem Recht. Danach haben Sie die Wahl, Ihr eigenes Vermögen für sich zu behalten und den Nachlass den Erben zu überlassen oder die Hälfte der am Todestage vorhanden gewesenen Vermögensmasse zu erben, die durch Zusammenrechnung Ihres eignen Vermögens mit dem Ihrer Frau gebildet wird.

Marktpreise von Berlin am 13. Juni 1904
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

*Weizen, gut D. Ctr.	17,90	—	Starkoffein, neue D. Ctr.	7,00	5,00	
„ mittel	—	—	Wendfleisch, Reule 1 kg	1,80	1,20	
„ gering	—	—	„ do. Bauch	1,40	1,10	
*Roggen, gut	13,00	12,99	Schweinefleisch	1,60	1,00	
„ mittel	12,98	12,97	Rohfleisch	1,80	1,20	
„ gering	12,96	12,95	Sammeifisch	1,80	1,20	
†Gerste, gut	14,20	13,00	Butter	2,60	2,00	
„ mittel	12,90	11,70	Eier 60 Stck	3,60	2,40	
„ gering	11,60	10,40	Kartoffeln 1 kg	2,00	1,40	
†Hafer, gut	15,00	14,20	Wale	2,80	1,40	
„ mittel	14,10	13,30	Hamber	3,00	1,20	
„ gering	13,20	12,40	Beife	2,40	1,00	
Rohstroh	4,00	3,50	Barfage	2,00	1,00	
Heu	7,40	5,00	Schafe	2,80	1,40	
Erbsen	40,00	28,00	Stete	1,40	0,80	
Speisebohnen	50,00	25,00	Stebje	per Schd	16,00	3,00
Linien	60,00	25,00				

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Protest-Versammlung

gegen die bürgerlichen Mehrheits-Parteien im Reichstage

Freitag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:

- Vortrag der Genossin **Klara Zetkin** (Stuttgart) über: **Ums Frauen-Stimmrecht.**
- Diskussion.

Um zahlreichen Besuch ersuchen

Die Vertrauenspersonen.

Achtung!

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Bau-Deputierten-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Zustände auf den Bantzen.

Keiner darf fehlen, jeder Bau muß vertreten sein.

Die Verbandsleitung.
J. A.: E. Thöns.

Der Kampf im Bäckergerwerbe!

In die **Sonntagsliste** der geregelten Bäckereien sind folgende Betriebe **nachzutragen:**

- | | | |
|--|---|---|
| Norden.
F. Goenken, Pappel-Allee 18.
C. Viehweger, Gartenstr. 61.
W. Ziebell, Kuglerstr. 8.
Th. Mollweide, Biondistr. 1 und
Stammstr. 2.
A. Wolff, Graunstr. 28.
Osten.
J. Mehl, Sandburgstr. 5.
R. Blenert, Rebusstr. 11.
M. Schneberger, Marxstr. 11.
M. Bauer, Liebigstr. 15. | Süd-Ost.
C. Schulz, Rüstenerstr. 31.
C. Schulz, Rottbuser Ufer 59.
Tr. Meister, Brangelstr. 82.
G. Wenzel, Rottbuserstr. 21.
Centrum.
Mittelstadt, Al. Franzfurterstr. 14.
J. Neumann, Rendselohstr. 9.
M. Hildich, Alexandrinenstr. 28.
Süden.
August Micheli, Roßigstr. 49. | Rixdorf.
P. Hahn, Rägerstr. 70.
A. Braun, Kaiser Friedr. 12.
Otto Hacker, Janajstr. 2.
Schöneberg.
Ernst Brauer, Gothenstr. 31.
Ernst Brauer, Sedanstr. 31.
Charlottenburg.
Lehmann, Dannebergstr. 46.
A. Karsch, Scharenstr. 28.
Ober-Schönevide.
Emil Stretzke, Büchelmannhofstr. 37. |
| Norden.
Harbord, Stettinerstr. 54.
A. Weiss, Bergstr. 2.
J. Jung, Burgdorferstr. 9.
Fricke, Linienstr. 87.
Müller, Rufestr. 3.
J. Braun, Kolbergerstr. 25.
Heublein, Mühlenerstr. 3.
Seeger, Bienenstr. 28.
Wernitz, Straßburgerstr. 15.
Nordost.
O. Bulst, Neue Königstr. 31.
A. Richter, Grenzauerstr. 57.
E. Wohlgenuth, Rendselohstr. 10.
E. Schumann, Linienstr. 6a.
G. Seifert, Gollnowstr. 17.
Nordwest.
J. Sieg, Beusselstr. 59. | Osten.
Stahnsdorf, Tilsiterstr. 77.
J. Grosch, Rehrerstr. 21.
F. Ost, Rabalstr. 10.
E. Sligt, Strohmännstr. 35.
A. Kuhn, Blumenstr. 67.
O. Sommer, Romintenerstr. 5.
F. Bohne, Lichtenbergstr. 11.
P. Schneider, Caprivistr. 22.
J. Dohmel, Caprivistr. 9.
G. Papke, Frankfurter Allee 40.
Kahlfus, Zimmetstr. 1.
J. Conrad, Zaerstr. 17.
Südosten.
G. Kruss, Ringstr. 5.
H. Nickolas, Bienenstr. 68.
Süden.
Bergner, Richestr. 9.
Bocker, Brandenburgerstr. 21. | Westen.
Podehl, Lützowstr. 75.
Centrum.
Schneider, Lindenstr. 56.
C. Gurnitz, Hermannstr. 24.
R. Fiedler, Dragonerstr. 44.
Fricke, Linienstr. 87.
Rixdorf.
M. Kasten, Aufb. 60.
Hornig, Roßstr. 43.
Scholz, Ringb. 25.
Pritschkow, Wallerstr. 18.
Kupfernagel, Bergstr. 73.
Ecke, Delbrückstr. 35.
Schöneberg.
P. Bockisch, Prinz Georgstr. 7. |

Hausfrauen! Arbeiter! Unterstützt die Bäckergefelln in ihrem schweren Kampfe dadurch, daß Ihr nur dort **Euer täglich Brot** kauft, wo die Bäckergefelln unter **menschlichen Arbeitsbedingungen** leben.

Nachfolgende Bäckermeister sollen sich **herausragend** an den bekannten Droschkenfahrten beteiligen:

Otto Ballhausen, Koppenhagenstr. 2. **Albi, Schönhäuser Allee 72a.** **Pudritzki**, Schönhäuser Allee 70c. **Zechlin**, Franzstr. 37. **Abrecht**, Rehrerstr. 17 (dieser Herr hat schon einmal von uns veröffentlicht, erklärt, es nicht mehr zu thun, ist aber jetzt wieder rückfällig geworden). **Prehn**, Bernauerstr. 11. **Grasnick**, Christburgerstr. 35. **Ede**, Rixdorf, Delbrückstr. 35. **Kupfernagel**, Rixdorf, Bergstr. 73. **Fehse**, Pappel-Allee 21.

Die Streikleitung.
J. A.: **Hetzschold**, Rosenthalerstr. 11/12.

Anzüge nach Maß für Herren- u. Knaben

größte Auswahl in u. ausländischen Stoffen für Jacketts, Anzüge, Bekleidungs etc., werden unter Garantie des guten Sitzes zu **überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei **A. Karle**, Waldemarstr. 66.

Sportwagen

aufsteigend billig, direkt aus Fabrik. Sportwagen zum Liegen einstellbar, zugleich Kinderwagen. Luxusportwagen oder Roller mit Motor. Ein- und zweisitzig. **A. Trobar**, Spinnstr. 154. **große, alt. Kinderwagenfabrik Sachsen.** Wahl: Reinhardt mit 10^{er} Rabatt oder **Polenbahn beim Katalogversand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 8358.

Donnerstag, den 16. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3:

Versammlung der Elektromonteuere.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 116/12

Mitgliedern machen wir den Kollegen bekannt, daß unsere Versammlungen jetzt **regelmäßig** jeden Monat am Donnerstag nach dem 15. stattfinden.

Lautstimm werden zu den regelmäßigen Versammlungen nicht mehr verteidigt.

Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Cementbranche.

Die Gruppe der **Cementierer** feiert am **Sonntag, den 18. Juni**, im Lokal „**Marienbad**“, Badstr. 35, ihr **erstes Stiftungsfest**

wozu die Mitglieder und Kollegen der ganzen Sektion freundlichst eingeladen werden. 144/5 **Das Komitee.**

Siehe auch Annonce im „Grundstein“ von voriger Woche.

Central-Verein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, den 16. Juni 1904:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches, unter anderem Bericht über die letzte öffentliche Holzbildhauer-Versammlung. 2. Verschiedenes. 21/6

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung, Korbmacher!

Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7: 85/9

Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet **Die Kommission.**

Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte

Berlins und Umgegend.

Freitag, den 17. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, beim Kollegen Köpnick in Spandau, Fiedlerstr. 39:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten. 69/9

Der Vorstand. J. A.: **Ferdinand Ewald.**

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Filiale Berlin.

Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Die Schule von heute.“ Referent: Gen. M. Schütte. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission. Regen Besuch erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Bettfedern

Charlottenburg, **E. Dombrowsky**, Potsdamerstr. 11.

5 Proz. Rabatt.

Neu! Billigste Neu!

Dampfer-Extrfahrten

von der **Michael-Brücke** jeden Tag, außer Sonnabend, vormittags 9 Uhr. Einfade Fahrt 30 Pf. Nachm. 2 Uhr hin und zurück 30 Pf. Neben Sonntagvormittag 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr nach **Wollersdorfer Schleuse** mit Musik. Einfade Fahrt 50 Pf. Teleph. Amt VII. 2841. [53751] **R. Tismer.**

Sie unterstützen die einheimischen Arbeiter und die einheimische Landwirtschaft, wenn Sie Seelig's Stern-Kaffee-Zusatz kaufen, denn dieser alibekannte, vorzügliche Eschoren-Kaffee wird nur aus erstklassigen märkischen Eschorenwurzeln hergestellt, während zu anderen Konkurrenzfabrikaten oftmals minderwertige, ausländische (brasilische) Eschorenwurzeln Verwendung finden. Lassen Sie daher **Ihr schönes Geld nicht ins Ausland** wandern, sondern verlangen Sie ausdrücklich: „Seelig's Stern-Kaffee-Zusatz“. Jedem Paket liegt eine Sparrmarke bei; sammeln Sie dieselben, so erhalten Sie ein entsprechendes Quantum Seelig's Stern-Kaffee-Zusatz kostenfrei als Prämie und erzielen dadurch im Laufe des Jahres eine **Erhebliche Ersparnis in Ihrer Wirtschafts-Kasse.**

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen

Bestellen in schönster Lage **Nieder-Schönhausen** an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung; nur hochliegendes, trockenes Land, per □ = M. von **85 M. an.** 46192*

Auskunft jederzeit im Bureau, Kaiserweg 2, Nieder-Schönhausen.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, [8/3] Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. Schönemann, Spezialarzt für **Haut-, Horn- und Frauenleiden**, Seydelstr. 9. Wochentags 1/2, 12-1/2, 1/6-1/8.

Am **Freitag, den 13. Juni**, nachmittags 2 Uhr, entließ nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Restaurateur und Eigentümer **August Mann** im Alter von 63 Jahren [19825] Um Alles Besseres bitten **Die trauernden Hinterbliebenen.** Frau Henriette Mann geb. Köpff, Klara und Heinrich Horstmann nebst Kindern. **Gertrud Barlett** als Enkelkind. Die Beerdigung findet am **Donnerstag, den 16. Juni**, nachmittags 5 Uhr vom Trauerhause, Am Ostbahnhof 18, nach dem Neuen Thomas-Kirchhof in Nixdorf, Hermannstraße statt.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 13. Juni verstorbenen Steindruckers **Hermann Keil** findet statt am **Donnerstag, den 16. Juni**, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes, Rixdorf. 19975 **Das Komitee.**

Dankfagung.

Für die rege Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich seinen Kollegen, Freunden und Genossen meinen herzlichsten Dank.

Frau Luise Horn
19885 **nebst Tochter.**

Cigarren-

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. 10 St. 100 St.

Rosb. Stern	25 Pf.	2,50
Mercurio	30	2,85
Nor de Este (Schuß)	30	3,-
Ameritano	35	3,35
Plantar	35	3,50
Habanera	40	3,80
Vindemann, unj. Specialit.	40	4,-
Specialmarke Nr. 41	50	4,50
do. Nr. 27	60	5,50

Mexiko, Vorkriegsanden, Brasil und Auswurf. In allen Preislagen große Auswahl. **Vorteilhafter Einkauf** für Händler u. Wiederverkäufer. 55559*

W. Schilling,
Admiral-Str. 18B.

RHEINWEIN MARKE

Fuchssprung

mit 75-100 CABINET 130

edle Blume, garant. rein überall käuflich

General-Depot: Sommer, Bergstr. 34

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.

Ziehung **6.-9. Juli 1904.**

Hauptpr.: **100 000, 40 000, 20 000, 10 000 usw.** 53441*

Orig.-Lose 3.30 Porto u. Liste 30 Pf.

J. Raehor, Haupt-Kollektour, Mainz.

Schlosspark Wilhelminenhof Oberspreewälder.

Station **Nieder-Schöneweide.**

Jeden Sonntag, Mittwoch, Donnerstag:

Grosser Elite-Ball.

Kaffeekecho v. 2 Uhr an geöffnet. **Ausspannung, Volksbelustigung** aller Art. Chr. Fennel. [49125]

Fludern, 50 Stck (aus dem Haus nur 1,90 M. Post) fest. **irreführende Matjes, G. 3/4, M. Ernst Napp Nachf., Zwincmünde Nr. 56.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 15. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Der Meister.
Festung. Zapfenstreich.
Belle-Alliance. Kamrad Lehmann.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Mamselle Ritouche.
Welter. Im bunten Rod.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Geizige. Der eingebildete Kranke.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Das große Hemd.
Neues. Einen Jux will er sich machen.
Kleines. Nachtschl.
Kleines. Die 300 Tage.
Central. Die Geisha.
Karl Weisk. Der Weg zum Herzen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Specialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Invalidenstr. 57/62.
Jubiläumstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbatterdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Central-Theater.
8 Uhr in erster Besetzung:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Hauptdarsteller: Mia Werber.
Genny Widner. Kurt Schulz.
Rudolf Kuder. Emil Kibbe.
Donnerstag: Goliath Jofestine
Dora und Emil Richard: Der Raub der Sabinerinnen.

Belle-Alliance-Theater.
Im Theater abends 7 1/2 Uhr:
Zum letztenmal:
Kamrad Lehmann
mit Guido Thielscher in der Titelrolle.
Donnerstag und folgende Tage:
Goliath der „Original-Tegernseer“.
2 Rollen: „Der kleine Kürassier.“
Dienstag: „Die Automaten-Arm.“
Im Sommergarten von 6 Uhr ab:
Max Schmidt-Konzert.
Von 8 Uhr ab: Specialitäten-Vorst.
u. a. Miss Alex. Automobil-Schleifenfahrt. — „Abelgold-Trio.“

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Märtyrer.
Liebesträume. X Kollegen.
Serenissimus-Zwischenspiele.

Residenz-Theater
Deute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwan in 3 Akten von Paul Gessant
und Robert Charven.
Deutsch von Alfred Palm.

Apollo-Theater.
7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.
8-9 1/2 Uhr: Die Attraktionen des
phänomenalen Juni-Programms.
Hiernauf:
Liebesgötter.
Im zweiten Bild:
Götterzug
und die Sensations-Apothose:
Im Tempel der Glückseligkeit.

Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue
in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
Anfang 8 Uhr.
Ranchen überall gestattet.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Neut Wette bei
Water Philipp.
Anfang 8 Uhr.
Bis Sonntag 7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwoch abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Dienstag: Der eingeb. Kranke.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Ein unbeschriebenes Blatt.
Freitag abends 8 Uhr:
Ein unbeschriebenes Blatt.
Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwoch abends 8 Uhr:
Das große Hemd.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Das Heiratsnest.
Freitag abends 8 Uhr:
Pension Schöller.
Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten
Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeehölle ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochgelegene Regalbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

CASTAN'S
ANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Die vielbewunderten
zusammengewachsenen
Schwestern
Rosa und Josefa:
!! einzig dastehend in
der Welt!!

Passage-Panoptikum.
Der lange Josef
16 Jahre alt, 217 cm gross.
Der Leichenfund
in Charlottenburg.
Originalgruppe nach Aufnahmen
an Ort und Stelle naturgetreu
dargestellt, ohne Extra-Entree.

ZOOLOGISCHER
GARTEN
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., ab 6 Uhr abends
50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena nur noch kurze Zeit:
Raubtier-Schule.
Vorstellungen: tägl. 1/2 u. 7 Uhr.
Eintritt 30 Pf., Kinder d. Hälfte.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Zum erstenmal:
Der Weg zum Herzen.
Schauspiel in 5 Bildern u. einem Vorsp.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: Kinder-Feuerfest.
Letztes Auftreten des Auto Atlas.
Specialitäten, Theater, Konzert.
Anfang 5 1/2 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Heute:
Grosser Sonderabend.
Konzert, Theater u. Specialitäten.
Letztes Auftreten Joe Giffor.
Geschw. Kaiser. Drei Schönbrunn.
Ciao Otero etc.
Gr. Extra-Tanz. Tanzlehrer Hoppe.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 38.
Täglich:
Das Attraktions-Programm, u. a.:
Paul Coradini,
Berlins Liebling.
Loro-Quartett,
Phänomenal-Musikphantasten.
Hiernach:
Die Tochter des Heimkehrers.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Zum **Ball.**
Entree 30, numerierter Platz 50 Pf.

Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3, Wochentags
5 Uhr, Anfang der Abend-
vorstellung 8 Uhr.
Alfred Bender
Original-Humorist.
14 erstklassige Nummern.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Specialitäten-**
Vorstellung.

W. Noacks Theater
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Er ist nicht eifersüchtig!
Im Ehr' und Liebe.
Karl Groth. X Mr. Solva.
Salvador u. Selma. Mr. Houson etc.
Anfang 6 Uhr.
Kaffeehölle von 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung
im Saal.

Diez' Specialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79.
Direkt Ringbahnstation.
Oh schön! Täglich Oh Regen!
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Das konkurrenzlose Sam-Programm,
ca. 36 erstklassige Nummern
mit stürmischem Beifall, u. a.
Neu für Berlin: Marco et Tatjana.
The Orig.-Boirots, Burleske eccentric.
Die Berliner Lieblinge
Dirig.: Mita Roselli, Tanz-Soubrette,
Dirig.: Fritz Brand, Sumoist.
Walter Darton, das Phänomen usw.
Ab 11. cr.: Die berühmte Walson-
Troupe, Marische Spiele, 5 Personen.
Kaffeehölle. Volksempfehlungen.
Sonntag, Montag, Mittwoch
und Sonnabend bis 2 Uhr: **Ball.**

Berliner Prater
Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Goldene Herzen.
Bantom: Im Nachtschl.
Harris, Strassjongleur. The
Jarrey. — Upts. — Langbe.
Ball, Konzert, Specialität.
Anfang 4 Uhr.
Entr. 30 Pf. Num. Pl. 50 Pf.

WINTER
GARTEN
Edith Helena,
Bravour-Sängerin.
Mason u. Forbes, amerik. Excentrics
Clement Lion, Zauberkünstler.
Lydia Dobranow, Feuerkünstlerin.
Professor Maboul, kom. Jongleur.
Perzinas dressierte Affen.
Gebrüder Schwarz, Parodisten.
Will Mora, Reckkünstler.
Heloise Titcomb, Sängerin.
Die 4 Milans, Kraftsummer.
Neiss-Familie, akrobatischer Akt.
„Pas de deux“, Cavini und Härtel.
„Lebende Photographien
vom Kriegsschauplatz.“

Schweizer-Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und
Specialitäten-Vorstellung.
Volksempfehlungen.
Im Saal: **BALL.**
Zum Schluss:
Berliner Konfektionensen.
Große Gelangshölle in 2 Bildern.
Entree 30 Pf.

Sanssouci.
Königsufer Thor — Stat. der Hochbahn.
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche
Sänger.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Nach der Solire: Tanz.
Wochentags haben Vor-
zugsbühnen, auch die zu den Theater-
abenden ausgegebenen, Gültigkeit.

Gossmanns
Konzert-Garten
SW. Kreuzbergstr. 48.
Jeden Mittwoch:
Streich-Konzert.
Anfang 8 Uhr.
— Entree frei —
Freitag: Garburger Sänger.

Vierter Wahlkreis (Süd-Ost)
Am Montag, den 20. Juni 1904:
Grosses Sommer-Fest
in Treptow (Ludwigs Park-Restaurant).
Das Komitee.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“
Gau 9.
Sonntag, den 19. Juni cr. in dem Gesamt-Etablissement
„Moabiter Schützenhaus“ in Plötzensee:
GAU-FEST.
Doppel-Konzert.
Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Nord“ (Mitgl. d. A.-S.-B.).
Auftreten des berühmten Berliner Uk-Trio. — **Grosses Feuerwerk.**
Radsportliche Aufführungen der Bundesvereine. — **Reigenfahren etc.**
Fackelpolonaise. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.
Grosser BALL.
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. 12/15
Anfang früh 8 Uhr. Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Fest-Ausschuss.**

Gesundheit ist Reichtum!
Regelmässiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** | Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad**
Gr. Frankfurterstrasse 136. Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen
für Damen und Herren.
2 Wannen-Bäder mit je 2
Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badeszeit).
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder
Saal:
Korsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Steppdecken
kauft man am preis-
wertesten nur direkt
in der Fabrik. 72 Qual-
itätsfräse 72, wo auch alle
Bedarfe aufgegeben werden.
W. Strohmayer, Berlin 14.
Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Wissen Sie's schon
dass Arconafahräder
die besten & billigsten sind?
Neue elegante Halbröhren 57, 60,
65, 68 M. mit einjähriger Gar-
antie; mit Freilauf 2,90 M.
mehr. Laufdecken 3,00, 3,50, 4,50.
Luftschläuche 1,75, 2,50. Pedale
0,90. Ketten 1,00. Acetylen-
laternen 1,00. Oellaternen 0,50.
Achseln 0,50. Schläsler 0,10. Fuss-
pumpen 0,50, 0,75. Gesp. Räder
4,50. Radständer 0,30, 0,50. Zahn-
kränze 0,30, 0,50. Kettenräder 2,50.
Schalen 0,30 etc. — Vertreter
überall gesucht. Angenehmer
Nebenverdienst. — Nähmaschinen
37 M., 5 Jahre Garantie. Ernst
Machnow, Arconafahräderwerke,
Berlin N., Arconaplatz 1. 5390L*

Landes-Ausstellungs-Park.

Täglich: Doppel-Konzert.
Besuchern von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners und Soupers von 4 Mark an.
Neu erbaut: Festsäle, gedeckte Gartenhallen,
Fontaine lumineuse. 3/2*

Gegen
Monatsraten von 2 Mk.
an liefern wir

Musikwerke
selbstspielende
sowie
Drehinstrumente
mit auswechsel-
baren
Metallnoten
von 18 Mk. aufwärts.

Phonographen
nur
erstklassige,
vortrefflich
funktionieren-
de Apparate von
20 Mk. aufwärts.
Bespiele und
unbespielte
Walzen
in Qualität.

Accordeons
in sehr reicher
Auswahl,
sehr preiswerte
Instrumente
in allen
Preislagen.

Zithern
aller Arten,
wie Accord-,
Harfen-, Duett-,
Konzert-,
Gitarre-Zithern
etc.
Bial & Freund in Breslau II.
Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit.

Im Januar 1901 hatte die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, die Versammlung solle den Magistrat ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation über Maßnahmen zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit zu beraten.

Die Deputation hat dann den Winter und das Frühjahr hindurch ein Dutzend Sitzungen abgehalten, um darüber zu beraten, ob und wie die Säuglingssterblichkeit in Berlin, die ja selbst in günstigen Jahren noch erschreckend hoch ist, sich herabmindern lasse.

Der Plan geht dahin, die Eltern in der gesundheitlichen Fürsorge für ihre im Säuglingsalter stehenden Kinder von Gemeindegewegen zu beraten und zu unterstützen. Es wird nicht bloß an die Kinder gedacht, für die schon heute die Waisenverwaltung eintritt, sondern ebenso an diejenigen, die nicht der erteilten Hilfe zeitweilig oder dauernd beraubt sind.

Unsere Vertreter zeigten, daß die Fürsorge auch der Mutter zu teil werden und selbstverständlich noch vor der Geburt des Kindes zu beginnen muß. Die Deputation stimmte darauf mit einigen Einschränkungen dem Vorschlag zu, daß Mütter nicht nur nach, sondern schon vor der Niederkunft in zweckmäßig eingerichteten Heimstätten, wenn sie die Aufnahme nachsuchen, versorgt werden sollen.

Für die Ernährung wird angestrebt, daß dem Säugling möglichst die natürlichste Nahrung gereicht wird, die Muttermilch. Die Mütter sollen darauf hingewiesen werden, daß es ratsam ist, die Kinder selber zu stillen.

Bei künstlicher Ernährung soll bedürftigen Müttern bezw. Pflege-müttern die Möglichkeit gegeben werden, zubereitete Säuglingsmilch oder Säuglingsnahrung anderer Art zu mäßigen Preisen oder unentgeltlich zu beziehen.

Woher für all diese Einrichtungen das Geld genommen werden soll? In der Deputation wurde anfangs auf die Armenpflege hingewiesen. Für bürgerliche Kreise ist dieser Gedanke immer wieder der nächstliegende, obwohl sie wissen, daß dann unter Umständen ein arbeitslos wütender Vater des Säuglings um das Wahlrecht bringen kann.

Angesichts dieser Vorschläge und der Kosten ihrer Ausführung jammerten ein paar in der Deputation sitzende Stadtverordnete, das werde ja der eine Zukunftsaat. Die Herren dürfen beruhigt sein: sie brauchen sich nicht mitschuldig zu fühlen, wenn mal der „Zukunftsaat“ über sie kommt.

Ob sie zur Ausführung kommen werden, das muß abgewartet werden. Es ist noch die Frage, wie das Gesamtkollegium des Magistrats darüber denkt, und wie zu etwaigen Beschläüssen und Plänen des Magistrats das Plenum der Stadtverordneten-Versammlung sich stellen wird.

14. Verbandstag des Centralverbandes deutscher Brauerei-Arbeiter.

Frankfurt a. M., Sonnabend, 11. Juni 1904.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Vormittags-Sitzung teilt der Vorsitzende mit, daß die Streikleitung der Hamburger Brauerei ein Begrüßungstelegramm an den Verbandstag entsandt hat. Darauf erstattet Jurisch-Köln den Bericht jener Kommission, welche sich mit der Beratung der Anträge zu befassen hatte, die sich auf die Anstellung von Gaubeamten beziehen.

Die Kommission wird sodann beauftragt, aus den vorliegenden Bewerbungen dem Verbandstage geeignete Vorschläge zur Besetzung der Posten zu machen.

Dann erstattet die Beschwerde-Kommission den Bericht über ihre Arbeiten. Es liegen zwei Beschwerden vor wegen Ausschluß aus dem Verbands, und zwar aus München und Jülich. Der Münchener Fall wird durch Gutheißung des Ausschusses erledigt und der Jülicher Fall wegen Formfehlers zur neuerlichen Erledigung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Die Diskussion über die Anträge, die sich auf den Rechtsschutz beziehen und kein öffentliches Interesse bieten, wird beschloffen, daß in Zukunft Gaunkonferenzen nur in dringenden Fällen und mit Genehmigung des Hauptvorstandes abgehalten werden dürfen. Bezüglich der Bestimmungen über Lohnbewegungen, Differenzen und Streiks soll jeder Sektion das Selbstbestimmungsrecht über die Höhe der zu stellenden Forderungen vorbehalten bleiben.

Interessante Debatten entspinnten sich im Laufe der Vormittags-Sitzung noch über eine beantragte Abwälzung der von einzelnen Raiffstellen zu leistenden Beiträge zur Erhaltung ihrer örtlichen Arbeitersekretariate auf die Verbandskasse.

Mehrere Anträge wünschen eine Ablösung des im Brauereibetriebe üblichen Freitritts anzustreben. Mit großem Freitritt vertritt Hofmann-Nürnberg den Standpunkt, daß der Freitritt häufig demoralisierend wirke. Das Interesse an der Hebung der Lebenslage, Familienleben, Klassenbewußtsein und Interesse an den Versammlungen haben sich überall dort gehoben, wo der Freitritt abgeschafft worden ist.

Sodann erstattet die Kommission, welche die Vorschläge zur Besetzung der Gauleiterposten machen soll, über ihre Tätigkeit Bericht.

Die Kommission hatte den Vorschlag gemacht, als besoldete Gauleiter anzustellen: für den ersten Gau mit dem Sitz in Posen G. A. G. Gera; für den zweiten mit dem Sitz in Hamburg G. H. Nürnberg; für den dritten mit dem Sitz in Leipzig S. D. Leipzig; für den vierten mit dem Sitz in Regensburg S. G. H. München; für den fünften mit dem Sitz in Karlsruhe H. Z. H. Stuttgart und für den sechsten mit dem Sitz in Dortmund Frankfurt a. M. Im ganzen waren 15 Bewerbungen eingelaufen. Seitens der Hamburger Delegierten wurde der Antrag gestellt, die Besetzung des zweiten Gaues mit dem Sitz in Hamburg im Hinblick auf den Hamburger Streik auszuschalten und mit der Besetzung des Postens Vorstand und Ausschuss zu beauftragen.

Eine längere Debatte entspinnt sich noch über die Frage der Sektionsbildungen im Verbands, deren allzu große Selbstständigkeit sich in Kiel und auch anderswo nicht gerade zum Vorteil des Verbandes bemerkbar gemacht hat.

Sodann wird eine von München gestellte Resolution in erweiterter Form angenommen, nach welcher von den Gauvorständen genaue Statistiken aufgenommen werden sollen:

- a) an wie vielen Sonn- und gesetzlichen Feiertagen im Jahre gearbeitet wird;
b) wie viel Bier Sonntags ausgefahren wird;
c) wie viele Stunden und an welcher Tages- und Nachtzeit gearbeitet wird;
d) welche Arbeiten verrichtet werden;

- e) ob die betreffenden Brauereien diejenigen technischen Einrichtungen besitzen, um die Sonn- und Feiertagsarbeit ausfallen lassen oder auf ein geringes Minimum beschränken zu können;
f) Anfang und Ende der Mälzerei mit Angabe der Betriebstemperatur;
g) wie viel Darren maschinell bearbeitet werden;
h) Feststellung sonstiger ungesunder Einrichtungen in den Mälzereien.

Diese Statistik soll als Grundlage dienen, um in allen Punkten eine gut motivierte Petition an das Reichsamt des Innern sowie an den deutschen Reichstag auszuarbeiten und in der deutschen Gewerbe-Ordnung diejenigen Abänderungen resp. Ergänzungen betreffs der Sonntagsruhe treffen zu können, die auch im Brauereigewerbe eine wirkliche Sonn- und Feiertagsruhe herbeizuführen geeignet sind.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Hannover und Wauer. Ragerl und Krieg werden in ihren Ämtern bestätigt. Die Prek-Kommission wird aufgehoben. Sitz des Ausschusses bleibt Berlin. Vorsitzender desselben bleibt Richter. Der Raiffstelle Dresden werden von ihrer Schuldsumme von 2500 M. 1500 M. erlassen.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Hannover und Wauer. Ragerl und Krieg werden in ihren Ämtern bestätigt. Die Prek-Kommission wird aufgehoben. Sitz des Ausschusses bleibt Berlin. Vorsitzender desselben bleibt Richter. Der Raiffstelle Dresden werden von ihrer Schuldsumme von 2500 M. 1500 M. erlassen.

Erste Konferenz der Eisarbeiter Deutschlands.

Gera, den 12. Juni 1904.

Anwesend sind aus 12 Orten 15 Delegierte, außerdem vom Verbandsvorstande Kassierer Hausen. Die Berichte der einzelnen Delegierten konstatierten überaus traurige Zustände im Beruf. Die Arbeiter haben viel unter der Saisonarbeit zu leiden, der Lohn schwankt zwischen 15-32 M. Am höchsten ist er im Durchschnitt in Berlin mit 25 M., am niedrigsten in Eisenberg mit 15 M.

Als zweiter Punkt wurde die Abschaffung der Accord- und Heimarbeit beraten. Referent hierzu ist Rust-Berlin. Er weist auf die Schädlichkeit der Accord- sowie der Heimarbeit hin und weist nach, daß durch dieses System die Kollegen ihre Kräfte unnötig anspannen und der Unternehmer dadurch in die Lage gesetzt wird, die Löhne immer mehr und mehr herabzubringen.

Zum dritten Punkt: Einführung eines einheitlichen Minimallohnes hatte Kollege Brückner-Berlin das Referat übernommen. Redner schildert die überaus verschiedenartigen Lohnverhältnisse in der Branche und hofft von der Herbeiführung eines einheitlichen Minimallohnes eine Gesundung der Branche. Je niedriger die Entlohnung, je niedriger ist die Lebenshaltung, verheiratete Arbeiter können die Familie nur erhalten, wenn die Frau mit verdienen hilft.

In der Diskussion sprachen sich fast alle Delegierten im Sinne der Referate aus, und wurden darauf dahingehende Resolutionen angenommen. Ferner wird der Verbandsvorstand ersucht, statistische Erhebungen zu veranstalten. Auf Antrag Herrmann-Magdeburg wird auch die Schaffung eines Central-Arbeitsnachweises mit dem Sitz in Berlin beschloffen, um das briefliche Anfragen nach Stellen zu verhindern.

Dann spricht Hausen über die Frage: „Wie organisieren wir die noch fernstehenden Kollegen?“ Redner weist darauf hin, daß Abstrahl da, wo die Organisation wenig oder gar nicht Eingang gefunden hat, auch die schlechtesten Arbeitsverhältnisse vorhanden sind, woraus hervorgeht, daß die Arbeiter, falls sie Verbesserungen erzielen wollen, sich der Organisation anschließen müssen. Die Kartelle sollen ersucht werden, bei der Feststellung der Anzahl der an den einzelnen Orten tätigen Eisarbeiter mitzuwirken. Die Konferenz habe genügend Material geliefert, das die Delegierten in der Agitation verwenden könnten. Redner sichert bei der Agitation die weitgehendste Unterstützung des Verbandsvorstandes zu.

Nach Vornahme einer Sammlung für die ausgesperrten bänischen Kollegen erfolgte mit einem Hoch auf die Organisation der Schluss der Konferenz.

Erster ordentlicher Genossenschaftstag des Centralverbandes deutscher Konsumvereine.

Hamburg, den 13. Juni 1904.

Erster Verhandlungstag.

Radestock-Dresden eröffnet um 10 1/2 Uhr die Verhandlungen. In das Bureau werden gewählt als Vorsitzende Radestock-Dresden, Barth-München, Kreßhmer-Hamburg, als Schriftführer Schmidchen-Magdeburg und Bringmann-Hamburg.

Radestock-Dresden heißt die Versammelten herzlich willkommen; insbesondere begrüßt er die Vertreter des Auslandes, der Gewerkschaften und die sonstigen Ehrengäste. Vor zehn Jahre sei die Großeinkaufs-Gesellschaft gegründet worden. Heute habe sie sich eine hochachtbare Stellung erworben und sich ebenbürtig den sonstigen Pionieren von Rochdale gezeigt. Ihr gebühre der herzlichste Dank aller Genossenschaftler. Seit Gründung des neuen Verbandes sei ein Jahr verflossen; die in München zu Tage getretene Vegetation habe angehalten und sich fruchtbar betätigt zum Wohle der Gesamtheit im Dienste des ganzen Volkes. Trotz aller Anfeindung bleibe die Lösung: Vorwärts in einigem Streben!

Der Staatssekretär des Innern (Fofadobolsky) teilt mit, daß die Lage der Dienstgeschäfte Teilnahme nicht zulasse. Auch der Hamburger Senat bedauere, den Umständen nach nicht teilnehmen zu können. (Heiterkeit.) Der Vorsitzende weist darauf hin, daß die Gunde-Ausstellung am Sonnabend von einem Senatsmitgliede begrüßt worden sei. (Heiterkeit. Sehr gut!)

Es folgen Ansprachen verschiedener auswärtiger Gäste: von Högstedt-Dänemark, Gray-London, Raywell-Edinburg, von Westy-Holland, Berriger-Schweiz, Schulz-Berlin (Handels- und Transportarbeiter). Darauf erstattet Radestock-Dresden den Bericht des Vorstandes.

Redner führt aus: Die Tätigkeit ist eine sehr umfangreiche gewesen. In erster Linie sei die Schriftleitung in eigene Regie übernommen und das Sekretariat errichtet worden, dessen Leitung dem Genossen Kaufmann übertragen wurde. Der Buchhandlung wegen sei eine Handelsgesellschaft I. F. Heinrich Kaufmann u. Co. errichtet; der Verband sei gestiftet durch Treuhänderverträge. Das Sekretariat habe viele Arbeit gehabt und gute Arbeit geleistet. Er erinnere an die umfangreichen Statistiken, die Herausgabe des Jahrbuches usw. für die Angestellten sei die englische Arbeitszeit eingeführt, die Gehälter seien geregelt. Am 2. Januar sei die Liebernahme erfolgt. Viel Zeit habe die Frage der Versicherungskassen in Anspruch genommen. Beschloffen sei u. a. der Beitritt zum internationalen Genossenschaftsbund. Der Besuch ausländischer Genossenschaftstage erweise sich als außerordentlich fruchtbringend. Die Arbeitsverträge der Wälder und Transportarbeiter seien beraten worden; ferner seien Wünsche der Lagerhalter bezüglich der Schiedsgerichte laut geworden. Der Vorstand habe gethan, was in

menslichen Kräfte stand; sein Ziel sei gewesen, dem Centralverbande und den angeschlossenen Genossenschaften zu dienen. — Barth-Büdingen: Es gelte, Protest zu erheben gegen die Bemühungen der Gegner des Verbandes. Dahin gehöre die Behauptung, die Verbände seien „socialdemokratisch“. Die Anerkennung der Genossenschaften durch die Socialdemokratie begriffe er als Beweis dafür, daß die Genossenschaften der breiten Masse des Volkes nützlich. Er protestiere aber auf das entschiedenste gegen die Behauptung, daß die Genossenschaften sich in den Dienst irgend einer politischen Partei stellen oder auch nur im geringsten die Absicht haben, das zu thun. (Lebhafter Beifall.) — Gherle-Barmen begründete einen Antrag, künftig den Bericht gedruckt vorzulegen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. — Adam-Kiel: Er vermiße die Erörterung der Frage, ob Bildungsanstalten für Genossenschaftler geschaffen werden können. Heute liege das sehr im argen. Es sei unbedingt notwendig, in dieser Richtung einseitig vorzugehen. Weiter müsse die Agitation weit energischer und intensiver betrieben werden. — Madestod-Dresden: Bei dem kurzen Bestehen des Centralverbandes habe er nicht mehr leisten können; zur Erfüllung der vom Vorredner geäußerten Wünsche habe es ihm an den nötigen Mitteln gefehlt. Die Errichtung einer Bildungszentrale sei jedoch das Ziel des Vorstandes und werde im Auge behalten.

Dann erstattet Kaufmann-Hamburg den Bericht des Verbandessekretärs.

In Deutschland bestanden am 1. Januar 1904 insgesamt 22 131 Genossenschaften mit 3 208 324 Mitgliedern; davon sind Konsumvereine 1741 mit 818 015 Mitgliedern. Die Kraft und Blüte der letzteren vereinigt sich in dem Centralverbande, der heute 707 Vereine mit einem Verkaufserlöse von 148 006 577 M. Umsatz; beschäftigt werden in der Warenverteilung 5540 Personen, in der Eigenproduktion 900 Personen, insgesamt also 6440. Der Reingewinn betrug 15 000 000 M. Zur Volksbildung und zu gemeinnützigen Zwecken wurden im Vorjahre 174 610 M., im laufenden Jahre 192 040 M. aufgewendet. Das flüssige Kapital der Konsumvereine hat sich in erfreulicher Weise gemehrt. Welche Wirkung könne aber durch diese nahezu zehn Millionen Mark flüssiger Gelder erzielt werden, wenn die Konsumvereine eine Centrale für ihre Kapitalkraft, eine gemeinschaftliche Vororganisation schaffen und dadurch diese Millionen, mit denen heute das Privatkapital arbeitet, der Konsum-Genossenschaftsbewegung zuführen. Redner schließt seinen an interessanten statistischen Angaben reichen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag mit den Worten: Das gesamte Material wird in unserm Jahrbuche veröffentlicht. So wird dieses bis in die feinsten und unscheinbarsten Nüßge die Entwicklung und den Stand des Centralverbandes deutscher Konsumvereine, seiner Revisionsverbände und der Großhandels-Gesellschaft sowie aller angeschlossenen einzelnen Genossenschaften wiedergeben.

Ueber „Die Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waiserversicherungsfragen des Centralverbandes“

referiert Schmidtchen-Magdeburg. Er habe in erster Linie zu berichten über die durch den Dresdener Beschluß dem Vorstande vorgefertigten Arbeiten. In erster Linie seien für die Versicherung die ständigen Arbeiter in Auge zu fassen, und zwar gingen das Bestreben dahin, sämtliche Arbeitergruppen einzubeziehen. Es frage sich, ob eine freie Vereinigung, die der staatlichen Kontrolle nicht unterworfen sei, möglich wäre. Dann dürfe ein Recht auf Unterstützung nicht festgesetzt werden. Der Vorstand habe sich aber zunächst verpflichtet gehalten, eine staatlich genehmigte, ein unbefristetes Recht schaffende Organisation ins Auge zu fassen. Ein ausgegearbeitetes Statut vorzulegen sei noch nicht möglich und zweckmäßig gewesen; es bedürfe noch langer, gründlicher Beratung der Sache innerhalb der Vereine, es sei auch praktisch, dann sich vorüber der Zustimmung der Behörden zu versichern.

Der Redner macht dann verschiedene Vorschläge zu der Organisation der geplanten Invaliden- und Hinterbliebenenklasse, ihren Beitragsbestimmungen und Leistungen (die Vorschläge sind abgedruckt in Nr. 17 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“) und konstatiert die Notwendigkeit und Vereinfachung des Centralverbandes, alles irgendwie Erreichbare für die Angestellten auf dem Gebiete des Versicherungswesens zu schaffen. Er beantragt Annahme einer Resolution, welche besagt, daß der Vorstand beauftragt wird, dem nächsten Genossenschaftstage eine bestimmte Vorlage auf Grundlage der freien Versicherung zu machen. (Bravo!)

Dreher (Transportarbeiter-Verband) spricht zunächst seine Anerkennung dafür aus, daß ein so junger Verband sich mit einer so hochwichtigen Frage beschäftigt, die Vorlage allerdings schaffe zwar eine gut fundierte Kasse, es gelte aber, mit dem Wachstum der Genossenschaften zu rechnen und die Kasse — der Resolution gemäß — auf anderer Grundlage zu errichten. Die Invalidität der Angestellten werde angesichts der durchweg trefflichen Arbeitsbedingungen weit unter dem Durchschnitt bleiben. Die Angestellten verzichteten gern auf die staatliche Garantie; sie seien überzeugt, daß ihnen auch ohne diese durch freie Vereinbarung ihr Recht werde. Doch seien die vorgeschlagenen Beiträge wie auch die Altersgrenze (70 Jahre) zu hoch bemessen.

Frühdorf-Dresden: Der Konsumverein „Vorwärts“ würde auf eigne Faust die Versicherung einführen, wenn es der Verband nicht thäte. Wie halten es für unmöglich, noch länger zu warten. Die Versicherung muß als Ergänzung der staatlichen obligatorisch auch für die Ledigen eingeführt werden, und zwar unabhängig von der staatlichen Kontrolle. Die vorgeschlagenen Beiträge sind zu hoch, die Leistungen zu niedrig. Die Beiträge sind viel höher als bei der staatlichen Versicherung. Die Altersgrenze ist viel zu hoch bemessen. Wer erreicht denn das 70. Lebensjahr? Die Sache muß anders angefaßt werden.

v. Elm-Schmidtchen habe zu sehr seinen persönlichen Standpunkt vertreten. Geschaffen werden müsse etwas, man müsse aber Rücksicht darauf nehmen, ob auch die Arbeiter mitmachen könnten. Das sei bei dem vorliegenden Vorschlage ausgeschlossen. (Sehr richtig!) Das sei ein totgeborenes Kind. Es ist nicht richtig, daß kein Zutrauen zu der Versicherung vorhanden sein würde, wenn nicht das tragbare Recht gesichert wäre. Das verhindert schon die in den Gewerkschaften gemachte Erfahrung; dort besteht auch kein Recht auf Unterstützungen, aber gezahlt werden sie. Es gilt etwas zu schaffen, was Bestand hat, was auch der jetzigen Generation schon Vorteile bringt und zwar der Gesamtheit der Arbeiter. (Bravo!)

Adam-Kiel: Ein heikler Punkt sei die Bestimmung bezüglich der freiwilligen Weiterversicherung Auscheidender, die erst nach fünfjähriger Beschäftigung möglich ist. Das müsse geändert werden.

Math-Hamburg: Alle Versicherungen tranken an der Ansammlung der großen Fonds. Hier müsse von rein praktischen Erwägungen ausgegangen werden. Die provisorische Vorlage des Vorstandes biete an Leistungen angefaßt der hohen Beiträge entscheidend zu wenig. Die Morbidität sei bei den Genossenschaftlern keine allzu hohe; sie bildeten eine sehr günstige Versicherungs-Klasse. Wir dürfen uns nicht einlassen auf ein Institut, das der staatlichen Bevormundung untersteht. (Bravo!)

Kolbe-Weimar: Frühdorf kenne anscheinend das Privatversicherungsgesetz nicht. Ein derartiges Versicherungsinstitut bedürfe der Genehmigung. Vorsehungen lasse sich die Sache nicht; das Aufsichtsamte lasse sich in der Beziehung keinerlei Vorschriften machen.

Schmidtchen-Magdeburg (Schlußwort): Mit herzhaft gemeinten Worten sei es nicht gethan; man müsse mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Verwunderlich sei es, daß zwei Reichstags-Abgeordnete die wissenschaftlichen Berechnungen so ohne weiteres abgehan hätten. Er sei nicht davon überzeugt worden, daß billiger und besser gearbeitet werden könne. Ohne Fonds gehe es denn doch nicht! (Zuruf: Umlagen!) Auch bei freien Einrichtungen sahre man nicht billig; so verlange der „Verein Arbeiterpresse“ z. B. 6 M. monatlich pro Kopf, 72 M. jährlich. Man werde aus den Konsumvereinen die freiwilligen Beiträge nicht heraushehlen können. Er rate, jetzt schon an die Errichtung von Pensionsfonds zu gehen, um später womöglich aus den Zinsen die Beiträge zahlen zu können,

sonst müsse man sich auf Ablehnungen in den Versammlungen gefaßt machen. (Sehr richtig!) Um schnell vorwärts zu kommen, empfehle es sich vielleicht, v. Elm und Frühdorf mit in den Vorstand zu wählen; die würden ihn schon auf die Beine bringen. (Heiterkeit.)

Darauf wird die Resolution Schmidtchen angenommen. In die Kommission werden v. Elm-Hamburg, Frühdorf-Dresden und Gauß-Stuttgart gewählt. Der Fuziehung der Organisationen der Arbeiter wird ebenfalls zugestimmt.

Nachmittags 4 1/2 Uhr fand eine Sonderversammlung derjenigen Vereine — 44 an der Zahl — statt, welche Väter- und Arbeiter-Beschäftigten. Es wurde in der Versammlung über den von der Väterorganisation vorgelegten Entwurf eines Arbeits- und Lohn tariffs beraten.

Hat man den Mörder der Lucie Berlin?

Zur Ermordung der Lucie Berlin wird gemeldet, daß als der Thäterhaft verdächtig Montagnachmittag ein 38 Jahre alter Versicherungsbeamter Otto Lenz vorläufig festgenommen worden ist. Lenz, der früher einmal bei einer Versicherungs-Gesellschaft angestellt war, arbeitete nur noch gelegentlich in seinem Verufe und ließ sich im wesentlichen von „Freundinnen“ ernähren. Er war polizeilich nirgends gemeldet und hatte zuletzt ein Verhältnis mit einem Mädchen aus der Ackerstr. 125. Viele Beschreibungen eines mutmaßlichen Täters paßten so genau auf ihn, daß die Kriminalpolizei ihn alsbald suchte. Seinen Namen erfuhr man von dem Mädchen in der Ackerstr. 125. Dort hin kam er aber seit dem Verschwinden der Lucie Berlin nicht mehr. Auch in den Kneipen, wo er sonst verkehrte, ließ er sich nicht mehr sehen. Während die Kriminalpolizei ihn als einen Mann mit halbblauem Vollbart und Strohhut suchte, ließ er sich den Bart bis auf den Schnurrbart, wie er ihn in früheren Jahren zu tragen pflegte, abrasieren. Den Strohhut fand man in Zeitungspapier eingewickelt in der Ackerstraße. Erst Montagnachmittag geriet der Vielgesuchte der Polizei in die Hände. Einer seiner Bekannten traf Lenz in einer Kneipe, die er früher nie besucht hatte, und sagte ihm auf den Kopf zu, daß er der von der Kriminalpolizei gesuchte Mann sei. Lenz wollte davon nichts wissen. Der andre aber blieb dabei, da die Beschreibung auf ihn paßte, und stellte ihn vor die Wahl, entweder selbst zur Polizei zu gehen oder sich von ihm hindringen zu lassen. In dieser misslichen Lage entschloß sich Lenz endlich, sich zu melden. Sein Bekannter begleitete ihn. Der Kriminalpolizei vorgeführt, wurde der Verdächtige bis in den späten Abend hinein und gestern vormittag verhört und vielen Kindern und erwachsenen Leuten gegenübergestellt. Er behauptet, weder am Donnerstag, noch später überhaupt in der Ackerstraße gewesen zu sein, und bestreitet alles, was ihm zur Last gelegt wird. Sein Alibi aber kann er bis jetzt nicht nachweisen.

In der Sache fand gestern, Dienstagnachmittag in der Ackerstraße eine

Lokalbefragung.

statt, an der ein Untersuchungsrichter, der Regierungsassessor Dr. Lindemann vom Polizeipräsidium und die Kriminalkommissare Behn und Bannowski mit mehreren Beamten teilnahmen. Es handelte sich darum, zu prüfen, ob Zeugen, die Lenz belasteten, wirklich im Stande waren, ihn von den Stellen aus, von denen sie ihn gesehen haben wollten, zu erkennen. Die Zeugen wurden einzeln geholt und das Ergebnis ihrer Aussagen und der Befragung ist für Lenz erheblich belastend. In der Ackerstraße Nr. 130 wohnt ein Zeuge S., der ständig am Fenster arbeitet. Er kennt Lenz vom Ansehen aus der Zeit, wo er mit einem Mädchen aus dem Hause ein Verhältnis hatte und bei seiner Geliebten aus- und einging. Wohin er in dem großen Hause gehörte, daran kümmerte sich der Zeuge nicht. Er arbeitete nun an dem kritischen Donnerstag wie immer am Fenster und sah, während der Leiermann auf dem Hofe spielte und die Kinder tanzten, Lenz im Thorweg stehen. Er erkannte ihn als den Mann, den er früher oft über den Hof gehen sah, sofort wieder. Die Ortsbefragung ergab, daß das von seiner Arbeitsstelle aus sehr gut möglich ist. Da S. bestimmt erklärt, daß er sich auf die Redenumstände, das Drehorgelspiel und das Tanzen der Kinder genau besinne und in Tag und Zeit nicht irre, so muß als festgestellt betrachtet werden, daß Lenz um jene Zeit

auf dem Grundstück gewesen

ist, während er es nach wie vor bestreitet. Ein Kutcher K. stand am Donnerstagnachmittag mit seiner Droschke an der Ecke der Feld- und Ackerstraße und beobachtete genau, von welcher Stelle aus er Lenz mit einem kleinen Mädchen auf dem Gartenplatz beobachtete. Er sah die beiden kommen und beobachtete weiter, wie Lenz das Mädchen auf eine Bank zog und mit ihm Vondons aß. Für die Ortsbefragung waren nur zwei Stellen zu unterscheiden. Die erste, auf der K. die beiden sah, ist seinem damaligen Halteplatz so nahe, daß er den Beobachteten ohne weiteres erkennen mußte. Die zweite, die Bank, ist etwas weiter entfernt. So kommt hier auch der Verkehr und das Gebüsch des Gartenplatzes in Betracht. Obwohl sich um beide Befragungen bald viele Menschen sammelten, mehr als in jener Gegend sonst zu verkehren pflegen, ließen die Beamten doch das Publikum vollständig gewähren und hinderten es durch keine Abperrung in seinen Bewegungen. Aber auch unter diesen ungünstigsten Verhältnissen ergab sich, daß der Kutcher mit seiner Behauptung, er habe Lenz von seinem Standort und trotz des Publikums und Gebüsches erkennen können recht hat. Lenz und das Mädchen entschwandten seinen Blicken, als sie sich von der Bank erhoben hatten und um ein Mundteil herumgingen. Jetzt lag zwischen ihm und ihnen ein Gebüsch. Auf dem Wege um das Hundteil wurden Lenz und das Mädchen von einem Mädchen S. aus der Ackerstr. 68 gesehen, das Lucie Berlin kannte und noch auf dem Hofe gesehen hatte und das nun mit seiner Mutter über den Gartenplatz ging. Auch die von diesem Mädchen behaupteten Wahrnehmungen erwies die Ortsbefragung als durchaus möglich. In diesen Befragungen kommen noch

andre Beobachtungen

hinzu. Lenz behauptete anfangs, daß er am Donnerstag gar nicht in der Ackerstraße gewesen sei. Jetzt bestreitet er nicht mehr, dort gewesen zu sein. Er will aber an dem Hause Nr. 130 ohne Aufenthalt vorbeigegangen sein, um sich nach dem Hause Nr. 125 zu begeben. Dorthin habe er einer Wäscherin U. schmutzige Wäsche gebracht. Diese Behauptung erwies sich sofort als unrichtig. Lenz hat weder der Frau U. noch sonst jemand in dem Hause Nr. 125 Wäsche abgegeben. Sehr auffallend ist, daß Lenz von dem Morde, von dem am Sonnabendabend alle Zeitungen voll standen und ganz Berlin sprach und den das Polizeipräsidium an allen Anschlagstulen bekannt machte, erst am Sonntag etwas gehört haben will. Daß er Lucie Berlin gut gekannt habe, bestreitet er nicht. Er giebt sogar zu, daß sie ihm ein sehr interessantes Mädchen gewesen sei. Bemerkenswert ist, daß Lenz an perverben Reigungen leidet. Diese veranlaßten auch seine Geliebte aus der Ackerstr. 130 und schon andre Mädchen, ihm den Laufpaß zu geben.

Er bestreitet nach wie vor, an dem Morde irgendwie beteiligt zu sein, bleibt aber einwillen in Haft.

Lokales.

In der letzten Sitzung der Armenverwaltung brachte Stadtd. Antzied vor Eintritt in die Tagesordnung das vom Polizeipräsidenten angelegene Schreiben der Armenverwaltung in Bezug auf den Straßenghandel zur Sprache; es sollte sich darin die Direktion für eine Einschränkung dieses Handels ausgesprochen haben.

Herr Stadtdirektor Münsterberg erklärte, daß er in dem Schreiben nur seine persönliche Ansicht namentlich in Bezug auf die mit dem Handel verbundene Bettelerei niedergelegt habe.

Der Antrag der socialdemokratischen Stadtverordneten, das erwähnte Schreiben den Mitgliedern der Armenverwaltung zugänglich zu

machen und seinen Inhalt als besonderen Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, wurde nach eingehender Debatte abgelehnt, nachdem vorher Stadtdirektor Münsterberg erklärt hatte, daß er, wenn er vom Magistrat Einladung erhalten würde, seine Ausführungen in dem in der Angelegenheit des Straßenhandels eingesetzten Ausschusse wiederholen, also belanden würde, daß er nur rein persönlich an den Polizeipräsidenten geschrieben habe. Mit dieser Darlegung erklärte sich die Mehrheit der Direktion einverstanden.

Ferner beschäftigte sich die Armenverwaltung mit der Reuregelung des Armenarztswesens. Allgemein wurde Klage darüber geführt, daß die Ärzte überlastet seien, wodurch sowohl die als auch die armen Kranken zu leiden hätten. Die von der Subkommission empfohlene Reueinteilung der Medizinalbezirke wurde angenommen; es sollen hiernach 34 neue Medizinalbezirke gebildet werden, so daß die Zahl der Bezirke sich auf 131 stellen wird. Unsere Parteigenossen erklärten, daß ihnen diese Einteilung nicht weit genug ginge, sowie daß sie ferner auch die Frage der freien Arztwahl näher erörtert haben wollten und bei der Beratung der Denkschrift im Plenum der Stadtverordneten-Versammlung hierauf zurückkommen würden. Das Gehalt der Ärzte wurde einheitlich auf 1600 M. festgesetzt. Nunmehr soll dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung die Denkschrift über die Besetzung und Stellung der Armenärzte zugehen. Ein Antrag unseres Parteigenossen Hünze, den 85. Medizinalbezirk sofort zu teilen, wurde angenommen.

Der neue Stadtrat. Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl eines unbeforderten Stadtrats hat am Dienstagabend unter dem Vorsitze des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Langerhans einstimmig beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung die Wahl des Stadtverordneten Kaufmann J. Maas, Hildebrandstraße 24, zu empfehlen. In der nächsten Sitzung soll Bericht erstattet und dann in der folgenden Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung die Wahl vorgenommen werden. Herr Maas ist 60 Jahre alt und seit vier Jahren Stadtverordneter. Er vertritt im 7. Gemeinde-Wahlbezirk die erste Abteilung, wo für den Rest der Wahlperiode, d. h. bis Ende 1905, eine Ersatzwahl stattfinden muß. In weiteren Kreisen ist Maas durch seine Thätigkeit als Beisitzer beim Berliner Gewerbegericht bekannt.

In der Feststellungslage der Stadt Berlin gegen die „Große Berliner“ ist der zweite Termin für Montag, den 20. d. M., anberaumt. Wie erinnerlich, hat die Straßenbahnverwaltung erst unmittelbar vor der ersten Verhandlung eine ausföhrliche Klage-beantwortung eingereicht und dadurch eine Verzögerung herbeigeföhrt. Das Gericht konnte nun nicht mehr an die endgültige Entscheidung des Streitfalles gehen, sondern war gezwungen, eine angemessene Frist zum Studium der Erwiderung der „Großen Berliner“ für sich wie für den Vertreter der Berliner Stadtverwaltung festzusetzen. Am 20. d. M. soll, wie man erwartet, eine materielle Entscheidung fallen, die aber den Rechtsstreit kaum erledigen dürfte, da die unterliegende Partei jedenfalls eine höhere Instanz anrufen wird.

Eine längere Erklärung gegen die vom Stadtverordneten Cassel in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung gehaltenen Rede hat die Direktion der Straßenbahn gestern der Presse zugefandt. Die Direktion verwahrt sich gegen die Worte des Herrn Cassel, daß sie hinter dem Rücken der Stadt die Konzeption bis 1949 zu erwerben gedauert habe, mit der bezeichnenden Entgegnung, daß zu einer solchen Mitteilung nicht der geringste Anlaß vorgelegen habe. Irreföhlich sei die Behauptung, daß Herr Mittelradidirektor Wiede vier Wochen vor dem am 4. Mai 1900 erteilten Verlängerung der Konzeption in den Vorstand der Gesellschaft eingetreten sei; er gehöre dem Vorstand bereits seit November 1898 an.

Einen ganz ungeheuerlichen Fall von Mißhandlung auf der Postzweigstelle veröffentlichten zwei Kaufleute in der „Zeit am Montag“. Die Herren Uhlig und Schmeidler, Inhaber der Firma Uhlig u. Co. in der Friedriehstr. 105, schreiben dem genannten Blatt: In der Nacht vom 30. auf 31. Mai dieses Jahres kamen wir von Weihenau und entließen einer Droschke am Prenzlauer Thor. Während unser dritter Begleiter weiterfuhr, gingen wir die Voßringstraße entlang. In der Angermünderstraße glaubte ich (Uhlig) auf der andern Seite der Voßringstraße einen Menschen wiederzuerkennen, welcher mir vor einigen Wochen meinen wertvollen Eisenbesteckgriff (Erbteil meines Vaters) entwendet hat. Um den Betreffenden zu belangen, forderte ich den dort postierten Schutzmänn auf, den Herrn festzustellen. Der Schutzmänn gab mir zur Antwort: „Sind Sie ruhig, sonst bringe ich Sie zur Waage!“ Hierüber empört, hat ich um die Nummer. Statt der Antwort postete mich derselbe am Stragen und erklärte mich nebst meinem Begleiter arretiert. Wir forderten ihn auf, mich sofort loszulassen, dies that er und zog blank, mit dem Bemerkeln: „Wehe, wenn Sie ausreihen!“ Wir folgten ohne weiteres. Kurz vor der Zehndmünderstraße rief der Schutzmänn einen auf der andern Seite herumdrehenden Menschen zu sich mit dem Bemerkeln: „Sie gehen mit, als mein Zeuge!“ Auf der Waage angekommen, legitimierten wir uns. Trotdem wurden wir für „verkappte Ludewigs“ erklärt. Ueber diese Behandlungsweise empört, forderte ich nun nochmals die Nummer des Schutzmänn und erhielt als Antwort einen kräftigen Faustschlag von einem andern Schutzmänn ins Gesicht, wurde sofort von mehreren festgehalten, die Hände wurden mir hinten geschlossen und unter Schlägen wurde ich ins Arrestlokal geworfen. Auf mein Klopfen mit den Füßen öffnete man, drückte mich erst noch einmal kräftig an die Wand, führte mich heraus, entfestelte mich und wollte mich mit meinem Begleiter entlassen. Wir forderten den Wachhabenden auf, den Reviervorstand oder wenigstens einen Wachmeister zur Stelle zu bringen, daß diese sich von der Mißhandlung überzeugen. Dies wurde uns höhnend abgelehnt. Wir baten um die Nummer der Schutzeute, welche mich mißhandelt hatten, um Begleitung eines Beamten nach dem Präsidium, um dort vorstellig zu werden. Auf dem schnellsten Wege wurden wir aus dem Arrestlokal hinausgebracht. Vor der Thür sagte ich (Uhlig) zu meinem Begleiter: „Na, den Durschen müssen wir's aber doch besorgen!“ Im Ru fuhren drei Schutzeute, einer in voller Uniform, einer in Zivil, ohne umgeschmält zu haben, und einer in Hemdärmeln über mich (Uhlig) her, würgten mich nach dem Hausflur, schlossen hinter sich die Thür, so daß mein Begleiter Schneider draußen stehen bleiben mußte. Man schleppte mich unter Schlägen wieder nach dem Arrestlokal, festelte meine Hände auf dem Rücken, warf mich zu Boden und behandelte mich mit Schlägen und Fußtritten. Ich blutete über und über, indem ich auf dem Gesicht lag. In diesem Zustande mußte ich Neue bekennen und mich verpflichten, die Sache totschweigend. Ich habe eine Zeit lang bewußlos geliebet auf dem Fußboden gelegen. Mit der größten Anstrengung mußte ich mich von dem Fußboden erheben und wurde blutend, unter Hohn und unter den größten Schimpfworten, wieder in dieselbe Zelle geworfen, in welcher ich zuvor gesteckt hatte. Dann hörte ich Klingeln, und ein Leibes: „Bü, Vorrich!“ Nach einiger Zeit wurde geöffnet, und ich bat um Wäsche. Dieses reichte mir ein Schutzmänn in einem hinteren Zimmer zweimal, auch gab er mir Uhr und Kette in diesem Zustande zurück, deren Abhandenkommen ich nicht gemerkt hatte. Ich wurde dann entlassen. Am nächstfolgenden Tage nachmittags 5 Uhr ging mein Begleiter Schneider mit meinem Angestellten zum Revier 50, Christinenstraße, demselben Revier, wo sich die ganze Sache abgespielt hatte, sie verlangten den Reviervorstand zu sprechen und baten um die Namen der Beamten, die in der fraglichen Zeit Dienst gehabt hatten; jedoch gab sich der Polizeileutnant den Anschein, als wenn er von der ganzen Sache noch nicht orientiert sei, und gab die Namen der Beamten nicht bekannt, dieselben erfragen wir dann erst im Bureau der 8. Hauptmannschaft, Belfortstr. 4. Bis heute fehlt noch ein abhanden gekommenes Portemonnaie mit 370,60 M., über dessen Verbleib noch keine Aufklärung vorliegt. Früher waren Mißhandlungen auf Polizeiwachen ja nichts Seltenes. In dem bekannten Polizeibeleidigungsprozeß im Oktober 1898, in welchem unser Parteigenosse Stadthagen sich durch Enthüllung entsetzlicher Wahrheiten ein ähnlich hohes Verdienst erworben hat wie der Bergmann & c.

In dem jetzt in Saarbrücken beendeten Beleidigungsprozess, wurden ja eine ganze Reihe grauenhafter Mißhandlungen durch Zeugeneid erwiesen. Seitdem sieht es so aus, als ob auf den Berliner Polizeiwachen eine menschlichere Behandlung des Publikums Platz gegriffen hätte. Um so bestreudlicher nehmen sich die Mitteilungen der Herren Hähig und Schneider aus, denn wenn die von ihnen erzählten Dinge sich wirklich ereignet haben, dann gehören die an den Mißhandlungen schuldigen Beamten ins Zuchthaus. Man darf wohl annehmen, daß der Polizeipräsident jetzt den einzigen zur Ermittlung der Wahrheit gangbaren Weg einschlägt und den beiden Herren Gelegenheit giebt, mit ihrem Zeugeneid vor Gericht für die Richtigkeit ihrer Darstellungen einzustehen.

Die Autorensteuer ungültig. Eine wichtige Entscheidung hat die Zivilkammer des Landgerichts I in Sachen der Autorensteuer getroffen. Wie bereits seiner Zeit mitgeteilt, hatte der Besitzer der Deutschen Konzert-Hallen an der Spandauer Brücke, Preißler, die Zahlung der Autorensteuer, zu der er sich vertraglich verpflichtet hatte, verweigert. In dem Termin vor dem Amtsgericht machte der Beklagte geltend, daß er die Weiterzahlung der eingegangenen Kaufschalbeträge für die Autorensteuer verweigere, weil er durch Vorbiegelung falscher Thatfachen zum Abschluß des Vertrages veranlaßt worden sei. Das Amtsgericht wies den Einwand zurück und betrachtete die Erhebung der Autorensteuer als zulässig. Gegen diese Entscheidung legte der Beklagte bei dem Landgericht I Berufung ein. In der Berufungsschrift wurde darauf hingewiesen, daß die Konzert-Hallen-Besitzer resp. Kapellmeister keine Liste derjenigen Kammeide erhalten, welche der Autorensteuer unterliegen und daß die Kontrahenten nur verpflichtet seien, regelmäßig eine Liste der Kammeide, welche bei ihnen aufgeführt würden, bei dem Autorenverbande einzureichen. Nach den Ergebnissen der Listen sollte die Verteilung der Steuererträge an die dem Verbands angehörenden Komponisten erfolgen. Thatsächlich würden jedoch die Listen von den Konzert-Hallen-Besitzern nicht eingereicht, und es sei aus diesen Gründen eine ordnungsmäßige Verteilung der Steuererträge nicht denkbar. Das Landgericht hat sich dieser Auffassung des Beklagten angeschlossen. Es stellt fest, daß der Vertrag ungültig sei, weil er für den besagten Kontrahenten nur Pflichten und keine specialisierten Rechte enthalte und wies die Klager unter Aufhebung der Vorentscheidung des königlichen Amtsgerichts ab. Hiermit ist der Kampf um die Autorensteuer endgültig entschieden, da das Landgericht in der Klagesache die letzte Instanz bildet. Herr Preißler hat auf Grund dieser Entscheidung sofort die Klage auf Rückzahlung der bisher gezahlten monatlichen Kaufschalbeträge gegen den Autorenverband angetragen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagnachmittag 5 Uhr unter anderem mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Berichterstattung über die Vorlage betreffend den Verkauf des Gaswerkes Grundstraße 1 an der Kaiser-Allee zu Friedenau. — Vorlage, betreffend die Bewilligung von Mitteln zu einer Studienreise. — Beantwortung der Anfrage von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Verhütung unberechtigter Verwendung von städtischen Mitteln. — Vorlagen betreffend die Errichtung eines Robert Velle-Denkmal in der Victoriastraße. — die Annahme der Erbschaft der Witwe Albertine Kitzel, geb. Cuno. — die Verwaltung des Gutes Albershof bei Rudow im laufenden Etatsjahre. — die Festschließung von Bauplanlinien auf einem Teil des Geländes des Platzes N in Abteilung XI des Bebauungsplanes. — die Erwerbung einer zur Freilegung der Hufelandstraße erforderlichen Fläche des Augeschen Grundstücks. — den Grundstücks-Erwerbungsplan. — den Erwerb des von dem Grundstück Linienstr. 51/Lothringersstr. 74 zur Freilegung der Lothringersstraße erforderlichen Landes. — den Verkauf einer Dampfwalze und die Enteignung des Grundstückes Reinholdsdorferstraße 52 sowie eines zur Straße 54, Abteilung X, erforderlichen Grundstückes. — Berichterstattung des zur Vorbereitung der Neuwahl eines unbesoldeten Stadtrats eingesetzten Ausschusses.

Der Totschlag an dem Italiener Baldi. Ein Lokaltermin in Sachen des Totschlages an dem Italiener Baldi hat in einem Restaurant in der Waldstraße zu Reinholdsdorf stattgefunden. Wie noch erinnert sein dürfte, hatten die in der Waldstraße 68 in Reinholdsdorf wohnenden Brüder Gustav und Johann Treginski in der Nacht vom 29. zum 30. Mai mit dem Italiener Enrico Baldi in einem Kampsitz Streit bekommen, waren ihn auf das freie Feld gefolgt und hatten ihn dort erschossen. In dem Lokaltermin stand nun der jüngere Bruder, der Schläger Johann Treginski, den Italiener getötet zu haben. Während sein Bruder den auf dem Boden Liegenden mit einem Säbel bearbeitete, den er sich von seiner Frau durch das Particellfenster seiner in der Nähe gelegenen Wohnung hatte reichen lassen, sei er hinzugesprungen und habe dem Italiener die Messerspitze verfehlt, die den Tod herbeigeführt hätten. Die Brüder wurden nach beendeten Termin wieder nach dem Prohibitor Untersuchungsgefängnis zurückgebracht.

Ein Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einem Postpalet-Transportwagen verursachte gestern nachmittag an der Dreifaltigkeitsstraße eine Verkehrshinderung und führte auch zu einer Alarmierung der Feuerwehre. An der Kreuzung der Kanonier- und Mohrenstraße verfuhr ein Postpaleten voll besadener Postwagen, noch vor einem elektrischen Straßenbahnwagen das Geleise schnell zu passieren. Das gelang ihm aber nicht, er wurde vielmehr von dem Straßenbahnwagen erfasst, und zwar mit solcher Gewalt, daß die Palette, die auf dem Verdeck lagen, in weitem Bogen auf den Straßendammbeschleudert wurden und das eine Hinterrad völlig zertrümmert wurde. Auch der Postillon wurde vom Wad geschleudert, fiel aber zu seinem Glück auf die zahlreichen Palette, die den Wad besäten, und kam so mit dem bloßen Schreck davon. Der Postwagen lag nun quer über den Schienenstrang der Straßenbahn und hemmte so den Verkehr. Da alle Versuche, ihn vom Geleise zu schleifen, nicht gelingen wollten, so requirierte man die Feuerwehre. Der 19. Löschzug aus der Mauerstraße beseitigte dann das Verkehrshindernis in kurzer Zeit. Die Palette wurden später auf einem anderen Postwagen weiter befördert.

Schuß auf einen Jug. Auf den Montagabend 10 Uhr 19 Minuten von Wittenberge nach Berlin abgehenden Schnellzug wurde nach der „Germania“ kurz hinter Neustadt a. D. ein Schuß abgegeben, der leicht großes Unheil hätte zur Folge haben können. Die Kugel zertrümmerte ein Fenster des Schlafwagens dritter Klasse, streifte einen Redakteur der „Germania“ hart am Kopfe und slog an einem andern Fahrgast, der an dem geöffneten Fenster der gegenüberliegenden Wand stand, vorbei ins Freie hinaus.

Vermißt wird seit Montagmittag 2 Uhr die dreifährige Therese Hüge aus der Taurroggenstr. 10 in Charlottenburg. Das Kind entfernte sich von dem Wäse, wo es mit andren Kindern spielte und ist seitdem verschollen. Die Vermißte ist grau gekleidet, trägt eine rotweiße Schürze und pflegt den Strohhut hinten überhängen zu lassen.

Ein großer Dachstuhlbrand kam Dienstagabend gegen 7 Uhr in der Behrenstr. 7 zum Ausbruch und beschäftigte die Wehre über 2 Stunden. Auf noch nicht ermittelte Weise entstand das Feuer auf dem Boden des rechten Seitenflügels, fand an dem in den zahlreichen Bodenkammern aufgestellten Gerümpel und allem Hausrat der Mieter überreiche Nahrung und wurde erst bemerkt, als gegen 7 Uhr plötzlich helle Flammen aus dem Dache schlugen. In wenigen Minuten war der große Hof in dichten Rauch gehüllt. Als auf den ersten Alarm hin der 19. Löschzug aus der Mauerstraße am Brandplatz eintraf, bildete bereits der gesamte Dachstuhl des rechten Seitenflügels ein einziges Flammenmeer. Brandmeister v. d. Schulenburg ließ sofort eine Dampfpritze in Thätigkeit treten und an der Häuserfront auf der Straße eine große mechanische Leiter errichten. Inzwischen war auch auf einen zweiten Alarm der 17. Löschzug aus der Hauptfeuerwache eingetroffen. Von verschiedenen Seiten aus wurde nun mit drei Schlauchleitungen gegen den Brandherd vorgegangen. Immerhin dauerte es doch fast eine Stunde, bevor die Gefahr beseitigt war, denn immer wieder züngelten

neue angefachte Flammen empor. Der größte Teil des rechten Seitenflügels ist vernichtet und der entstandene Schaden daher erheblich. Auch die Mieter der vierten Etage haben durch Wasser stark gelitten.

Feuerbericht. Ein größeres Feuer kam in der Nacht zum Dienstag in der Jennstr. 21 zum Ausbruch und beschäftigte die Wehre lange Zeit. Dort befinden sich die Eisenwerke der Gebrüder Arndt, G. m. b. H., und zwar liegen die Eisengießereien im Erdgeschloß. In diesem entstand das Feuer auf noch nicht ermittelte Weise und wurde erst bemerkt, als helle Flammen aus den Fenstern schlugen. Die vierte Compagnie der Wehre fand daher bei ihrer Ankunft schon einen weiter vorgeschrittenen Brandherd vor und setzte sofort mehrere Schlauchleitungen in Thätigkeit. Obwohl nun von verschiedenen Seiten aus vorgegangen wurde, dauerte es doch geraume Zeit, bevor die Gefahr beseitigt war. Der entstandene Schaden ist beträchtlich, da auch die Dede zum ersten Stock größtenteils vom Brande erfasst war und aufgetrieben werden mußte. — Dienstagvormittag gegen 10 Uhr wurde die Wehre nach der Leipzigerstraße 73/74 gerufen, weil hier durch Ueberlocken von Leim im zweiten Stock in der Schirmfabrik der Gebrüder Hammerlöcher ein Brand entstanden war. Der 17. Löschzug konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Auf dem Anhalter Güterbahnhof hatten sich Kohlen von selbst entzündet; die Ablösung nahm lange Zeit in Anspruch. — Außerdem liefen in den letzten 24 Stunden noch aus der Körnerstraße 26, Lönzbergerstraße 38 und noch aus verschiedenen andren Orten Alarmierungen ein, doch handelte es sich in allen diesen Fällen um Brände, die von Hausbewohnern bereits gelöscht waren, und ein sonderliches Eingreifen der Wehre nicht mehr erforderten.

Urania. Das rege Interesse an den radioaktiven Stoffen, das sich auch jetzt noch in vielen Anfragen an die Urania kundgiebt, veranlaßt Herrn Dr. Donath am Sonnabend, den 18. d. Mts., nochmals über das „Radium“ zu sprechen. Der Vortrag findet im Hörsaal der Urania in der Taubenstraße statt. — Im wissenschaftlichen Theater wird bis Mittwoch dieser Woche einschließlich der Vortrag „Die Insel Rügen“ wiederholt und am Donnerstag, Freitag und Sonnabend der Vortrag „Von der Jagdpraxis zum Wagnern“.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter, veranstaltet von der Bilderschaft, Techn. Hochschule, Berlin. Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr, wird Herr Dr. Hirschberg über das deutsche Volkslied in der Aula der Charlottenburger Oberrealschule, Schloßstr. 27, sprechen. Eintrittskarten zu 10 Pf. (Abonnement auf sämtliche Vorträge 50 Pf.) sind an der Abendkasse erhältlich.

Aus den Nachbarorten.

Schmargendorf. Die Parteigenossen werden hiermit auf das am Sonnabend im Restaurant Sanssouci stattfindende Stiftungsfest des Wahlvereins aufmerksam gemacht und gebeten, sich mit ihren Familien, Freunden und Bekannten recht zahlreich daran zu beteiligen. Für gute Unterhaltung (unter Mitwirkung des Gesangsvereins Dramaturger Vorstadt, humoristische Vorträge, Verlosung etc.) ist bestens gesorgt. Die Festrede hält Reichstags-Abgeordneter Geitoffe Fritz Jubel.

Weißensee. Auf den heute Abend bei Enders stattfindenden Lichtbilder-Vortrag des Herrn Dr. Osborn weisen wir hiermit hin. Des interessanten Vortrags halber erwarten wir zahlreichen Besuch. Eintrittskarten a 10 Pf. in den mit Plakaten belegten Handlungen. Der Vorstand.

Schöneberg. Ein beschämendes Zeugnis stellten sich die Arbeiter Schönebergs bei der heutigen Stadtverordneten-Ergebniswahl im neunten Bezirk aus, indem sie für ihren Kandidaten Genossen Däumig nur 333 Stimmen aufbrachten. Der bürgerliche Gegenkandidat Dr. Freund ging dank der Räßigkeit der Schöneberger Arbeiter mit 536 Stimmen als Sieger aus dem Wahllampfe hervor. Wir werden morgen ausführlich auf diese Wahl zurückkommen.

Ober-Schöneweide. Am Sonntagvormittag extrakt in der Spree unweit Tabberts Waldschlösschen beim Pferdebadswimmen der 25jährige Ruffner Köppler, der beim Fahren Wagnis beschäftigt war. Seine Leiche war am Montag noch nicht gefunden. — Einen Krämerstandpunkt nehmen hiesige Kleinhandlcr durch eine an die Gemeindevertretung gerichtete Petition ein, in der ersucht wird, den hier zweimal in der Woche stattfindenden Markt einzuschränken. Die Herren glauben offenbar, dann um so ungestörter die Preise ihrer Waren in die Höhe schrauben zu können. Die Gemeindevertretung wird hoffentlich diese Ansuchen richtig zu würdigen wissen.

Die Obduktion der Leiche des städtischen Depotkassen-Rendanten Ferdinand Grün in Charlottenburg ist im Schauhause auf Bestund durch den Kreisarzt Medizinalrat Klein vorgenommen worden. Im Gegensatz zu den bisherigen Annahmen ist man auf Grund der Obduktion zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Tod durch eine Schadel- und Gehirnerkrankung, die durch einen Schuß beibracht wurde, zurückzuführen ist. Danach würde, was man jetzt in amtlichen Kreisen als sicher betrachtet, Selbstmord vorliegen. Den Anlaß zu dem Selbstmord haben, wie es scheint, die unglücklichen Familienverhältnisse des Verstorbenen gegeben; trotz seines guten Einkommens soll er mit finanziellen Schwierigkeiten gekämpft haben. Die Leiche ist von der Staatsanwaltschaft zur Beerdigung freigegeben worden.

Gerichts-Zeitung.

Der Pommerbank-Prozess

scheint nunmehr langsam seinem Ende entgegen zu gehen. Der größte Teil der von den Verteidigern gestellten Anträge ist durch die Beweisaufnahme bereits erledigt, der Rest wird voraussichtlich am Donnerstag durch die Gutachten der Bücherrevisoren Huschke und Kruse erledigt werden können. An den letzten zwei Verhandlungstagen stand im wesentlichen die Nachtragsanfrage zur Erörterung. Die Staatsanwaltschaft sieht auf dem Standpunkte, daß sich die Angeklagten Schulz und Romeid durch die ihnen vorgeworfenen Handlungen einer fortgesetzten Untreue und einer fortgesetzten Bilanzverschleierung in idealer Konkurrenz mit Betrug schuldig gemacht haben. Die Staatsanwaltschaft macht nunmehr insoweit als auch diejenigen von der Staatsanwaltschaft als Untreue angesehenen Handlungen zum Gegenstande der Anklage, welche vor dem Jahre 1896 liegen und rechnet hierin die Verleihung des Gutes A u l e r u und einige gleich nach Gründung der Immobilien-Verkehrsbank begangene Handlungen der Angeklagten, über welche erst neuere Untersuchungen Klarheit geschaffen haben. Längere Erörterungen verursachte die Verleihung von Kaulern. Der Angeklagte Romeid hat einen Bruder Paul Romeid, dem bis zum Jahre 1894 das Gut Kaulern im Kreise Jüterburg gehörte. Paul Romeid hatte eine erhebliche Summe als Kaufpreis bezahlt, seine Varmittel reichten aber nicht aus, um das ziemlich debattierte Gut mit allen nötigen Bauten zu versehen, den Viehbestand zu komplettieren usw. usf. Schließlich stand er vor der Gefahr, in Konkurs gehen zu müssen und da er als Reserveoffizier diese Eventualität unter allen Umständen vermeiden wollte, so wandte er sich an seinen angeklagten Bruder und dieser schloß mit ihm einen mündlichen Vertrag dahin: Der Angeklagte kauft Kaulern zu einem nicht in einer bestimmten Zahl festgesetzten Preise. Er übernahm selbstschuldnerisch die eingetragenen Hypotheken mit 294 700 M., sowie die persönlichen Schulden seines Bruders im Betrage von etwa 18 000 M. Der letztere sollte das Gut weiter betriebsfähig und als Entschädigung alles behalten, was er über die Zinsen der von dem Angeklagten in das Gut hineingesetzten Kapitalien herauswirtschaften würde. Auch sollte er jederzeit das Recht haben, das Gut gegen die von dem Angeklagten hineingesetzten Kapitalien zurückzukaufen. Als Paul Romeid seine Stellung ausgab, trat der Verwalter Kahlhöhn an seine Stelle. Die zur Uebernahme des Gutes erforderlichen Mittel besorgte sich der Angeklagte Romeid im Einverständnis mit Schulz aus der Pommer-

bank, indem er auf Kaulern eine Grundschuld von 300 000 M. sich eintragen ließ und diese im September 1894 ohne Umschreibung im Grundbuche an die Pommerbank cedierte. Als Grundlage für die Verleihung mußte der Pommerbank eine am 1. Juli 1894 durch Paul Romeid aufgenommene Faxe dienen, welche mit 546 697 M. auslief. Die Staatsanwaltschaft sieht in diesem Geschäft eine Untreue, einerseits wegen des Mißlos länderlicher Verleihungen, andererseits weil Kaulern nicht einen so hohen Wert habe, um eine Verleihung mit 300 000 M. zu rechtfertigen. Auf den Rat des Verwalters Kahlhöhn hat Angeklagter Romeid im Jahre 1900 von dem im ganzen 335,82,57 Hektar großen Gute 113,60,70 Hektar an verschiedene kleine Besitzer für etwa 56 000 M. verpachtet. Davon sind an den Kreis Jüterburg 18 250 M. für Bahnbau gegeben, wogegen dieser zwei für das Gut wertvolle Eisenbahnhaltestellen auf Kaulern bewilligt und gebaut hat. Wie die Anklage behauptet, habe Romeid, um den pfandfreien Verkauf der Parzellen zu bewirken, die Verleihung aber in alter Höhe behalten zu können, der Pommerbank eine neue Faxe des Reigutes Kaulern beigebracht, welche die Verleihung von 300 000 M. für dieses rechtfertigte. Diese Faxe sei von den Angeklagten Gold und Heinel aufgestellt worden, angeblich „nach erfolgter Besichtigung“, während eine solche nicht stattgefunden habe. Ueber den Wert von Kaulern und die bei der Verleihung obwaltenden Verhältnisse erhoben sich lebhaft Debatten. Der Angeklagte Romeid beirät, daß die Pommerbank durch diese Verleihung irgendwie habe gefährdet werden können und suchte nachzuweisen, daß das Gut einen Wert von über 450 000 M. für ihn gehabt habe. Er ließ sich durch den Verwalter Kahlhöhn bestätigen, daß die Zinsen aus Kaulern meist herausgewirtschaftet worden seien und sich in einigen Jahren sogar nicht unerhebliche Ueberschüsse ergeben haben. Der Angeklagte Romeid habe alle Ueberschüsse stets wieder zu Verbesserungen des Gutes benutzt. Er hat das Gut ausgebaut, gemergelt und drainiert, eine Dampfmeierei, eine Ziegelei und eine Schneidemühle erbaut usw. usf. Nach dem Zeugnis des Verwalters Kahlhöhn haben die finanziellen Schwierigkeiten in Kaulern erst begonnen, als der Angeklagte Romeid verhaftet worden war. Zu dieser Guts Geschichte wurden außer dem Zeugen Kahlhöhn auch noch der Bruder des Angeklagten, Paul Romeid, und der Kaufmann Otto Raschall vernommen. Letzterer hatte während der Untersuchungshaft des Angeklagten für diesen alle Ausgaben, welche die Hoff, die Unterhaltung der Villa, der Haushalt, Gehälter, Löhne usw. während zweier Jahre erforderten, geleistet und sich dadurch gedekt, daß er sich einen Wechsel ausstellen ließ und neuerdings daraufhin Pfändungen auf Kaulern bewirkte. Als die Bank dieses erfahren, hat sie nach dem Zeugnis des Prokuristen Horwege 20 000 Mark von ihrer Grundschuld eingezogen und das Gut unter Pfandverwaltung stellen lassen. — Trotz aller Gegenäußerungen der Angeklagten und der Verteidiger verblieb Staatsanwalt Veck bei seiner Ansicht, daß dieses ganze Geschäft eine Untreue gegen die Pommerbank darstelle.

Freigesprochen von der Anklage des fahrlässigen Weineides in drei Fällen wurde vom Kriegsgericht der 39. Division in Erfurt der Fußgendarm Friedrich Park aus Mühlstedt bei Mühlhausen. Der Angeklagte hatte im November v. J. drei Fuhrleute angezeigt, weil sie ihre Wagen unbeleuchtet auf der Straße hatten stehen lassen. Die Verurtheilten wurden auf eingeleitete Vernehmung vom Schöffengericht freigesprochen, weil sich herausstellte, daß ihre Wagen nicht auf der Straße, sondern auf einem Wiesenplan gestanden hatten. Dasselbe behaupteten auch vorgeleiteten Zeugen, trotzdem konnte sich das Gericht von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugen. Der Vertreter der Anklage hielt den Thatbestand für erwiesen und beantragte drei Wochen Gefängnis.

Vermischtes.

Zur Koniker Angelegenheit. Die verschiedenen und zum Teil sich sehr widersprechenden Meldungen über neue Ermittlungen in Sachen des ermordeten Winter werden jetzt, wie es scheint, durch neues Vorgehen des Gerichts zu Konig bestätigt. Wie berichtet wird, fanden Sonnabend in Konig in der Nordangelegenheit lange Verhöre der Frau Ros, der Frau Verg, des Ehemannes Verg, der unberechtigten Ros, des Gastwirts Heimrich und der Frau Schneidermeister Plath statt. Hauptbeschuldiger der Familie Verg soll, wie das „Koniger Tageblatt“ meldet, der Arbeiter Masloff sein. Frau Verg soll mit Winter engen Verkehr gepflogen und der Ehemann Verg im Horn darüber Winter getödet haben. Die Beschuldigung lautete auf vorsätzliche Tötung. Die Verhöre dauerten von morgens bis spät abends. — In einer andren Sache wurde Frau Ros Montag von der Strafkammer wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Verhaftung und Selbstmordversuch eines Offiziers. Unter dem Verdacht der Unterschlagung und der Wechselfälschung wurde der Lieutenant Armin Venus vom 9. Infanterie-Regiment in Juidau in seiner Wohnung verhaftet und nach Chemnitz, wo sich das Militär-Untersuchungsgefängnis befindet, übergeführt. Auf dem Chemnitzer Hauptbahnhof ertönte kurz vor Abgang des Juidau-Reichenbacher Personenzuges ein Revolvergeschloß. Man forschte sofort nach und fand in einem automatisch verschließbaren Koffer der Kofettanlagen den Verhafteten mit durchschossenem Kopfe bewußtlos am Boden liegend, die Waffe daneben. Nach Auslegung des ersten Rotverbandes wurde der Schwerverletzte nach dem Garnisonlazarett übergeführt.

Ueber einen Raubmord wird aus Köln berichtet: Ein in Lihlar beschäftigter junger Mann aus Köln wurde am Montagabend auf dem Heimwege kurz vor Weilerdörf, wo fängt die Gastwirts- wirtin Gotsch ermordet wurde, von einem Unbekannten aus der Waldung heraus mittels zweier Revolvergeschosse niedergestreckt. Der Raubmörder sprang hinzu, plünderte den tödlich Verletzten vollständig aus und überließ ihn seinem Schicksal. Der Verwundete wurde später aufgefunden und sterbend dem Kölner Hospital übergeben.

Deutscher Arbeiter-Absinken-Bund, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 15. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27: Mitgliederversammlung.

Landmannschaft der Schleißer-Holsteiner. Mittwoch, 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in G. Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstraße 75. Landleute, Damen und Herren, sind willkommen.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin). Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Berlin Klubs Haus, Königsbrunnen 14a: Agitations-Versammlung. Tagesordnung: Die rechtliche Stellung der Bureau-Angestellten.

Eingegangene Druckschriften.

Gefächte des konsumgenossenschaftlichen Großeinkaufes in Deutschland. Beschrift zum 1. ordentlichen Genossenschaftstag des Centralverbandes deutscher Konsumvereine und zur X. ordentlichen Generalversammlung der Großeinkauf-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine am 12. bis 17. Juni 1904 in Hamburg. Im Auftrag der Großeinkauf-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, bearbeitet und herausgegeben von Heinrich Kaufmann, Sekretär des Centralverbandes deutscher Konsumvereine, Hamburg 1904. Verlagsanstalt des Centralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co.

Witterungsübersicht vom 14. Juni 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. u. G. °C	Temper. u. N. °C	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. u. G. °C	Temper. u. N. °C
Eisenmende	765	SW	wolkig	18	14	Dapazanda	764	R	4 halb bb.	8	8
Hamburg	765	SW	2 wolkig	16	12	Betersburg	762	RB	2 wolkig	11	11
Berlin	764	SO	1 heiter	21	17	Gort	—	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	762	SO	2 wolkig	19	15	Ueberden	757	SE	2 halb bb.	14	14
München	765	SO	1 wolkig	16	12	Paris	763	SO	1 wolkig	19	19
Wien	764	SO	1 wolkig	19	15						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 16. Juni 1904.
Vorwiegend heiter und sehr warm bei schwachen südöstlichen Winden. Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
Berliner Wetterbureau.

GROSSE BERLINER STRASSENBAHN.

Berlin, den 13. Juni 1904.

Nach Berichten der Presse über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Berlin vom 2. Juni d. J. hat Herr Stadtverordneter Justizrat Cassel bei der Beratung über den Bau und Betrieb neuer städtischer Straßenbahnen u. a. bemerkt, die Große Berliner Straßenbahn hätte seiner Zeit die Verlängerung der Konzession um 30 Jahre erschlichen. Der nunmehr erschienene „Amtliche stenographische Bericht“ über jene Sitzung enthält diese Bemerkung dem Wortlaut nach allerdings nicht, dem Sinne nach kann ihr indes eine noch viel schlimmere Deutung gegeben werden, denn Herr Cassel hat gesagt: „Ein Kontrahent, der hinter unserm Rücken, ohne es uns zu sagen, die Verlängerung der Konzession zu erlangen gewußt hat, und der etwa 4 Wochen, bevor ihm das gelungen war, einen Ministerialdirektor a. D. an die Spitze der Verwaltung gestellt hat, einer solchen Gesellschaft gegenüber habe ich kein Vertrauen.“

Da diese Angaben die öffentliche Meinung irreführen müssen, sehen Aufsichtsrat und Vorstand der Großen Berliner Straßenbahn sich veranlaßt, nachdrückliche Verwahrung dagegen einzulegen.

Vor allem ist es tatsächlich unwahr, daß der erwähnte Ministerialdirektor a. D. erst 4 Wochen vor der am 4. Mai 1900 erteilten Genehmigung in den Vorstand der Gesellschaft eingetreten ist, sein Eintritt erfolgte vielmehr bereits anderthalb Jahre früher, im November 1898.

Im weiteren ist die Große Berliner Straßenbahn nur ihrer Pflicht nachgekommen, indem sie den Antrag auf Erteilung der staatlichen Genehmigung für ihr Unternehmen bis zum 31. Dezember 1900 stellte. Hiervon der Stadtgemeinde Berlin oder den übrigen 18 von der Großen Berliner Straßenbahn berührten Gemeinwesen vorher Mitteilung zu machen oder gar ihre Zustimmung nachzusuchen, lag nicht der mindeste Anlaß vor.

Die Große Berliner Straßenbahn war nach dem Kleinbahngesetz verpflichtet, für die Einführung des elektrischen Betriebes von Staats wegen die Genehmigung, von den wegeunterhaltungspflichtigen Gemeinden die Zustimmung zur Benutzung ihrer Straßen nachzusuchen.

Die Gemeinden, deren Weichbilder von der Großen Berliner Straßenbahn berührt werden, hatten ihre Zustimmung zur Benutzung der Straßen durch den elektrischen Betrieb für verschiedene bemessene Zeiträume erteilt, so z. B. Berlin für 20 Jahre, die übrigen Gemeinden länger, zum Teil bis zu 60 Jahren. Daß die Große Berliner Straßenbahn mit andern Gemeinden Zustimmungsverträge mit zum Teil erheblich längerer Dauer abgeschlossen hatte und noch abschließen würde, war der Stadtgemeinde Berlin keineswegs unbekannt, denn bei der mündlichen Verhandlung am 13. Januar 1898 war uns auf eine Anfrage ausdrücklich erklärt worden, daß die Gesellschaft und die Vorortgemeinden in ihren Abmachungen über die Zustimmungsdauer nicht beschränkt seien. Im übrigen ist an die Zeitdauer des Straßenbenutzungsrechts die staatliche Genehmigungsbehörde bei Erteilung der Konzession nicht gebunden, sie kann vielmehr unabhängig hiervon die Genehmigungsdauer bestimmen, da für ihre Entscheidungen lediglich öffentlich rechtliche Erwägungen maßgebend sind. Dazu kommt noch, daß im vorliegenden Falle die Anpassung der Konzessionsdauer an die verschiedenen bemessene Dauer der Zustimmungserklärungen der einzelnen Gemeinden völlig unmöglich gewesen wäre und den Absichten des Kleinbahngesetzes direkt widersprochen hätte. Denn die Linien der Großen Berliner Straßenbahn bilden ein einheitliches Bahnnetz, dessen Betrieb unmöglich nach den Weichbildergrenzen der berührten Gemeinden gestaltet werden kann. Die Festsetzung verschiedener Konzessionsfristen nach Maßgabe der Zustimmungserklärungen der berührten Gemeinden — schon damals lag über $\frac{1}{2}$ des Netzes der Großen Berliner Straßenbahn in den Vororten — hätte aber das einheitliche Unternehmen auseinander gerissen und einen Zustand herbeigeführt, den das Gesetz ausdrücklich verbietet. Die von einem Unternehmen berührten Gemeinden dürfen nämlich keineswegs die in ihrem Bezirk belegenen Strecken an sich bringen, es ist vielmehr nur der Erwerb der Bahn im ganzen durch die Gesamtheit der beteiligten Gemeinden gestattet.

Für die zwingende Notwendigkeit dieser Anordnung bietet gerade Groß-Berlin mit seinem Straßenbahnnetz einen schlagenden Beweis. Die Linien der Großen Berliner Straßenbahn verbinden Berlin mit den meisten Vororten, die mehrfach mit Berlin so eng zusammenhängen, daß sie äußerlich und in den beiderseitigen Verkehrsbeziehungen gar nicht als getrennte Gemeindebezirke hervortreten. Würde nun die Konzessionsdauer für solche Linien verschieden bemessen, so könnte z. B. die jetzt zwischen Schöneberg und Alexanderplatz verkehrende Straßenbahn-

linie nach Ablauf einer kürzeren Konzessionsdauer für Berlin nicht mehr zwischen Berlin und Schöneberg durchgeführt, sondern nur bis zur beiderseitigen Weichbildergrenze betrieben werden. Ähnlich würden die Verhältnisse bei Charlottenburg, Tempelhof und bei allen denjenigen Vororten liegen, die zur Zeit durch ausgedehnte Durchgangslinien der Großen Berliner Straßenbahn mit Berlin und unter einander verbunden sind. Alle diese Betriebe müßten an der Weichbildergrenze Halt machen, es gäbe nicht mehr durchgehende Verkehrslinien für Groß-Berlin, sondern nur noch in Gemeindestrecken aufgelöste Ortsbahnen.

Hiernach konnte die Dauer der staatlichen Genehmigung nicht von der Dauer der Zustimmungserklärungen der beteiligten 19 Gemeinden abhängig gemacht werden, sondern nur die Festsetzung eines für den Betrieb des gesamten einheitlichen Unternehmens gültigen Zeitraumes in Frage kommen. Die Gesellschaft hatte hierfür den Zeitraum bis zum 31. Dezember 1900 beantragt und dies unter Berufung auf § 13 des Kleinbahngesetzes und der zugehörigen Ausführungs-Anweisung begründet. Danach kann die Genehmigung dauernd oder auf Zeit erteilt werden. Ob das eine oder das andre zu geschehen hat, bleibt dem pflichtmäßigen Ermessen der zur Genehmigung zuständigen Behörde freigestellt. Bei Bemessung der Dauer einer zeitlich begrenzten Genehmigung ist außer auf den Zeitpunkt etwaiger Erwerbsrechte (§ 6) darauf zu sehen, daß die Dauer der Genehmigung ausreichend genug bemessen wird, um dem Unternehmen die Möglichkeit der Amortisation des Anlagekapitals zu gewähren.

Es kam daher zunächst in Frage, ob der Stadtgemeinde Berlin ein derartiges kleinbahngesetzliches Erwerbsrecht an dem Unternehmen der Großen Berliner Straßenbahn zusteht, auf das bei Erteilung der staatlichen Genehmigung hätte Rücksicht genommen werden müssen. Diese Frage war und ist zu verneinen. Bei den Verhandlungen mit der Stadt war der Großen Berliner Straßenbahn vom Magistrat (Städtischen Bau-Deputation) mit Schreiben vom 8. März 1895 ein Vertrags-Entwurf zugefertigt worden, der allerdings neben einem erst im Jahre 1902 platzgreifenden Heimfallsrecht des Bahnkörpers auch ein kleinbahngesetzliches Erwerbsrecht vorsah. Von diesem Erwerbsrecht wurde jedoch demnach abgesehen und nur ein unentgeltliches Heimfallsrecht für den Bahnkörper im Jahre 1920 vorbehalten.

Des weiteren kam nach den obigen Bestimmungen für die Festsetzung der Genehmigungsdauer die Möglichkeit der Amortisation des Anlagekapitals in Betracht. Und da konnte die Gesellschaft den einwandfreien Nachweis erbringen, daß die Amortisation des damals schon über 68 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals und des Obligationenkapitals von über 13 Millionen Mark bis zum Jahre 1920 unmöglich sein würde. Es kam hinzu, daß der vollständige Ausbau des Straßenbahnnetzes mit Sicherheit weitere nicht unerhebliche Mittel erfordern und Erhöhungen des Anlagekapitals notwendig machen würde. In einer dem Genehmigungsantrag beigefügten Berechnung war dieser weitere Bedarf auf über 30 Millionen Mark angesetzt, also eine Erhöhung des Aktienkapitals auf 100 Millionen Mark angenommen worden. Diese Erhöhung ist, wie bekannt, inzwischen auch eingetreten.

Es leuchtet ein, daß die Amortisation eines solchen Betrages bis zum Jahre 1920 gänzlich ausgeschlossen sein mußte. Und dies haben denn auch die Genehmigungsbehörden gewürdigt. In der Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 22. Februar 1901 hat der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten ausdrücklich erklärt, daß der Großen Berliner Straßenbahn die staatliche Genehmigung bis zum 31. Dezember 1900 habe erteilt werden müssen, weil die Gesellschaft nicht erwarten könne, eine angemessene Amortisation ihrer Kapitalien in kürzerer Frist zu erlangen, und weil es im öffentlichen Interesse liege, die Genehmigungsdauer bis zum 31. Dezember 1900 zu erstrecken, um der Gesellschaft die sonst nicht vorhandene Möglichkeit zu gewähren, den Anforderungen des Verkehrs zu entsprechen.

Daß einem Straßenbahnunternehmen die staatliche Genehmigung auf längere Zeit und weit über die Zeitdauer der Zustimmungsverträge mit den Wege-Unterhaltungspflichtigen erteilt worden, ist durchaus nichts Besonderes. So war z. B. schon vor unsrer Gesellschaft der Stettiner Straßenbahn die staatliche Genehmigung ebenfalls auf 50 Jahre erteilt worden, während der Zustimmungsvertrag mit der Stadtgemeinde Stettin nur 40 Jahre läuft. Die Magdeburger Straßenbahn besaß sogar bereits eine staatliche Genehmigung von fast 100 Jahren (bis 1. April 1999), wohingegen die Stadtgemeinde Magdeburg ihre Zustimmung zur Benutzung der städtischen Straßen nur auf 50 Jahre ausgesprochen hat.

Dies sind die tatsächlichen und rechtlichen Vorgänge für den Genehmigungsantrag der Gesellschaft, aus denen Herr Justizrat Cassel seine Angriffe herzuleiten für gut befunden hat.

Der Aufsichtsrat.

E. Arnold, Geheimer Kommerzienrat,
Vorsitzender.

H. Kreismann, General-Konsul a. D.,
stellvertretender Vorsitzender.

H. Bachstein, Eisenbahn-Bauunternehmer, F. Bail, Städtischer, A. Blaschke, in Firma S. Bleichroeder, L. Born, in Firma Born & Busse, E. Gutmann, Konsul, Direktor der Dresdener Bank, J. Hofer, Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat, Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft, W. Kopetzky, Kommerzienrat, A. Lent, Geheimer Baurat, J. Loewe, Kommerzienrat, R. Michelet, H. Möhlhausen, Wirklicher Geheimer Rat, S. Samuel, S. Samuel, Regierungsrat a. D., Direktor des A. Schaaffhausenschen Bankvereins.

Die Direktion.

Dr. Mücke, Wirklicher Geheimer Ober-Regierungs-Rat, Ministerialdirektor a. D., von Kühlwela, Regierungsrat a. D., Marhold, Königl. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor a. D.

* Das Vorstandsmitglied, Regierungsrat a. D. Koehler, befindet sich z. Z. in Amerika.

Jedes Wort: 5 Pfennig.
Das erste teigedruckte Wort 10 Pfg. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 8 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Besonderswert (postbilligste Preisnotierung). Pfandleihanst., Weidenweg 19. 437*

Jacketanzüge, Sommerpaletots, Kleinauswahl. 437*

Jeder Käufer empfiehlt seinem Freunde, seinen Bedarf aus dem Pfandleihanst. Weidenweg 19 zu beziehen. 437*

Dieselbe erhält man für billiges Geld Betten, Böden, Regulatoren, Reißhämmer, Tischdecken, Herrenkleiden, Damenkleiden, Trauringe, Gardinen, Steppdecken, Spiegel, Möbelstücke. 437*

Brantleuten wird günstigste Gelegenheit geboten, Aussteuerstücke, Kleidungsbedarf postbillig einzukaufen. Verkaufzeit bis neun. Pfandleihanst. Weidenweg 19. 437*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35 b. 21748*

Teppiche! (sehr schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Sackeler Markt 4, Bahnhofsstraße 93/92*

Steppdecken billigt Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Fahrräder, Teilzahlungen, hundertfünfzig Mark, Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Sackelerstraße 40, Große Frankfurterstraße 56.

Teppiche mit Farbenlehren Fabrik, niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstraße 60/61, Brenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. 437*

Cigarren, Cigaretten, verpönt bei gewöhnlichen! Spottbilliger Detail- und Engrosverkauf. Meiers Leibhaus, Friedrichstraße 55. Höchste Beleuchtung von Fabrikern, Gold, Silber, Bäder, Pfandleihanst., Möbel, Warenposten jeder Art. Diskontierung. 22678*

Vorjährige hochverehrte Herrenkleider aus feinsten Stoffen, 9—12 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 22328*

Lauben-Daumaterialien, Kantholz, Bretter, Latzen, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, Linoleum etc. in größter Auswahl billig. Kottbuser Damm 22. 13750*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Krüge, Hosen, Kessel, Betten, Teppiche, Schirme postbillig. Lude, Drantenstraße 131. 19906*

Reißgläser, Operngläser, Koffer, Revolver, Leihings, Feilzeuge, Röhren, Harmonikas, Geigen postbillig. Lude, Drantenstraße 131. 19906*

Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten, Goldschmuck, Regulatoren, postbillig. Lude, Drantenstraße 131. 19906*

Steppdecken, Teppiche, Gardinen, Knabenanzüge postbillig. Lude, Drantenstraße 131. 19906*

Nähmaschinen familiärer Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebraucht von 10,00 an. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. 4140*

Möbelhof, Cigarren-Geschäft 1. Oberer zu verkaufen. Friedenstraße 1. 22338*

Wuschelbettstellen, komplett 30,00, echt feinsten Wuschelstoff, Bezüge 38,00, Knäuelstisch, Salonstisch 15,00, gefüllte Truemeu 33,00, Tischplatte 30,00, Schlafsofa 25,00, Rückenmöbel, Steppdecken, Bilder, Salonarmaturen 35,00, Stühle, Gardinen, gefasstes Bett bis April stehen, Wohnung vermietbar. Köpferstraße 126 a, I. 19875

Hochverehrte Herren-Anzüge, Sommerpaletots, vorjährig, aus feinsten Stoffen, 18—38,00. Bekleidungs-7-11, Täglich, auch Sonntags-Verkauf. Deutsches Versandhaus, Köpferstraße 63, I. 22548*

Nähmaschinen aller Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Fürs Jahre Garantie. Unterricht im Sicken, Stopfen gratis. Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Alterstraße 113, Bellevuestraße 78.

Betten, zwei Stund (auch einzeln), grohen Teppich, Polsterbette und zwei elegante Steppdecken, sofort billig. Hoffmann, Raunstraße 52. 19936

Steppdecken, Gelegenheitskäufe (Seidenstoffe), hat 8 Mark durchweg 3,75, verkauft Julius Reumann, Bellevuestraße 105. 22388*

Grüntrampelschiff transatlantisch halber verlässlich. Graubergstraße 6.

Wandstellen, Quadratrute 4 Mark an, gemalteter Bauplan, Laub- und Radelwald, monatlich 10 Mark. Hg. Vincenz, Straußberg 11, Hegermühle.

Wahlhandlung von Franz Kollath, Sedanstraße 6, empfiehlt Wahl, Wählerstimme, Kolonialwaren, sowie sämtliche Futterartikel. Man verlange Wahlhandlung. 18906

Nähmaschinen, Jahle bis 10 Mark für jeden Kauf oder Nachweis einer Nähmaschine. Alle Systeme. Woche 1,00. Postkarte genügt. Vorher, Bornsdorferstraße 50. 113/7

Verkauf sofort zwei Kleider, schätze, Bettsofa, Sofa, Bettstellen, zwei Stund Betten, Tisch, Stühle, Spiegel, Regulator, Bilder, Rückenmöbel postbillig. Waldemarstraße 27, vorn I. 10/10

Flottgehendes Herings-, Gemüsegeschäft, Kasse billig verkauft. Zwillingstraße 7. 482

Sofa, wie neu, Schmitz, Blumenstraße 50, Keller. 10/11

Fahrräderverkauf, Beleuchtung, Raylaff, Schönhauser Allee 163a. *

Handwärmer mit Kopf, frisch in Spiritus eventuell Wasser, kaufen in 2 Mark, Pinnac, Sivaldenstraße 105.

Unfallkassen, Rechtsbureau, Kupper, Steglitzerstraße fünfundsiebzig. 22198*

Bereinszimmer mit Piano, bis 50 Personen, Telefon. C., Grünstraße 21, Weichstraße. 22648*

Pfandleibe, Prinsenzstraße 63, Gde. Annerstraße, täglich 8—8, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. 22318*

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurzestraße achtzehn! Gerichtsachen, Interventionen, Strafsachen, Eingabengeld. 113/5*

Platina, alte Goldschmuck, Druckgold, Silber, Gefäße, alte Uhren, Blattgold, Rehring, Pfandleibe, Kauf Drob, Brangelstraße 4. 10/5*

Darlehen vergleicht Selbstgeber, diskret. Liebe, Pönerstraße 23, Rückporto. 9/20*

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünweg vierundneunzig. Langjähriger Prozessvertreter, Raterteilung, Eingabengeld, Strafsachen. 19615*

Rechtsbureau, Raterteilungen, Unfallkassen, Schenkverträge, Pfandengeld. Veltch, Brunnenstraße 97.

Pfandleibe Markstraße 27. *

Votenanwalt Danmann, Drantenstraße 57, Reichplatz. Rat in Patentfragen.

Rechtsbureau, Gerichtsachen, Strafsachen, Eingabengeld, Raterteilungen, Veltch, Brunnenstraße 97.

Rechtsbureau, 0,50 Raterteilungen sämtlicher Rechtsachen. Julius, Walfertstraße 51. 19866

Fabrik als Teilnehmer zur Dampfpartie am 16. Juli gesucht, auch würden wir als Teilnehmer beitragen. Auskunft Olesmann, Mariannenstraße 33. 4146

Rechtsbureau Veltchstraße 6, Prozessachen, Strafsachen, Eingabengeld. Erfolgsgarant. 10/9*

Verloren von Chorinerstraße nach Saathwinkel Sonntag Vormittag mit 21 Mark. Abzugeben bei Müller, Sackelmannstraße 17. 19826

Vermietungen.

Wohnungen.

Kleine Wohnungen von 16 bis 23 Mark, Müllerstraße 129 (neues Haus). 19135*

Zwei freundliche große Stuben, Küche, Klosett, sofort billig, Sudenerstraße 37, an der Warthauerstraße.

Zimmer.

Kleines möbliertes Zimmer, separat, für Herrn, Binsler, Radbach-Über 25 vorn parterre. 19806*

Schlafstellen.

Schlafstelle, Herr oder Dame, schönes Bett, angenehme Umgebung, Logogstraße 78 III links.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Humorist Max Schmeller, Hagenstraße 10. 4101*

Komiker Usholt, Gropiusstraße 7.

Stellenangebote.

Lehrling für meine photographische Handlung suchen Groß u. Dorf, Marktgrabenstraße 19. 22356*

Grants und Sandstein-Abnehmer verlangt Christiaufen, Müllerstraße 144.

Korbmacher, Geselle auf Berchtesgaden. G. Schröder, Lindenstraße 81. 19816

Mohrarbeiter, Friseur, Polierer sucht Kammfabrik, Chausseestraße 82.

Arbeiter gesucht, der in der Handhabung der Webelmaschine für Mantelplättchen Erfahrung besitzt. Offerte an J. J. 822 an Rudolf Koffe, Berlin SW.

Arbeiterinnen an 60er Seidenstrick-Schneidpressen verlangt Josef Wilhelm Böhm, Reichenbergerstraße 158. 45

Reinemachefrau sucht Comptoir-Platz für 12, I. 19926

Arbeiterinnen zum Sortieren von Papierabfällen gesucht. Samuel Neher, Tegelerstraße 40. 19958*

Flensimädchen finden gute Stellen bei Clara Hehn, Stellenvermittlerin, Untenstraße 6. 19916

Junges Mädchen, das zu Hause schlief, für leichte Hausarbeit sucht Strauß, Friedrichstraße 234, Restauration. 19775

Blumenfabrik sucht sofort oder zum 1. Juli Arbeiterinnen und Arbeiterinnen. Dauernde Beschäftigung. Gumpert u. Wiedemann, Köpferstraße 71 a. 19846

Tüchtige Barockvergoldnerinnen verlangt Max Rehnard, Schleierstraße 31. 45*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Ein mit der Zentraldruckfabrikation genau vertrauter, intelligenter **Arbeiter** zur Kontrolle gesucht. Geeignete Bewerber wollen sich unter D. J. 18002 an die Annoncen-Exp. **Bonaer & Rantz**, Düsseldorf, wenden. 55542*

Cigaretten-Arbeiter

u. **Cigaretten-Arbeiterinnen** die beschäftigt sind und gute Arbeit liefern, finden sofort Beschäftigung bei der **Cigaretten-Fabrik „Josetti“**, Berlin C., Neue Friedrichstraße 9/10.

Tüchtige Korbmacher finden auf Angelförde lohnende Beschäftigung. 10/8*

Calm & Ahlfeld, Rohwaren-Fabrik, Bernburg.

Färber, Wäscher gesucht.

55402* **Gebr. Allenbergs Färberei**, Weissensee, Langhausstraße 4.

Verschiedenes.

Aufpolierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außerem Kauf. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 21738*